

Zeichenerklärung

—	= Nichts vorhanden	D	= Durchschnitt
0	= Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit	p	= vorläufige Zahl
.	= Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht	r	= berichtigte Zahl
X	= Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu	s	= geschätzte Zahl
...	= Angabe fällt später an	dav.	= davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet
/	= Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ	dar.	= darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt
()	= Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert statistisch relativ unsicher		

Änderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen.
Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Qualität

Sollte dem LSN nach Veröffentlichung dieser Publikation ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter:
www.statistik.niedersachsen.de > [Veröffentlichungen](#) > [Zusammenfassende Statistische Veröffentlichungen](#).

Information und Beratung

Auskünfte zu dieser Veröffentlichung unter:
margret.koch-sterrenberg@statistik.niedersachsen.de
Tel.: 0511 9898 - 3111

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik unter:
Tel.: 0511 9898 - 1132, 1134
Fax: 0511 9898 - 99 1134
E-Mail: auskunft@statistik.niedersachsen.de
Internet: www.statistik.niedersachsen.de

Herausgeber

Landesamt für Statistik Niedersachsen
Postfach 91 07 64
30427 Hannover

Preis: 10,50 €
Erscheinungsweise: jährlich
Erschienen im Dezember 2019
Titelfoto (Original): pixelio.de/ClipDealer.de
ISSN 1432-5756



PDF-Version und XLSX-Dateien (Tabellen) unter:
www.statistik.niedersachsen.de
> [Veröffentlichungen](#)
> [Zusammenfassende Statistische Veröffentlichungen](#)

© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2019.
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Einführung.....	5
Die wichtigsten Ergebnisse.....	6
mit einer Zusammenfassung wichtiger Indikatoren	8
und aktuellen Entwicklungen im Jahr 2019	10
Bevölkerung.....	11
Familie und Beruf.....	19
Erwerbstätigkeit.....	28
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen.....	36
Finanzen	53
Schulische Qualifikation	63
Wissenschaft und Kultur	68
Umwelt und Energie	78
Soziales, Sicherheit.....	87
Gleichstellung von Frauen und Männern	97
Kartenansicht:	
Deutschland und seine Länder	101

Einführung

Der *Niedersachsen-Monitor* trägt mittels eines systematischen Bund-Länder-Vergleichs zur Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen bei. Er erscheint mit dieser Ausgabe zum 22. Mal.

Methodische Prämissen und Gliederungsprinzipien:

- Alle 71 Tabellen basieren auf zumeist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind nach Sachgebieten geordnet und nach einer einheitlichen Systematik erstellt. Soweit möglich handelt es sich um endgültige Ergebnisse.
- Die Tabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder der Bundesrepublik, Deutschland sowie Ost- und Westdeutschland. Unter „Ostdeutschland“ werden in der Regel die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verstanden. Die anderen zehn Länder werden als „Westdeutschland“ zusammengefasst.
- Untersuchungsgegenstand ist stets das Land Niedersachsen. Die Daten der anderen Länder dienen im Wesentlichen dazu, Strukturen und Entwicklungen des Landes vergleichend darzustellen und zu untersuchen. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Werte für Niedersachsen und Deutschland werden in den Tabellen optisch hervorgehoben und durch Diagramme visualisiert.
- Die Tabellen enthalten immer den aktuellsten für alle Länder vorliegenden Wert – bei Redaktionsschluss war das in dieser Ausgabe meist 2018, sonst 2017 oder früher –, sowie das Vorjahresergebnis und einen Wert, der 5 Jahre zurückliegt. Dies ermöglicht einen kurz- und einen mittelfristigen Vergleich. Es wird davon abgewichen, wenn keine jährlichen Daten vorliegen oder methodische Brüche einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
- Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Mit diesen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar. Zahlenwerte in den Tabellen sind ggf. gerundet, die grafische Darstellung erfolgt ohne Rundung. Bei Beziehungszahlen je Einwohnerinnen und Einwohner wird – wenn nicht anders angegeben – der Bevölkerungsstand vom 30.06. des betrachteten Jahres zu Grunde gelegt.
- Am Ende der Kapitel verweisen Informationen auf Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen für Deutschland und seine 16 Länder.
Für Niedersachsen wird darüber hinaus in vielen Fällen u. a. auf weiterführende Produkte des LSN mit tieferer Regionalisierung hingewiesen, wie z. B. *Statistische Berichte*, die *LSN-Online-Regionaldatenbank* sowie das im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung bereitgestellte [Online-Regionalmonitoring Niedersachsen](#).

Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

- Die „wichtigsten Ergebnisse“ enthalten eine Indikatoren-Übersicht.
- Das Kapitel Bevölkerung wurde um eine Tabelle zur Altersstruktur (T1a) erweitert.
- Dem Thema „Niedersachsen in Europa“ wird außerhalb dieser Publikation nachgegangen, erstmals im [Statistischen Monatsheft](#) 11-2019.

Hinweise:

- Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik und als Folge die Entwicklung des Bevölkerungsstandes ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.
- Die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für 2018 und 2017 mit den Vorjahren ist eingeschränkt (T9 Alleinerziehende sowie T8, T12 und T13 Erwerbstätige). 2016 erfolgte die Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 wird zudem nur noch die Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte) ausgewiesen.

Der Niedersachsen-Monitor 2019 entstand unter der redaktionellen Leitung von Dr. Margret Koch-Sterrenberg. Die Texte wurden erstellt von Sascha Ebigt, Heiko Irps, Dr. Margret Koch-Sterrenberg, Arne Lehmann, Uwe Mahnecke, Sibylle Sauer, Rita Skorka, Dr. Margot Thomsen, Kerstin Wendler und Katja Zielinsky.

Über den hier gebotenen Bund-Länder-Vergleich hinaus stehen im thematisch gegliederten Internetangebot des LSN viele weitere Daten und Analysen für Niedersachsen bereit: <http://www.statistik.niedersachsen.de>.

Die wichtigsten Ergebnisse

Bevölkerung

Niedersachsens Bevölkerungszahl steigt weiter

Niedersachsens Bevölkerungszahl nähert sich weiter der 8-Millionen-Grenze an. Ende 2018 lebten 7,98 Mio. Menschen im Lande, fast 20 000 Personen bzw. 0,2 % mehr als im Vorjahr (Deutschland: knapp +0,3 %). Insgesamt gab es von 2013 bis 2018 in Niedersachsen und Deutschland trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund der Zuwanderung aus dem Ausland.

Familie und Beruf

Quoten in der Kindertagesbetreuung steigen

Die Quoten der in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreuten Kinder entwickelten sich 2018 in Niedersachsen positiv, blieben jedoch zum Teil noch deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt: Bei den unter 3-Jährigen wurden 30,9 % betreut, ganztätig waren es 13,0 %. Bei der Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen wurde ein Wert von 31,9 % erreicht.

Erwerbstätigkeit

Weniger Minijobs – niedrigere Unterbeschäftigungsquote – Zahl der Erwerbstätigen auf neuem Höchststand

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in Niedersachsen 2018 gegenüber dem Vorjahr um 2,2 %, während die Zahl der Minijobs um 1,3 % sank (Deutschland: +2,2 % und -1,2 %). Zugleich ging die Arbeitslosenquote auf 5,3 % und die Unterbeschäftigungsquote auf 7,2 % zurück (Deutschland: 5,2 % bzw. 7,2 %). Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, stieg um 1,4 % auf fast 4,12 Mio. Personen. Das Wachstum lag damit knapp über dem Bundesdurchschnitt (+1,3 %).

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

Wirtschaft wächst schwächer als im Bundesdurchschnitt

Die Konjunktur war 2018 weiterhin gut. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr real um 1,1 % und damit um 0,3 Prozentpunkte schwächer als im Bundesdurchschnitt. Das BIP pro erwerbstätiger Person lag 2018 bei 71 911 Euro und damit bei 95,2 % des Bundesdurchschnitts. Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) blieb die Bruttowertschöpfung (BWS) in Niedersachsen 2018 mit real +0,2 % fast unverändert (Bundesdurchschnitt: +1,2 %). Im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereiche) konnte die BWS in Niedersachsen real um 1,9 % gesteigert werden (Bundesdurchschnitt: +1,6 %).

Einkommen und Verdienste steigen, bleiben aber unter dem Bundesdurchschnitt

Die gute Wirtschaftslage schlug sich auch in gestiegenen Einkommen und Verdiensten nieder. Das verfügbare Einkommen pro Kopf stieg 2017 in Niedersachsen um gut 750 Euro bzw. 3,6 % auf 21 920 Euro (96,9 % des Bundesdurchschnitts). Die Bruttojahresverdienste der abhängig Beschäftigten (ganztätig Vollzeitbeschäftigte) nahmen 2018 gegenüber dem Vorjahr um 3,1 % zu und lagen damit bei 93,9 % des Bundesdurchschnitts.

Finanzen

Einnahmen steigen stärker als Ausgaben – Zinsausgaben sinken deutlich

Auch die Länder und die Kommunen profitierten 2018 von der guten Konjunktur. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Einnahmen überdurchschnittlich um 8,6 % auf 6 454 Euro pro Kopf (Deutschland: +5,6 % auf 7 022 Euro pro Kopf) und die Ausgaben um 5,4 % (Deutschland: +4,4 %). Die Zinsausgaben sanken deutlich um 9,6 % (Deutschland: 7,9 %).

Schulische Qualifikation

Mehr Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss – Hochschulqualifikation stabil

Die Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss stieg in Niedersachsen 2017 gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte auf 5,9 % (Deutschland: 6,5 %).

Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger stieg 2017 im Vergleich zum Vorjahr in Niedersachsen marginal auf 40,7 % und blieb damit weiterhin deutlich unter der bundesweiten Quote von 57,0 %. Die Studierendenzahl nahm weiter zu, wohingegen die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums relativ stabil blieb. Die Zahl der Promotionen war 4,3 % niedriger als im Vorjahr.

Wissenschaft und Kultur

Trinkwasserverbrauch höher – Energiebedingte CO₂-Emissionen leicht rückläufig

Umwelt und Energie

Der Trinkwasserverbrauch pro Kopf stieg in Niedersachsen 2016 gegenüber 2013 um einen halben Liter auf durchschnittlich 126,9 Liter (Westdeutschland: 128,0 Liter; Ostdeutschland: 102,6 Liter).

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung lag 2016 in Niedersachsen bei 40,3 % (Deutschland: 29,2 %). Die energiebedingten CO₂-Emissionen waren 2016 in Niedersachsen mit rund 65,7 Mio. Tonnen um 0,4 % niedriger als im Vorjahr (Deutschland: +0,6 %).

Armutsgefährdungsquote sinkt – Anteil der Pflegebedürftigen steigt

Soziales, Sicherheit

Bei guter Konjunktur und günstiger Arbeitsmarktlage ging die Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen 2018 auf 15,0 % zurück (Deutschland: 15,5 %). Dies war in Niedersachsen der niedrigste Wert seit 2011.

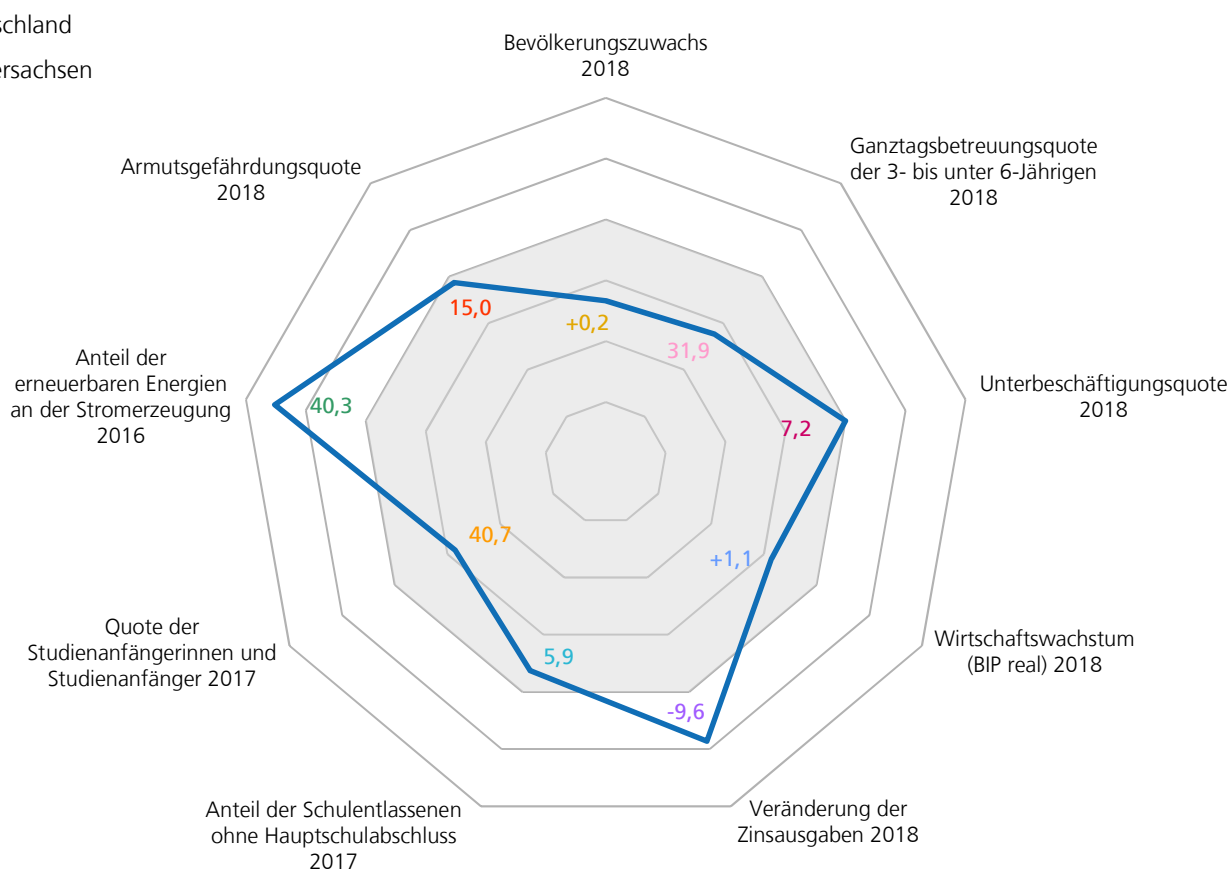
Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhöhte sich 2017 in Niedersachsen auf 4,9 % (2015: 4,0 %). Dies war der höchste Wert unter den westdeutschen Ländern.

Gleichstellung der Geschlechter geht nur langsam voran

Gleichstellung von Frauen und Männern

Der Frauenanteil bei Personen mit Minijobs sank 2018 gegenüber dem Vorjahr in Niedersachsen um 0,7 Prozentpunkte auf 62,5 % (Westdeutschland: 62,9 %). Bei den Erwerbstätigen in Teilzeit ging der Frauenanteil um 1,0 Prozentpunkte auf 79,0 % zurück (Deutschland: 77,3 %).

■ Quoten, Anteile und Veränderungen in Niedersachsen im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland – Prozent –



Zusammenfassung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr. / Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland
			Wert	Verändrg. ¹⁾ ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ ■ = höchster Wert	Höchster Wert	Niedrigster Wert	Wert
Bevölkerung								
T1 Bevölkerungsstand	2018	Anzahl	7 982 448	↗	■■■■	17 932 651	682 986	83 019 213
Anteil der Ausländer/-innen	2018	%	9,4	↗	■■■■■■■■	18,5	4,5	12,2
T1a Anteil der 65-Jährigen und Älteren	2018	%	21,9	↗	■■■■■■	26,5	18,3	21,5
T2 Lebendgeborene	2018	Anzahl	73 652	↗	■■■■	173 150	7 163	787 523
Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen	2018	Anzahl	9,2	→	■■■■■■	11,5	7,9	9,5
Geburtenüberschuss/-defizit je 1 000 Einwohner/-innen	2018	Anzahl	-2,8	↘	■■■■■■	+1,6	-7,3	-2,0
T3 Wanderungssaldo insgesamt	2018	Anzahl	+43 524	↗	■■■■	+86 366	+1 759	+399 680
Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen	2018	Anzahl	+5,5	↗	■■■■	+8,4	+0,8	+4,8
T4 Eingebürgerte	2018	Anzahl	8 470	↘	■■■■	27 650	440	112 340
Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	2018	%	29,5	↘	■■■■■■■■	43,1	16,8	32,2
Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential	2018	%	2,7	↘	■■■■■■	3,7	1,4	2,2
Familie und Beruf								
T5 Betreuungsquote unter 3-Jährige	2018	%	30,9	↗	■■■■■■	57,1	27,2	33,6
Ganztagsbetreuungsquote unter 3-Jährige	2018	%	13,0	↗	■■■■■■■■	50,9	10,6	18,8
Personalschlüssel	2018	Anzahl	3,8	→	■■■■■■	6,2	3,0	4,2
T6 Ganztagsbetreuungsquote 3- bis unter 6-Jährige	2018	%	31,9	↗	■■■■■■■■	91,8	24,6	46,1
T7 Beendete Bezüge Elterngeld – Männeranteil	2018	%	26,0	((↗))	■■■■■■	32,4	20,3	27,2
T8 Erwerbstätige (Wohnort) in Teilzeitarbeit – Frauenanteil	2018	%	79,0	↘	■■■	80,8	62,2	77,3
T9 Alleinerziehende – Frauenanteil	2018	%	83,6	↗	■■■■■■	87,1	80,9	84,2
T10 Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen	2018	Anzahl	57,6	↗	■■■■	76,3	34,2	54,2
T11 Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen	2018	Anzahl	19,0	↘	■■■■	20,9	14,7	17,9
Erwerbstätigkeit								
T12 Erwerbstätige (Wohnort) – Selbstständigenquote	2018	%	8,8	↘	■■■■■■■■	14,7	7,0	9,6
Erwerbstätige – Anteil mit akademischem Abschluss	2018	%	18,2	↗	■■■■■■■■	39,1	13,7	21,5
T13 Erwerbstätigenquote der Frauen	2018	%	71,4	↗	■■■■■■	76,4	67,9	72,1
Erwerbstätigenquote der Männer	2018	%	79,1	↗	■■■■■■	83,6	74,5	79,7
T14 Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) insg. (30.6.)	2018	Anzahl	2 956 773	↗	■■■■	6 852 557	330 390	32 870 228
Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) – Frauenanteil	2018	%	45,8	→	■■■■■■	50,8	43,9	46,2
T15 Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte (30.06.)	2018	Anzahl	497 985	↘	■■■■	1 182 485	44 638	4 741 926
Ausschl. geringf. entlohnte Beschäftigte – Frauenanteil	2018	%	62,5	↘	■■■■	65,2	51,5	61,7
T16 Arbeitslosenquote (ziv. Erwerbspers., Jahresdurchschn.)	2018	%	5,3	↘	■■■■■■■■	9,8	2,9	5,2
Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	2018	%	7,2	↘	■■■■■■■■	13,4	4,1	7,2
T17 Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Männer	2018	%	5,6	↘	■■■■■■■■	11,0	2,9	5,3
Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Frauen	2018	%	4,2	↘	■■■■■■	8,3	2,1	3,8
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen								
T18 Veränderung Bruttoinlandsprodukt insgesamt (real)	2018/2017	%	+1,1	↘	■■■■■■■■	+3,1	-0,8	+1,4
T19 Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt (ETR)	2018	in 1 000	4 118	↗	■■■■	9 547	436	44 841
T20 BWS – Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2018	%	1,6	↘	■■■	2,4	0,0	0,8
T21 BWS – Anteil im Produzierenden Gewerbe	2018	%	32,8	↘	■■■■■■	40,4	15,0	31,0
T22 BWS – Anteil der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche	2018	%	65,6	↗	■■■■■■■■	85,0	59,1	68,2
T23 Unternehmensinsolvenzen je 10 000 Unternehmen	2018	Anzahl	58,0	↘	■■■■■■	102,2	40,0	59,1
T24 Lieferungen und Leistungen – KMU-Anteil	2017	%	36,7	↘	■■■■■■■■	75,1	19,4	36,5
T27 Gästeübernachtungen je 10 000 Einwohner/-innen	2018	Anzahl	56	↗	■■■■	192	29	58
T28 Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in	2017	€	21 920	↗	■■■■■■	24 963	19 190	22 623
T29 Verdienstabstand von Frauen zu Männern	2018	%	20	→	■■■■■■	26	2	21
T30 Investitionen Verarb. Gewerbe/Bergbau je tätige Person	2017	€	9 088	↘	■■■■■■■■	12 103	8 074	9 974
T31 Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen	2018	Anzahl	45	↗	■■■■	132	9	56
T32 Export – Anteil an der deutschen Ausfuhr	2018	%	8,4	↘	■■■■	19,9	0,7	100
T33 Import – Anteil an der deutschen Einfuhr	2018	%	8,6	↘	■■■■	22,8	0,6	100
Finanzen (Länder, Gemeinden, -verbände, Sozialvers.)								
T35 Einnahmen je Einwohner/-in	2018	€	6 454	↗	■■■■■■■■	11 436	6 230	7 022
Steuereinnahmequote	2018	%	68,5	↘	■■■■	75,1	51,3	68,7
T36 Kassenmäßige Steuereinnahmen je Einwohner/-in	2018	€	4 420	↗	■■■■■■	6 888	3 945	4 822
T37 Ausgaben je Einwohner/-in	2018	€	5 976	↗	■■■■■■■■	11 765	5 873	6 660
T38 Personalausgaben je Einwohner/-in	2018	€	2 618	↗	■■■■■■	3 509	2 317	2 657
Personalausgabenquote	2018	%	43,8	↘	■■■	47,1	29,8	39,9
T39 Zinsausgaben an den Kreditmarkt je Einwohner/-in	2018	€	178	↘	■■■■■■■■	928	53	189
T40 Finanzierungssaldo je Einwohner/-in	2018	€	+475	↗	■■■■	+677	-566	+362
T41 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich je Einw.	2018	€	9 049	↘	■■■■■■	31 928	1 041	8 485
T42 Länderfinanzausgleich (LFA) u. BEZ der Länder je Einw.	2018	€	160	↗	■■■■■■	1 761	-512	101

Noch: Zusammenfassung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr. / Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland
			Wert	Verändrg. ¹⁾ ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ ■ = höchster Wert	Höchster Wert	Niedrigster Wert	Wert

Schulische Qualifikation

T43	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2017	Anzahl	4 830	↗	11 149	575	52 682
	Anteil Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2017	%	5,9	↗	10,5	5,0	6,5
T44	Frühe Schulabgänger/-innen (18 bis u. 25 J.)	2018	%	11,1	↘	14,6	7,2	10,3
	Frühe Schulabgänger	2018	%	12,3	↗	x	x	x	11,5
	Frühe Schulabgängerinnen	2018	%	9,8	↘	x	x	x	9,1
T45	Schulentlassene mit Hochschulreife (ABS, BBS)	2017	Anzahl	32 746	↘	86 631	2 967	345 304
	Abiturientenquote	2017	%	37,2	↘	54,1	32,1	40,2
	Studienberechtigtenquote	2017	%	52,3	↘	61,5	38,5	50,9

Wissenschaft und Kultur

T46	Studienanfänger/-innen (1. Semester; am Studienort)	2017	Anzahl	37 277	↘	121 570	5 870	512 419
	Anteil Studienanfängerinnen	2017	%	51,0	↘	52,7	49,0	50,8
	Studienanfängerquote (an Geb.jahrgänge Studienort)	2017	%	40,7	↗	100,7	36,4	57,0
T47	Studierende im Wintersemester	2017	Anzahl	209 001	↗	772 903	31 370	2 844 978
	Studierende im Wintersemester – Frauenanteil	2017	%	48,6	↗	51,5	46,2	48,5
	Studierende – Anteil Bildungsausländer/-innen	2017	%	8,5	↗	16,6	6,1	9,9
T48	Absolventen (Erststudium) – Frauenanteil	2017	%	54,2	↗	55,4	49,6	52,6
T49	Bestandene Promotionen	2017	Anzahl	2 250	↘	5 758	378	28 404
	Bestandene Promotionen – Frauenanteil	2017	%	46,3	↗	52,8	41,7	44,8
T50	Professuren an Hochschulen	2017	Anzahl	3 679	↗	9 953	511	47 568
	Professuren – Frauenanteil	2017	%	25,8	↗	32,2	19,8	24,1
T51	Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je Studierenden	2015	€	16 400	↘	■	16 400	11 300	13 300
T52	Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) je Einw.	2017	€	1 121	↘	2 540	412	1 204
T53	Öffentliche Ausgaben für Kultur (Grundmittel) je Einw.	2015	€	97	↗	283	76	152

Umwelt und Energie

T54	Wasserverbrauch (Haush., Kleingew.) je versorgte Einw.	2016	Liter/Tag	126,9	(((↗)))	139,9	90,1	122,7
T55	Aufkommen an Haushaltsabfällen je Einwohner/-in	2017	kg	525	↗	■	527	339	462
	HH.abfälle – getrennte Wertstoffe je Einwohner/-in	2017	kg	167	↘	■	168	110	147
T56	Primärenergieverbrauch (PEV)	2016	Mio. kWh	365 264	↘	1 121 251	44 169	3 747 394
	Anteil erneuerbarer Energien am PEV	2016	%	17,4	↗	x	x	x	12,4
T57	Stromerzeugung	2016	Mio. kWh	79 766	↗	169 478	6 697	650 700
	Anteil Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien	2016	%	40,3	↗	66,8	4,5	29,2
T58	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus PEV je Einw.	2016	t	8,3	↘	22,7	4,8	9,1
T59	Waldzustand – deutliche Kronenverlichtung	2018	%	20	↗	x	x	x	29
T60	Siedlungs- und Verkehrsfläche	2017	km ²	6 687	↗	8 476	237	49 505
	Flächenverbrauch – Siedlungs- und Verkehrsfläche	2014-2017	ha/Tag	6,8	x	x	x	x	58,0
T61	Ökologisch bewirtschaftete Fläche	2016	1 000 ha	90,5	↗	261,0	0,3	1 161,9
	Anteil Ökologisch bewirtschafteter Fläche	2016	%	3,5	↗	17,7	3,5	7,0

Soziales, Sicherheit

T62	Armutsgefährdungsquote	2018	%	15,0	↘	18,4	11,9	15,5
	Armutsgefährdungsquote – Alleinerziehende	2018	%	38,7	↘	49,1	30,3	41,5
	Armutsgefährdungsquote – Erwerbslose	2018	%	57,1	↗	66,4	50,0	57,4
T63	SGB II-Bedarfsgemeinschaft – Personen je 100 bis 65 J.	2018	Anzahl	9,3	↘	18,9	4,1	9,0
	SGB II-Quote – LB Kinder u.18 Jahren	2018	%	13,8	↘	30,5	6,1	13,5
T64	Mindestsicherungsquote	2017	%	9,4	↘	18,0	4,9	9,2
T65	Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen	2018	Anzahl	12,2	↘	■	14,6	5,0	8,2
T66	Pflegebedürftige – Anteil an der Bevölkerung	2017	%	4,9	(((↗)))	5,7	3,1	4,1
T67	Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche	2018	Anzahl	40	↘	91	18	39
T68	Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Lebendgeborene	2018	Anzahl	113	↘	237	91	128
T69	Straftaten je 100 000 Einwohner/-innen	2018	Anzahl	6 362	↘	14 160	4 889	6 710
	Wohnungseinbruchdiebstahl je 100 000 Einw.	2018	Anzahl	141	↘	279	40	118
T70	Straßenverkehr – Verunglückte je 100 000 Einw.	2018	Anzahl	536,0	↘	605,1	408,4	481,7

1) ↗ gleicher Wert, ↗ Plus, ↘ Minus, ↗/↘ Plus/Minus deutet auf positive Entwicklung, ↗/↘ Plus/Minus deutet auf negative Entwicklung, (((↗))) 2-jähriger Vergleich, (((↗))) 3-jähriger Vergleich.

2) Ungewertete Position des Wertes für Niedersachsen im Ländervergleich: ■ = höchster Wert, = niedrigster Wert; dabei ist zu beachten, dass je nach Indikator ein niedriger oder ein hoher Wert positiv bewertet sein kann, d. h. der höchste Wert kann der schlechteste sein und der niedrigste der beste. Die graphische Darstellung von Dezimalzahlen berücksichtigt alle Nachkommastellen.

Aktuelle Entwicklungen im Jahr 2019

In den ersten Monaten des Jahres 2019 schwächten sich die wirtschaftlichen Entwicklungen ab. Die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt verliefen für Niedersachsen und Deutschland sehr ähnlich.

Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) Niedersachsens stieg im 1. Halbjahr 2019 gegenüber dem 1. Hj. 2018 real um 0,4 %; dies entsprach dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. In Ostdeutschland gab es hingegen ein durchschnittliches Wachstum von 0,8 %.

Die Arbeitsmarktzahlen entwickelten sich weiter positiv. Die Zahl der am Arbeitsort gezählten **Erwerbstätigen** in Niedersachsen stieg im 1. Quartal 2019 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 % auf rund 4,1 Mio. Personen (Deutschland: +1,1 %). Einen besonders hohen Anstieg erreichte Berlin mit 2,5 %.

Die **Arbeitslosigkeit** lag im Juni 2019 in Niedersachsen nur noch bei 4,9 % und damit 0,2 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor (Deutschland: 4,9 %). Die Länderquoten reichten von 2,6 % in Bayern bis 10,0 % in Bremen. Die **Unterbeschäftigungsquote** ging in Niedersachsen um 0,2 Prozentpunkte auf 6,9 % zurück.

Die „**bekämpfte Armut**“, gemessen am Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung unter 65 Jahren, sank um 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem April des Vorjahres. Damit lag die SGB II-Quote in Niedersachsen im April 2019 bei 9,3 %. In Ostdeutschland ging die Quote um 0,9 Prozentpunkte auf 12,0 % zurück, während sie in Westdeutschland nur um 0,4 Prozentpunkte auf 8,3 % zurückging.

Die Quote der in **Kindertageseinrichtungen** betreuten Kinder unter 3 Jahren stieg in Niedersachsen bis März 2019 auf 32,1 % und lag damit 1,2 Prozentpunkte über dem Wert von März 2018 (Westdeutschland: 30,3 %; +0,9 Prozentpunkte). In Niedersachsen erhöhte sich in dieser Altersgruppe die Zahl um 3 835 betreute Kinder.

Aktuelle Entwicklungen 2019

Land	Veränderung des BIP (real)	Erwerbstätige ¹⁾ (am Arbeitsort)	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	Arbeitslosenquote	Veränderung der Arbeitslosenquote	Unterbeschäftigungsquote	SGB II-Quote ²⁾	Veränderung der SGB II-Quote	Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen ³⁾
	1. Hj 2019/ 1. Hj 2018	1. Vj 2019	1. Vj 2019/ 1. Vj 2018	Juni 2019	Juni 2019/ Juni 2018	Juni 2019	April 2019	April 2019/ April 2018	01.03.2019
	%	in 1 000	%		Prozentpunkte	%		Prozentpunkte	%
Baden-Württemberg	—	6 357	+1,2	3,0	—	4,3	5,1	-0,3	29,5
Bayern	+0,9	7 645	+1,1	2,6	-0,1	3,8	4,0	-0,3	28,5
Berlin	+1,9	2 029	+2,5	7,8	-0,1	10,9	17,3	-1,1	43,8
Brandenburg	+0,2	1 115	+0,8	5,6	-0,4	7,6	9,5	-0,9	56,9
Bremen	-0,4	435	+0,4	10,0	+0,3	13,5	19,0	-0,5	28,4
Hamburg	+1,6	1 268	+1,5	6,1	—	8,6	12,5	-0,5	46,6
Hessen	+0,7	3 483	+1,1	4,3	-0,2	6,1	8,6	-0,5	31,4
Mecklenburg-Vorpommern	+1,5	751	+0,9	6,7	-0,7	9,4	11,5	-1,1	56,9
Niedersachsen	+0,4	4 112	+1,0	4,9	-0,2	6,9	9,3	-0,5	32,1
Nordrhein-Westfalen	+0,1	9 570	+1,1	6,5	-0,2	8,9	11,8	-0,4	28,2
Rheinland-Pfalz	-0,9	2 032	+0,7	4,3	-0,1	6,0	7,3	-0,4	31,3
Saarland	-0,4	530	+0,3	6,0	—	8,8	11,5	-0,5	29,9
Sachsen	—	2 070	+0,8	5,3	-0,5	7,5	9,4	-0,8	52,3
Sachsen-Anhalt	+0,6	1 001	+0,1	7,0	-0,6	10,3	13,3	-0,9	58,2
Schleswig-Holstein	+0,9	1 412	+1,0	4,9	-0,3	6,9	9,9	-0,5	34,8
Thüringen	+0,6	1 043	+0,3	5,1	-0,1	7,2	8,8	-0,6	54,6
Deutschland	+0,4	44 851	+1,1	4,9	-0,1	6,8	9,0	-0,5	34,3
Westdeutschland	+0,4	36 842	+1,1	4,6	-0,1	6,4	8,3	-0,4	30,3
Ostdeutschland	+0,8	8 009	+1,1	6,2	-0,4	8,8	12,0	-0,9	52,1

1) Quelle: Erwerbstätigenrechnung, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Mai 2019.

2) Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (einschl. sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch) je Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12.2018.

3) Anteil der betreuten unter 3-Jährigen in öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung (einschließlich Kindertagespflege; Stichtag: 1.3.2019) an allen Kindern dieser Altersgruppe zum 31.12.2018.

Bevölkerung

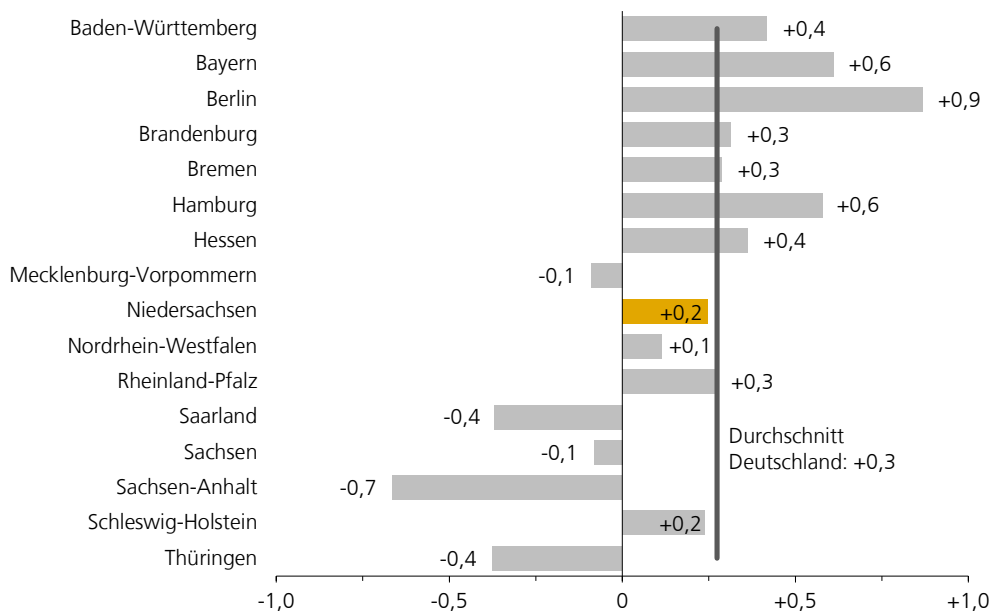
Anstieg der Bevölkerung etwas höher als im Vorjahr

Die Bevölkerungszahl Niedersachsens stieg 2018 auf 7,98 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einem Plus von fast 20 000 Personen bzw. 0,2 %. Der Anstieg fiel damit etwas höher aus als im Vorjahr (2017/16: +17 090 Personen). In Deutschland lebten Ende 2018 insgesamt gut 83,0 Mio. Menschen; das waren knapp 0,3 % mehr als im Vorjahr.

Bevölkerungszahl
T1

Regional verlief die Bevölkerungsentwicklung unterschiedlich. Besonders stark stieg die Bevölkerungszahl in Berlin (+0,9 %) sowie in Bayern und Hamburg (jeweils +0,6 %). In 5 Ländern ging die Bevölkerungszahl zurück, am stärksten in Sachsen-Anhalt (-0,7 %), Thüringen und dem Saarland (jeweils -0,4 %). Ein Ost-West-Gefälle bleibt sichtbar: Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nahm in Westdeutschland um +0,3 % und in Ostdeutschland nur um +0,1 % zu.

■ Veränderung der Bevölkerung 2018 gegenüber 2017 (jeweils 31.12.) – Prozent –



Im Vergleich 2018 gegenüber 2013 stieg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen um fast 192 000 Personen bzw. 2,5 %. In Deutschland waren es gut 2,25 Mio. Personen mehr (+2,8 %).

Durchschnittlich wohnten 2018 in Niedersachsen etwa 167 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer (Deutschland: etwa 232 Personen). Im Ländervergleich hatte Niedersachsen 2018 weiterhin die niedrigste Bevölkerungsdichte in Westdeutschland (269 Personen). In Ostdeutschland (149 Personen) waren 4 der 5 Flächenländer weniger dicht besiedelt als Niedersachsen.

Bevölkerungsdichte
T1

Durchschnittsalter auf Bundesniveau – überdurchschnittlicher Anteil älterer Menschen

Im Jahr 2018 betrug der Anteil der unter 18-jährigen Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung in Niedersachsen 16,6 % (Deutschland: 16,4 %). Den höchsten Anteil wiesen Baden-Württemberg (16,9 %), Hessen und Nordrhein-Westfalen (jeweils 16,7 %) auf. Besonders gering war der Anteil der unter 18-Jährigen in Sachsen-Anhalt (14,6 %) und im Saarland (14,7 %). Die Differenz zwischen Westdeutschland (16,6 %) und Ostdeutschland (15,5 %) betrug 1,1 Prozentpunkte.

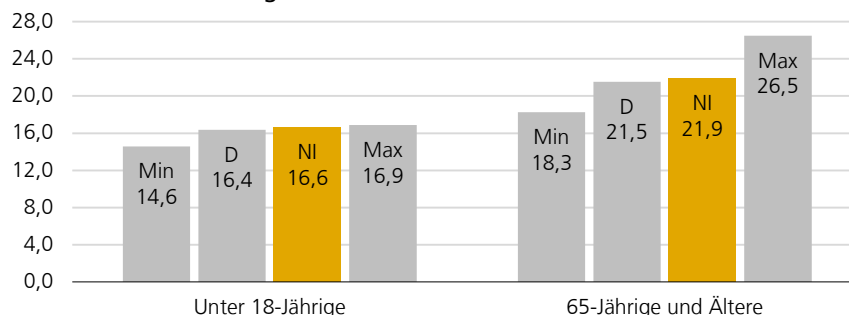
Jugendanteil
T1a

Anteil Ältere

T1a

Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter lag 2018 in Niedersachsen bei 21,9 % (Deutschland: 21,5 %). Die Differenz zwischen Westdeutschland (20,9 %) und Ostdeutschland (24,2 %) betrug dabei deutliche 3,3 Prozentpunkte. In Sachsen und Sachsen-Anhalt gehörte mehr als ein Viertel der Bevölkerung zu dieser Altersgruppe (26,1 bzw. 26,5 %). In den Großstädten Hamburg und Berlin waren es hingegen weniger als ein Fünftel (18,3 % bzw. 19,2 %).

■ Anteil der unter 18-Jährigen und der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung 2018 – Prozent –



Durchschnittsalter

T1a

Ende 2017 lag das Durchschnittsalter in Niedersachsen bei 44,5 Jahren (Deutschland: 44,4 Jahre). In Westdeutschland war dies der vierthöchste Wert. Im Ländervergleich waren die ostdeutschen Flächenländer die „ältesten“ (46,7 bis 47,7 Jahre) und die Großstädte Hamburg und Berlin die „jüngsten“ (42,1 bzw. 42,6 Jahre).

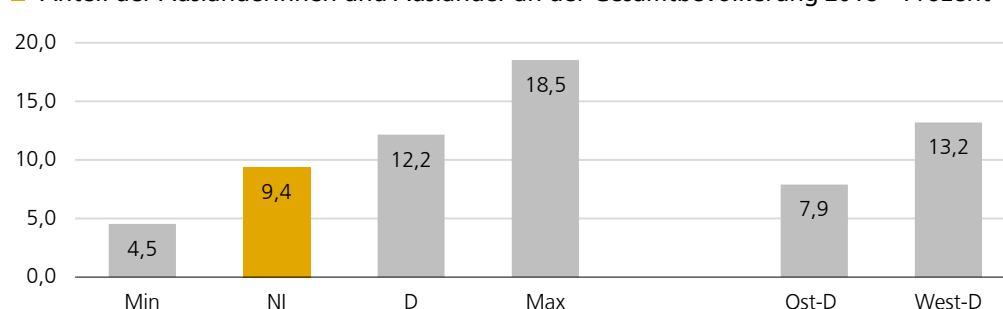
Anteil Ausländerinnen/ Ausländer

T1

Anteil der Ausländerinnen und Ausländer weiter einstellig

In Niedersachsen lebten 2018 laut Bevölkerungsfortschreibung 749 694 Ausländerinnen und Ausländer. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lag mit 9,4 % unter dem westdeutschen Durchschnitt (13,2 %). Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung (am 31.12.) nahm 2018 in allen Ländern zu, bundesweit auf 12,2 %. Dies ist auch mit der gesetzlich festgelegten Verteilung von Asylsuchenden auf die Länder nach dem Königsteiner Schlüssel zu erklären, der sich zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl bemisst. Die Aufnahmequote betrug für Niedersachsen 2018 fast 9,4 %.

■ Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung 2018 – Prozent –



EU-Staatsangehörigkeit

T1

Eine Staatsangehörigkeit aus einem anderen EU-Staat wiesen 2018 in Niedersachsen (laut Ausländerzentralregister) 41,8 % aller Ausländerinnen und Ausländer auf. In Bayern (51,5 %) und Baden-Württemberg (50,0 %) verfügte etwa die Hälfte der ausländischen Personen über eine EU-Staatsangehörigkeit; in Sachsen-Anhalt (31,5 %) und den Stadtstaaten Hamburg und Bremen (33,2 bzw. 33,4 %) traf dies nur für ein Drittel oder weniger zu.

Geburten

T2

Weniger Geburten als Sterbefälle

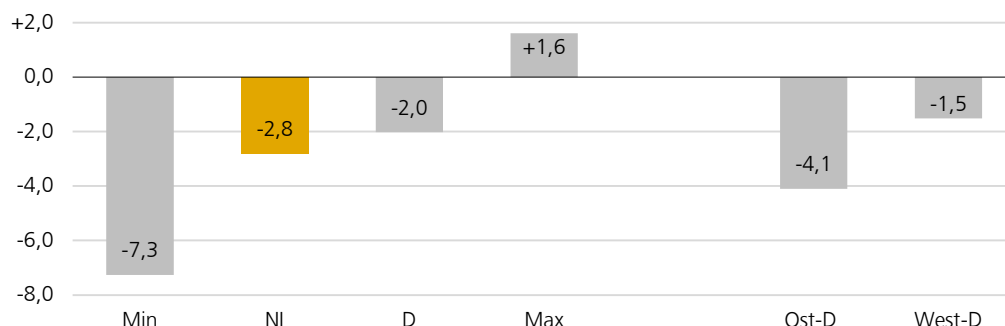
Die Zahl der Lebendgeborenen stieg 2018 in Niedersachsen im Vergleich zu 2017 leicht um 632 Kinder auf 73 652 Geborene an (+0,9 %; Deutschland: +0,3 %). Im mittel-

fristigen Vergleich zu 2013 stieg die Zahl in Niedersachsen um 17,1 % und damit etwas weniger als im westdeutschen Durchschnitt (17,7 %) In Ostdeutschland lag der Anstieg in diesem Zeitraum bei nur 6,6 %.

Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung war 2018 erneut negativ: In Niedersachsen wurden gut 22 500 Menschen weniger geboren als gestorben sind. Das Geburtendefizit je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner betrug 2,8. Das war das dritthöchste Defizit unter den westdeutschen Ländern (Westdeutschland: -1,5; Ostdeutschland: -4,1). Nur in Hamburg (+1,6) und Berlin (+1,2) gab es einen Geburtenüberschuss.

Geburtenüberschuss/-defizit
T2

■ Geburtendefizit/-überschuss je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2018 – Anzahl –



Lebenserwartung Neugeborener unter Bundesdurchschnitt

Lebenserwartung
T1a

Die (Perioden-)Sterbetafel zeigen modellhaft auf, wie unter den derzeitigen Sterblichkeitsverhältnissen eine fiktive Grundgesamtheit von 100 000 lebend geborenen Mädchen bzw. Jungen im Zeitablauf verstirbt. Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte, die vom individuellen Sterberisiko einer Person je nach gesundheitlicher Konstitution und persönlichen Lebensverhältnissen über- oder unterschritten werden können. Die Angabe zur Lebenserwartung Neugeborener gibt an, wie lange sie den aktuellen Lebensverhältnissen entsprechend durchschnittlich leben würden.

Nach den Ergebnissen der Sterbetafel 2015/2017 betrug die Lebenserwartung für Neugeborene in Niedersachsen bei den Mädchen 82,8 Jahre und bei den Jungen 78,0 Jahre (Deutschland: Frauen 83,2 Jahre; Männer 78,4 Jahre). Die höchste Lebenserwartung bei Geburt wurde für Baden-Württemberg berechnet: für Frauen 84,0 Jahre und für Männer 79,5 Jahre. Die niedrigsten Werte ergaben sich für Frauen im Saarland (82,2 Jahre) und für Männer in Sachsen-Anhalt (76,2 Jahre).

Relativ hohe Zahl an Geburten je Frau (Geburtenziffer)

Geburtenziffer
T2

Die zusammengefasste Geburtenziffer wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekäme, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen von 15 bis 49 Jahren im betrachteten Jahr.

In Niedersachsen und Brandenburg war 2018 die zusammengefasste Geburtenziffer mit 1,62 Kindern je Frau am höchsten. Auch in 3 weiteren ostdeutschen Flächenländern sowie in Bremen und Nordrhein-Westfalen war sie relativ hoch (1,60 bzw. 1,61). Besonders niedrige Geburtenziffern hatten dagegen Berlin (1,45), das Saarland (1,47) und Hamburg (1,49). Der Durchschnitt in Deutschland lag bei 1,57 Kindern je Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren.

Mehr Zuzüge als Fortzüge

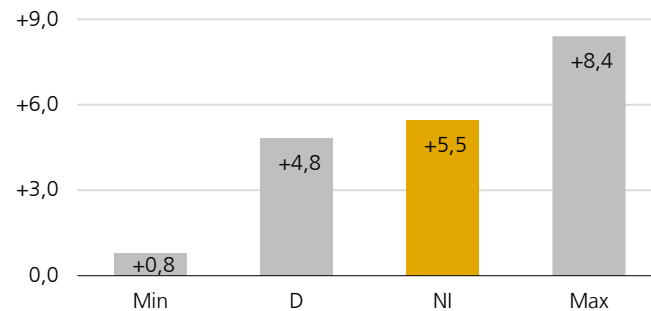
Wanderungssaldo
T3

Im Jahr 2018 sind insgesamt 43 524 Menschen mehr nach Niedersachsen gezogen als aus Niedersachsen fortzogen. Der Wanderungssaldo mit dem Ausland (über die Grenzen des Bundesgebietes) betrug +45 009 und mit den anderen Ländern innerhalb des Bundesgebietes 1 485 Personen. Der Wanderungssaldo mit dem Ausland war in sämtlichen Ländern positiv (Deutschland: +399 680 Menschen). Wanderungsgewinne innerhalb des

Bundesgebietes verzeichneten 6 Länder, darunter insbesondere Brandenburg mit einem Plus von 15 412 Menschen.

Der Wanderungsgewinn je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner war 2018 in Niedersachsen mit 5,5 Personen leicht höher als im Vorjahr (2017: +4,8). Im Ländervergleich war dieser Indikator in Brandenburg (+8,4) und Berlin (+8,1) besonders hoch, in Sachsen-Anhalt (+0,8) sowie in Thüringen und im Saarland (jeweils +2,1) hingegen besonders niedrig (Deutschland: +4,8).

■ **Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2018 – Anzahl –**



Insgesamt gab es von 2013 bis 2018 in Niedersachsen und Deutschland trotz eines Geburtendefizits jedes Jahr einen Bevölkerungsanstieg aufgrund des Wanderungsgewinns.

Einbürgerungen

T4

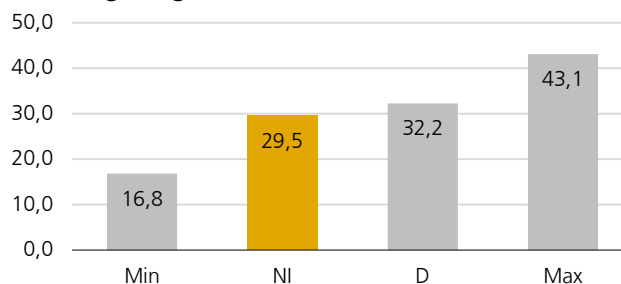
Zahl der Eingebürgerten leicht gesunken

Eingebürgerte sind Personen, denen auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wurde. Sie werden zu deutschen Bürgerinnen und Bürgern und verfügen damit über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Ausländische Staatsangehörige haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Ein Absehen von der Erfüllung einzelner Voraussetzungen ist z. B. bei Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, Ehegatten und Kindern der einzubürgernden Person sowie Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen möglich. Sofern ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht und einige Mindestanforderungen erfüllt sind, kann die Einbürgerungsbehörde der Einbürgerung zustimmen (sogenannte Ermessenseinbürgerung).

Die Zahl der Einbürgerungen in Niedersachsen sank 2018 gegenüber 2017 leicht um 3,6 % auf 8 470 Personen. Im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2018 wurden knapp 8 300 Personen pro Jahr aus Niedersachsen zu Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland. Bundesweit erfolgten 2018 gut 112 300 Einbürgerungen, dies waren 0,1 % mehr als im Vorjahr.

Knapp ein Drittel der Personen, die 2018 in Deutschland eingebürgert wurden, kamen aus Staaten der Europäischen Union (32,2 %). In Niedersachsen lag der Anteil der Eingebürgerten aus EU-Staaten bei 29,5 %. Die Spanne reichte in den Ländern von 16,8 % in Sachsen-Anhalt bis 43,1 % in Bayern.

■ **Anteil Einbürgerungen aus EU-Staaten an allen Einbürgerungen 2018 – Prozent –**



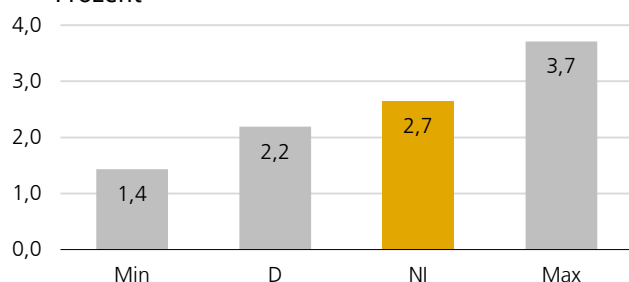
Der Indikator ausgeschöpftes Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr. Das aEP ist ein internationaler Indikator vor allem für eine erfolgreiche rechtliche Integration.

In Niedersachsen lag das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential 2018 bei 2,7 % und damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 2,2 %. Die höchsten Ausschöpfungsquoten erreichten Hamburg (3,7 %) und Thüringen (3,4 %). Dagegen wurden in Berlin nur 1,4 % und in Baden-Württemberg nur 1,8 % der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 10 Jahren eingebürgert.

**Ausgeschöpftes
Einbürgerungspotential
T4**

■ Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential 2018

– Prozent –



Beim ausgeschöpften Einbürgerungspotential haben sich die Niveaus in den Ländern seit 2013 nicht wesentlich verändert. In Hamburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern waren die Ausschöpfungsquoten am höchsten und lagen im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2018 bei 3,9 %, 3,4 % bzw. 3,3 %. In Niedersachsen betrug die durchschnittliche Quote 2,7 %.

Informationen:

Bevölkerungszahlen, Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge:

- [GENESIS-Online](#): Statistiken Bevölkerung (124) , Geburten/Sterbefälle (126) und Außenwanderungen (127)
- Statistisches Bundesamt: [Bevölkerung Fachserie 1 Reihe 1](#) sowie [Pressemitteilung zu Geburtenziffer](#)
- [Regionaldatenbank Deutschland](#): Wanderungsstatistik, Statistik 12711
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Bevölkerungsfortschreibung (100), Natürliche Bevölkerungsbewegung (110) und Wanderungsstatistik (120)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Bevölkerung
- **Ausländerinnen und Ausländer aus dem Ausländerzentralregister**: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Ausländische Bevölkerung - [Ergebnisse des Ausländerzentralregisters Fachserie 1 Reihe 2](#)
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Ausländerzentralregister (105)
- Einbürgerungen: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung. [Einbürgerungen Fachserie 1 Reihe 2.1](#)
- [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#)
- [Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung](#): Integration > Migration und Teilhabe > Monitoring
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN): Themenbereiche > Analysen > [Integrationsmonitoring Niedersachsen](#)

Autorin: Dr. Margot Thomsen

Tabellen Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte 31.12.

Land	Einwohner/-innen am 31.12.			Länderanteil	Anteil der Ausländer/ -innen	Anteil EU- Ausländer/ -innen AZR an Ausländer/ -innen AZR ¹⁾	Einwohner/ -innen je qkm ²⁾	Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen				
	2013	2017	2018					2018/2013 ³⁾	2018/2017			
	Anzahl							%		Anzahl	%	
Baden-Württemberg	10 631 278	11 023 425	11 069 533	13,3	15,5	50,0	310	+4,1	+0,4			
Bayern	12 604 244	12 997 204	13 076 721	15,8	13,2	51,5	185	+3,7	+0,6			
Berlin	3 421 829	3 613 495	3 644 826	4,4	18,5	41,3	4 090	+6,5	+0,9			
Brandenburg	2 449 193	2 504 040	2 511 917	3,0	4,7	35,7	85	+2,6	+0,3			
Bremen	657 391	681 032	682 986	0,8	18,1	33,4	1 626	+3,9	+0,3			
Hamburg	1 746 342	1 830 584	1 841 179	2,2	16,4	33,2	2 438	+5,4	+0,6			
Hessen	6 045 425	6 243 262	6 265 809	7,5	16,2	44,9	297	+3,6	+0,4			
Mecklenburg-Vorpommern	1 596 505	1 611 119	1 609 675	1,9	4,5	39,3	69	+0,8	-0,1			
Niedersachsen	7 790 559	7 962 775	7 982 448	9,6	9,4	41,8	167	+2,5	+0,2			
Nordrhein-Westfalen	17 571 856	17 912 134	17 932 651	21,6	13,3	39,1	526	+2,1	+0,1			
Rheinland-Pfalz	3 994 366	4 073 679	4 084 844	4,9	11,1	47,3	206	+2,3	+0,3			
Saarland	990 718	994 187	990 509	1,2	11,1	48,7	385	-0,0	-0,4			
Sachsen	4 046 385	4 081 308	4 077 937	4,9	4,9	33,9	221	+0,8	-0,1			
Sachsen-Anhalt	2 244 577	2 223 081	2 208 321	2,7	4,9	31,5	108	-1,6	-0,7			
Schleswig-Holstein	2 815 955	2 889 821	2 896 712	3,5	8,0	37,3	183	+2,9	+0,2			
Thüringen	2 160 840	2 151 205	2 143 145	2,6	4,9	37,2	132	-0,8	-0,4			
Deutschland	80 767 463	82 792 351	83 019 213	100	12,2	43,9	232	+2,8	+0,3			
Westdeutschland	64 848 134	66 608 103	66 823 392	80,5	13,2	44,7	269	+3,0	+0,3			
Ostdeutschland	15 919 329	16 184 248	16 195 821	19,5	7,9	38,5	149	+1,7	+0,1			

1) Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer 31.12.2018 nach dem Ausländerzentralregister (AZR) war bundesweit gut 8 % höher als die Zahl nach der Bevölkerungsfortschreibung.

2) Bodenfläche insgesamt 31.12.2017.

3) Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik und als Folge die Entwicklung des Bevölkerungsstandes ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle (EU-Ausländerinnen und Ausländer): Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2018

1a. Bevölkerungsstand – Alter 31.12.

Land	Anteil der unter 18- Jährigen	Anteil der 18- bis unter 65-Jährigen	Anteil der 65-Jährigen und Älteren	Anteil der Frauen 15 bis unter 50 Jahre	Jugend- quotient ¹⁾	Alters- quotient ²⁾	Durch- schnitts- alter	Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt	
								Frauen	Männer
								nach Sterbetafel 2015/2017	
								Jahre	
2018							2017		
%									
Baden-Württemberg	16,9	63,0	20,2	21,1	31,4	33,2	43,4	84,0	79,5
Bayern	16,4	63,2	20,4	21,2	30,2	33,3	43,7	83,6	79,1
Berlin	16,4	64,4	19,2	23,1	28,9	30,6	42,6	83,2	78,1
Brandenburg	15,6	59,9	24,5	17,5	29,7	42,0	47,0	83,1	77,6
Bremen	16,1	62,8	21,1	21,4	30,1	34,8	43,6	82,6	77,2
Hamburg	16,6	65,1	18,3	23,9	29,3	28,9	42,1	83,2	78,5
Hessen	16,7	62,6	20,6	21,1	31,0	34,1	43,8	83,4	79,0
Mecklenburg-Vorpommern	15,2	60,2	24,7	17,6	28,8	42,2	46,9	83,1	76,7
Niedersachsen	16,6	61,4	21,9	20,1	31,9	37,0	44,5	82,8	78,0
Nordrhein-Westfalen	16,7	62,3	21,0	20,8	31,3	34,9	44,0	82,7	78,1
Rheinland-Pfalz	16,2	62,1	21,7	20,1	30,5	36,2	44,7	83,0	78,6
Saarland	14,7	61,5	23,7	19,1	27,9	39,8	46,2	82,2	77,5
Sachsen	15,7	58,2	26,1	18,1	30,7	46,3	46,7	83,8	77,8
Sachsen-Anhalt	14,6	58,9	26,5	17,1	28,3	46,2	47,7	82,5	76,2
Schleswig-Holstein	16,3	60,7	23,0	19,8	31,5	39,2	45,1	82,9	78,1
Thüringen	15,1	59,1	25,7	17,5	29,2	44,7	47,1	83,0	77,2
Deutschland	16,4	62,1	21,5	20,5	30,7	35,9	44,4	83,2	78,4
Westdeutschland	16,6	62,5	20,9	20,9	31,0	34,6	.	.	.
Ostdeutschland	15,5	60,3	24,2	18,9	29,4	41,2	.	.	.

1) Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen mit 20 bis unter 65 Jahren.

2) Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen mit 20 bis unter 65 Jahren.

2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen		Geburten- überschuss/ -defizit ¹⁾ je 1 000 Ein- wohner/ -innen	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen		Zusammen- gefasste Geburten- ziffer (TFR) ²⁾
	2013	2017	2018	2013	2018		2018/2013	2018/2017	
	Anzahl						%		Anzahl
Baden-Württemberg	91 505	107 375	108 919	8,6	9,9	-0,2	+19,0	+1,4	1,58
Bayern	109 562	126 187	127 616	8,7	9,8	-0,6	+16,5	+1,1	1,55
Berlin	35 038	40 160	40 203	10,3	11,1	+1,2	+14,7	+0,1	1,45
Brandenburg	18 355	20 337	19 881	7,5	7,9	-5,1	+8,3	-2,2	1,62
Bremen	5 749	7 000	7 163	8,8	10,5	-1,3	+24,6	+2,3	1,60
Hamburg	18 137	21 133	21 126	10,4	11,5	+1,6	+16,5	-0,0	1,49
Hessen	52 185	60 988	61 012	8,7	9,8	-1,0	+16,9	+0,0	1,57
Mecklenburg-Vorpommern	12 560	13 081	13 032	7,9	8,1	-5,5	+3,8	-0,4	1,55
Niedersachsen	62 879	73 020	73 652	8,1	9,2	-2,8	+17,1	+0,9	1,62
Nordrhein-Westfalen	146 417	171 979	173 150	8,3	9,7	-2,1	+18,3	+0,7	1,60
Rheinland-Pfalz	31 989	37 443	37 647	8,0	9,2	-2,6	+17,7	+0,5	1,59
Saarland	6 848	8 313	8 149	6,9	8,2	-5,8	+19,0	-2,0	1,47
Sachsen	34 800	36 833	35 890	8,6	8,8	-5,0	+3,1	-2,6	1,60
Sachsen-Anhalt	16 797	17 837	17 410	7,5	7,9	-7,3	+3,6	-2,4	1,61
Schleswig-Holstein	21 822	25 066	25 236	7,8	8,7	-3,7	+15,6	+0,7	1,58
Thüringen	17 426	18 132	17 437	8,1	8,1	-5,8	+0,1	-3,8	1,60
Deutschland ³⁾	682 069	784 884	787 523	8,5	9,5	-2,0	+15,5	+0,3	1,57
Westdeutschland	547 093	638 504	643 670	8,5	9,6	-1,5	+17,7	+0,8	1,58
Ostdeutschland	134 976	146 380	143 853	8,5	8,9	-4,1	+6,6	-1,7	1,60

1) Anzahl der Lebendgeborenen minus Anzahl der Gestorbenen.

2) Total fertility rate (TFR) ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern für die Altersjahre 15 bis 49. Eine altersspezifische Geburtenziffer zeigt die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Zahl aller Frauen dieses Alters. - Ostdeutschland ohne Berlin.

3) Ab 2016: Gesamtzahl der Lebendgeborenen sowie Gesamtzahl der Sterbefälle einschließlich der Fälle mit unbestimmtem Geschlecht.

3. Wanderungssaldo

Land	Wanderungssaldo insgesamt (Zuzüge - Fortzüge)			Davon		Wanderungssaldo insgesamt je 1 000 Einwohner/-innen			Veränderung des Wanderungssaldos insgesamt	
				Über die Grenzen des Bundes- gebietes	Innerhalb des Bundes- gebietes					
	2013	2017	2018	2018		2013	2017	2018	2018/2013 ¹⁾	2018/2017
	Anzahl									
Baden-Württemberg	+70 172	+72 113	+50 907	+56 745	-5 838	+6,6	+6,6	+4,6	-19 265	-21 206
Bayern	+97 647	+75 689	+86 366	+77 783	+8 583	+7,8	+5,8	+6,6	-11 281	+10 677
Berlin	+41 892	+33 533	+29 435	+37 871	-8 436	+12,3	+9,3	+8,1	-12 457	-4 098
Brandenburg	+10 636	+20 727	+21 062	+5 650	+15 412	+4,3	+8,3	+8,4	+10 426	+335
Bremen	+4 542	+3 271	+3 361	+5 834	-2 473	+6,9	+4,8	+4,9	-1 181	+90
Hamburg	+11 959	+18 009	+7 979	+9 129	-1 150	+6,9	+9,9	+4,4	-3 980	-10 030
Hessen	+37 663	+34 108	+29 843	+33 239	-3 396	+6,3	+5,5	+4,8	-7 820	-4 265
Mecklenburg-Vorpommern	+2 869	+8 120	+7 659	+4 749	+2 910	+1,8	+5,0	+4,8	+4 790	-461
Niedersachsen	+36 475	+38 068	+43 524	+45 009	-1 485	+4,7	+4,8	+5,5	+7 049	+5 456
Nordrhein-Westfalen	+64 564	+51 622	+52 471	+62 848	-10 377	+3,7	+2,9	+2,9	-12 093	+849
Rheinland-Pfalz	+17 092	+17 542	+22 505	+20 798	+1 707	+4,3	+4,3	+5,5	+5 413	+4 963
Saarland	+2 296	+2 668	+2 056	+3 967	-1 911	+2,3	+2,7	+2,1	-240	-612
Sachsen	+13 429	+17 421	+17 987	+13 520	+4 467	+3,3	+4,3	+4,4	+4 558	+566
Sachsen-Anhalt	-848	+1 919	+1 759	+4 146	-2 387	-0,4	+0,9	+0,8	+2 607	-160
Schleswig-Holstein	+18 067	+17 278	+18 207	+9 962	+8 245	+6,4	+6,0	+6,3	+140	+929
Thüringen	+152	+3 992	+4 559	+8 430	-3 871	+0,1	+1,9	+2,1	+4 407	+567
Deutschland	+428 607	+416 080	+399 680	+399 680	x	+5,3	+5,0	+4,8	-28 927	-16 400
Westdeutschland	+360 477	+330 368	+317 219	+325 314	x	+5,6	+5,0	+4,8	-43 258	-13 149
Ostdeutschland	+68 130	+85 712	+82 461	+74 366	x	+4,3	+5,3	+5,1	+14 331	-3 251

1) Einschließlich unbekanntes Ausland sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe". Die Ergebnisse der Wanderungsstatistik ab Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen, technischer Weiterentwicklungen der Datenlieferungen aus dem Meldewesen an die Statistik sowie der Umstellung auf ein neues statistisches Aufbereitungsverfahren nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

4. Einbürgerungen

Land	Eingebürgerte ¹⁾			Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	Eingebürgerte je 1 000 Ausländer/-innen 31.12.		Ausge- schöpftes Einbürge- rungs- potential ²⁾	Veränderung der Zahl der Eingebürgerten	
	2013	2017	2018		2013	2018		2018/2013	2018/2017
	Anzahl				%	Anzahl		%	
Baden-Württemberg	16 063	18 299	16 285	30,6	12	9	1,8	+1,4	-11,0
Bayern	13 276	15 638	18 060	43,1	10	10	2,2	+36,0	+15,5
Berlin	6 677	6 479	6 500	29,8	14	8	1,4	-2,7	+0,3
Brandenburg	611	765	800	38,8	10	6	2,9	+30,9	+4,6
Bremen	1 368	1 449	1 580	22,2	15	12	3,0	+15,5	+9,0
Hamburg	7 333	5 608	5 770	25,4	29	19	3,7	-21,3	+2,9
Hessen	13 540	11 496	12 520	35,3	17	11	2,4	-7,5	+8,9
Mecklenburg-Vorpommern	491	526	440	31,8	13	6	2,7	-10,4	-16,3
Niedersachsen	8 216	8 785	8 470	29,5	16	10	2,7	+3,1	-3,6
Nordrhein-Westfalen	29 629	27 381	27 650	27,9	15	10	2,1	-6,7	+1,0
Rheinland-Pfalz	5 385	5 881	5 655	36,0	16	12	2,8	+5,0	-3,8
Saarland	1 290	1 188	1 105	40,7	15	9	2,0	-14,3	-7,0
Sachsen	1 168	1 560	1 645	29,8	11	8	3,3	+40,8	+5,4
Sachsen-Anhalt	642	734	655	16,8	12	6	2,8	+2,0	-10,8
Schleswig-Holstein	2 951	2 714	2 700	32,8	20	11	2,9	-8,5	-0,5
Thüringen	505	701	640	25,8	11	6	3,4	+26,7	-8,7
Deutschland	112 353	112 211	112 340	32,2	15	10	2,2	-0,0	+0,1
Westdeutschland	99 051	98 439	99 795	32,7	14	11	x	+0,8	+1,4
Ostdeutschland	10 094	10 765	10 680	29,5	13	7	x	+5,8	-0,8

1) Angaben für Deutschland einschließlich Einbürgerungen im Ausland lebender Personen (2013: 3 208 Personen, 2017: 3 007 Personen, 2018: 1 850 Personen).

2) Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Einbürgerungen im Inland auf die seit mindestens 10 Jahre im Inland lebende ausländische Bevölkerung zum 31.12. des Vorjahres.

Quelle (Ausländerinnen und Ausländer): Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2018

Familie und Beruf

Seit einigen Jahren ist das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer weiter in den Fokus gerückt. Es wurden eine Reihe staatlicher, kommunaler und politischer Maßnahmen getroffen, die insbesondere auf die frühkindliche Betreuung abzielen. Zu nennen ist hier unter anderem der seit 2013 bestehende gesetzliche Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (vgl. § 24 SGB VIII). Je nach beruflicher Situation und persönlichen Lebensumständen sind Mütter bzw. Väter auf eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder angewiesen. Der gesetzliche Mindestanspruch auf Kinderbetreuung in Kindertagesstätten umfasst in Niedersachsen vier Stunden an fünf Tagen in der Woche (vgl. § 8 KiTaG).

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Betreuungsquoten steigen weiter

Die Betreuungsquote zeigt den Anteil der betreuten Kinder einer Altersgruppe des jeweiligen Vorjahres. Bei der Ganztagsbetreuung besteht eine vertraglich vereinbarte Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden je Betreuungstag.

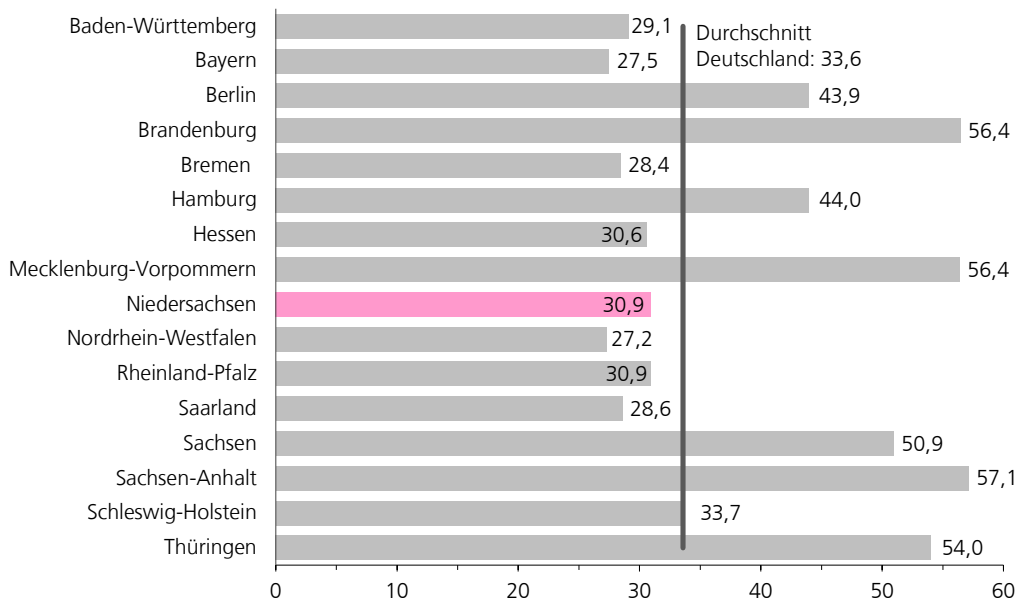
In Niedersachsen wurden 2018 zum Stichtag 1. März insgesamt 68 176 Kinder unter 3 Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut. Gegenüber dem Vorjahr waren das 4 109 Kinder mehr (+6,4 %), die eine Kinderkrippe bzw. Tagespflegeeinrichtung besuchten. Im Ländervergleich war das die drittgrößte Steigerung bei der Zahl betreuter Kinder unter 3 Jahren nach Bremen (+9,7 %) und Schleswig-Holstein (+7,4 %). Im Bundesdurchschnitt lag der Anstieg bei 3,6 %.

Die Betreuungsquote, bezogen auf alle gleichaltrigen Mädchen und Jungen, betrug 2018 in Niedersachsen 30,9 % und lag damit erstmals über 30 %, liegt aber noch unter dem im Jahr 2013 politisch formulierten Ziel von 35 %. Die Quote lag damit 1,5 Prozentpunkte über dem Schnitt der westdeutschen Länder (29,4 %), aber deutlich unter der Quote der ostdeutschen Länder, in denen 51,5 % der Kinder unter 3 Jahren in Kinderkrippen oder Tagespflegeeinrichtungen betreut wurden. Im Bundesdurchschnitt wurden im Jahr 2018 mehr als ein Drittel der Kinder unter 3 Jahren (33,6 %) betreut.

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen

T5

■ Betreuungsquoten für Kinder unter 3 Jahren 2018 insgesamt sowie Ganztagsbetreuungsquote – Prozent –



Ganztagsbetreuung der unter 3-Jährigen

T5

Auch die Ganztagsbetreuungsquote der unter 3-Jährigen hat sich im Jahr 2018 um 0,8 Prozentpunkte auf 13,0 % weiter erhöht und nähert sich dem westdeutschen Durchschnitt von 13,7 % (Ostdeutschland: 40,8 %, Deutschland: 18,8 %). Die Quote ist jedoch im Ländervergleich hinter Bayern (10,6 %) und Baden-Württemberg (11,0 %) die niedrigste.

Personalschlüssel

T5

Personalschlüssel unverändert

Das in Deutschland angestrebte Betreuungsverhältnis von maximal 3 Kindern unter 3 Jahren (Personalschlüssel 3,0) je pädagogischer Vollzeitstelle hat 2018 nur Baden-Württemberg erreicht. In Niedersachsen hat sich mit rechnerisch 3,8 Kindern je vollzeittätiger Person gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung des Personalschlüssels ergeben. Damit lag Niedersachsen allerdings näher am empfohlenen Personalschlüssel als der Bundesdurchschnitt (4,2 Kinder je pädagogischer Vollzeitstelle). Niedersachsen kann seit 2013 eine stetige Annäherung an das Zielverhältnis von 1:3 verzeichnen.

Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen

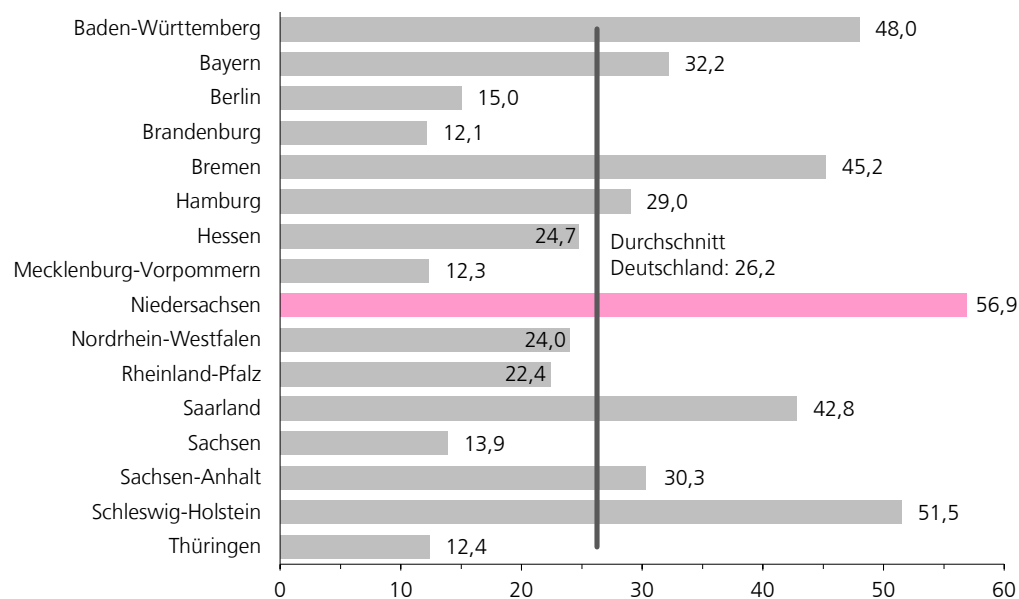
T6

Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen deutlich gestiegen

In Niedersachsen wurden 2018 insgesamt 67 276 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren mit mehr als 7 Stunden Betreuung pro Betreuungstag gezählt, das entspricht einer Ganztagsbetreuungsquote von 31,9 % (Deutschland: 46,1 %). Damit wurden in dieser Altersgruppe 5 336 Kinder mehr betreut als noch ein Jahr zuvor. Das entsprach einem Anstieg von 8,6 % gegenüber 2017 und war der höchste im Ländervergleich (Bundesdurchschnitt: +4,4 %).

Auch im mittelfristigen Ländervergleich 2018 gegenüber 2013 wies Niedersachsen den höchsten Wert in der Veränderung der Ganztagsbetreuung auf. Die Steigerung von 56,9 % innerhalb von 5 Jahren deutet auf einen kontinuierlichen Ausbau der Ganztagsbetreuung in Niedersachsen hin. Dennoch hatte Niedersachsen weiterhin die zweitniedrigste Ganztagsbetreuungsquote nach Baden-Württemberg (2018: 24,6 %).

Veränderung der Zahl der ganztätig betreuten 3- bis unter 6-jährigen Kinder 2018 gegenüber 2013 – Prozent –



Elterngeldbezug

T7

Elterngeldbezug: Positive Auswirkungen des ElterngeldPlus

Eine weitere staatliche Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Weiterentwicklung des Elterngeldes. Das Basis-Elterngeld entspricht bei Erwerbstätigen etwa zwei Dritteln des Nettogehaltes und kann für bis zu 14 Monate bezogen werden. Elterngeld wird vom Tage der Geburt bis zum Ende des 14. Lebensmonats an Mütter und Väter ausgezahlt, um das fehlende Einkommen während der Betreuungszeit des Kindes auszugleichen. Seit der Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 können Elterngeldbezüge bis zu 36 Monate andauern und von den Elternteilen flexibler gestaltet werden.

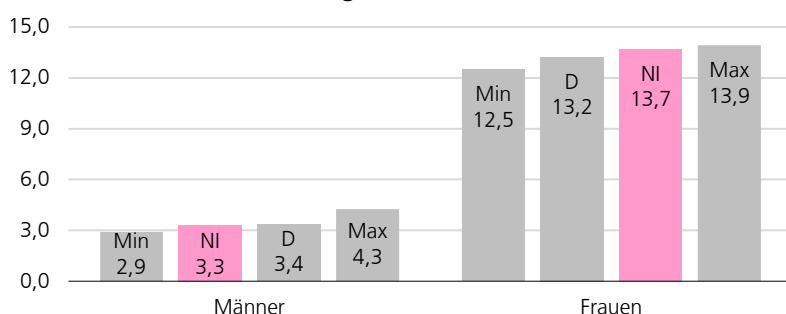
Der Leistungsbezug von Elterngeld für 2015 geborene Kinder endete 2018 in Niedersachsen für 86 293 Mütter und Väter. Gegenüber 2012 (für 2010 geborene Kinder) stieg die Zahl der beendeten Bezüge um 16,6 % (Bundesdurchschnitt: +17,1 %). Der Väteranteil stieg in Niedersachsen mittelfristig um 7,1 Prozentpunkte und lag 2018 bei mehr als einem Viertel (26,0 %). In Sachsen war der Väteranteil 2018 mit fast einem Drittel (32,4 %)

am höchsten; im Saarland lag er mit gut einem Fünftel am niedrigsten (20,3 %; Bundesdurchschnitt: 27,2 %).

Der Anteil der Mütter und Väter, die vor der Geburt erwerbstätig waren, stieg für ab dem 1. Juli 2015 geborene Kinder (nach Einführung des ElterngeldPlus) bundesweit und auch in Niedersachsen weiter an. Unter den Eltern des 2. Geburtshalbjahres 2015 waren 68,6 % der weiblichen Leistungsbeziehenden vor der Geburt des Kindes erwerbstätig (Deutschland: 70,6 %); bei den Männern waren es 90,0 % (Deutschland: 92,3 %).

Durch die Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 ergeben sich positive Aspekte für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eltern können für Kinder, die ab 1. Juli 2015 geboren wurden, bis zu 36 Monate Elterngeld beziehen und in Teilzeit berufstätig sein. Dies wirkte sich auf die durchschnittliche Bezugsdauer beider Geschlechter positiv aus. Männer, deren Leistungsbezug 2018 endete, bezogen durchschnittlich 3,3 Monate Elterngeld (beendeter Leistungsbezug 2016: 3,1 Monate); bei den Bezügen der Frauen gab es einen Anstieg um zwei Monate auf 13,7 Monate. Damit lag die durchschnittliche Bezugsdauer von Elterngeld in Niedersachsen bei den Männern noch leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 3,4 Monaten, bei den Frauen allerdings um 0,5 Monate über dem Bundesdurchschnitt.

■ Durchschnittliche Bezugsdauer von Elterngeld durch Männer und Frauen 2018 (für ab dem 1. Juli 2015 geborene Kinder) – Monate –



Steigende Teilzeitbeschäftigung

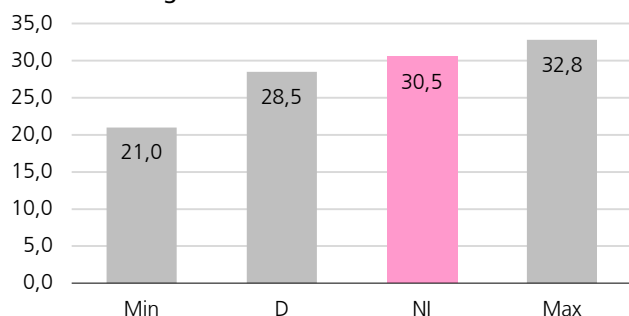
Teilzeitbeschäftigung

T8

Als Teilzeitbeschäftigte werden im Mikrozensus alle Personen gezählt, die bis zu 31 Stunden pro Woche arbeiten – ohne Auszubildende. Ab dem Jahr 2017 werden hierzu nur noch Personen in Privathaushalten befragt (ohne Gemeinschaftsunterkünfte, z. B. Alten- und Pflegeheime, die ein verkürztes Frageprogramm erhalten).

Die Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeit betrug 2018 in Niedersachsen 1,16 Mio. Damit ist die Zahl der Teilzeitarbeitskräfte erneut gestiegen; im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 %. Im mittelfristigen Vergleich 2018 gegenüber 2013 betrug der Zuwachs 5,9 %. Damit ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stärker gestiegen als die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt (+5.1%, vgl. Kapitel Erwerbstätigkeit). Im Bundesdurchschnitt war die Veränderung bei der Teilzeitarbeit zum Vorjahr mit +0,4 % geringer, die mittelfristige Veränderung dagegen mit +6,4 % etwas höher. Der Anteil der Teilzeitkräfte an allen Erwerbstätigen lag in Niedersachsen mit 30,5 % über dem Bundesdurchschnitt (28,5 %).

■ Anteil Erwerbstätige in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen 2018 – Prozent –



Teilzeitarbeit ist weiterhin eine Frauendomäne. In Niedersachsen waren 2018 etwa 4 von 5 Teilzeitarbeitskräften Frauen (79,0 %), wobei ihr Anteil leicht rückläufig ist: 2017 waren es 80,0 % und 2013 noch 81,5 %. Vor allem in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg arbeitet ein vergleichsweise größerer Anteil der Männer in Teilzeit. In Berlin betrug der Anteil der Frauen in Teilzeit lediglich 62,2 %. Im Bundesdurchschnitt waren es 77,3 %.

Alleinerziehende

T9

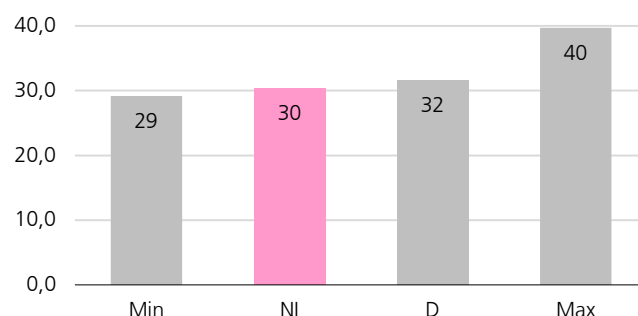
Weniger Alleinerziehende

Die Zahl der Alleinerziehenden belief sich 2018 in Niedersachsen auf rund 238 000 Personen. Dies bedeutete einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 2,8 %. Den kurzfristigen stärksten Rückgang im Ländervergleich gab es in Rheinland-Pfalz (-7,3 %), den stärksten Anstieg in Brandenburg (+6,5%). Im Bundesdurchschnitt war 2018 gegenüber 2017 eine Verringerung von 1,5 % zu verzeichnen.

Mehr als 4 von 5 Alleinerziehenden waren 2018 in Niedersachsen Frauen (83,6 %). Ihr Anteil ist mittelfristig gegenüber 2013 leicht um 1,8 Prozentpunkte zurückgegangen. Im Bundesdurchschnitt war der Anteil der Frauen an allen Alleinerziehenden 2018 auf ähnlichem Niveau (84,2 %) wie in Niedersachsen.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung kamen 2018 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen gut 30 Alleinerziehende; bundesweit waren es durchschnittlich 32 (Ostdeutschland: 36, Westdeutschland: 31). Weniger Alleinerziehende je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner als in Niedersachsen gab es nur in Bayern (29) und Baden-Württemberg (knapp 30).

■ Alleinerziehende je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2018 – Anzahl –



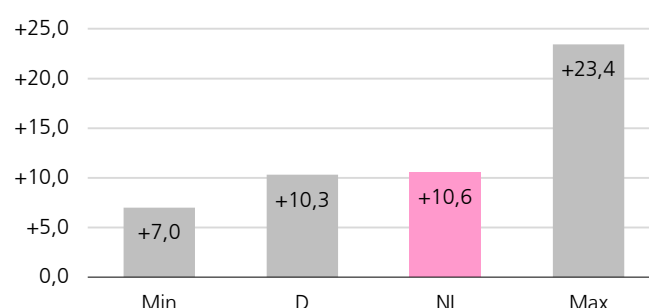
Eheschließungen

T10

Mehr Eheschließungen ...

Die Zahl der Eheschließungen ist in Niedersachsen 2018 gegenüber dem Vorjahr um 10,6 % auf 45 990 gestiegen. Auch in allen anderen Ländern gab es eine Zunahme, wobei Berlin und Bremen mit Zuwächsen von über 20 % besonders hervortraten. Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl der Eheschließungen um 10,3 % gegenüber 2017. Die deutlichen Zuwächse können unter anderem auf die geänderte Gesetzeslage zurückgeführt werden: Seit dem 1. Oktober 2017 haben auch gleichgeschlechtliche Paare das Recht auf

■ Veränderung der Zahl der Eheschließungen 2018 gegenüber 2017 – Prozent –



eine zivilrechtliche Eheschließung (Hinweis: Die 3 Monate von 2017 wurden statistisch im Jahr 2018 verbucht).

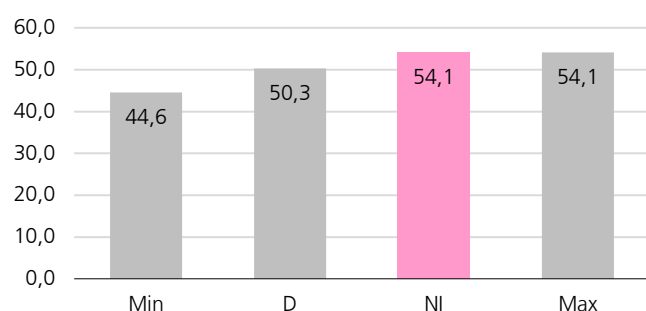
Bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden in Niedersachsen 2018 rechnerisch 57,6 Ehen geschlossen. Den höchsten Wert im Ländervergleich wies Mecklenburg-Vorpommern mit 76,3 auf, den geringsten Hamburg mit 34,2. Für die regionale Zuordnung einer Eheschließung ist allerdings nicht der Wohnort der Eheleute maßgeblich sondern der Ort der Eheschließung. Häufig sind touristisch beliebte Reiseziele auch bei Paaren beliebte Orte zur Eheschließung, was die regionale Verteilung der Werte beeinflusst.

... weniger Scheidungen

Insgesamt 15 186 Scheidungen wurden 2018 in Niedersachsen registriert. Die Zahl der Scheidungen ist seit einigen Jahren rückläufig: Die Abnahme betrug im kurzfristigen Vergleich zum Vorjahr 5,0 % und im mittelfristigen Vergleich zu 2013 knapp 12,3 % (Bundesdurchschnitt: -3,5 % bzw. -12,8 %). Eine Tendenz zu weniger Scheidungen zeigte sich kurz- und mittelfristig in allen Ländern. Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2018 in Niedersachsen rechnerisch 19,0 Scheidungen (Bundesdurchschnitt: 17,9).

Bei mehr als jeder zweiten Scheidung in Deutschland waren 2018 minderjährige Kinder betroffen (50,3 %). Der Anteil von 54,1 % in Niedersachsen stellte den höchsten Wert unter allen Ländern dar.

Anteil Ehescheidungen von Paaren mit minderjährigen Kindern an allen Ehescheidungen 2018 – Prozent –



Ehescheidungen

T11

Informationen:

- **Kinderbetreuung:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Soziales. [Kindertagesbetreuung regional](#)
- **Regionalmonitoring Niedersachsen:** Soziales > Betreuung und Pflege
- Das [niedersächsische Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder \(KiTaG\)](#) § 8 Absatz II, § 21
- Das [Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe \(SGB VIII\)](#) § 24
- **Elterngeldstatistik:** Statistisches Bundesamt: Soziales. [Eltern- und Kindergeld](#) – Beendete Leistungsbezüge - jährlich: Statistik zum Elterngeld
- **Familien und Erwerbstätigkeit nach Familientypen:** LSN: Themenbereich Haushalte und Familien, Mikrozensus und freiwillige Haushaltsbefragungen – [Tabellen - Mikrozensus](#)
- **Eheschließungen:** [Regionaldatenbank Deutschland](#) (12611 Statistik der Eheschließungen)
- [LSN Onlinedatenbank](#) (130 Eheschließungen)
- **Ehescheidungen:** Statistisches Bundesamt: [GENESIS-Online](#) (12631 Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen)
- [LSN Onlinedatenbank](#) (140 Ehescheidungen)

Autorinnen: Rita Skorka, Kerstin Wendler

Tabellen Familie und Beruf

5. Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Ganztags- betreuungs- quote	Personal- schlüssel ³⁾	Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2013	2017	2018	2013	2017	2018			2018/2013	2018/2017
	Anzahl			%					Anzahl	%
Baden-Württemberg	67 948	89 320	93 412	24,9	28,6	29,1	11,0	3,0	+37,5	+4,6
Bayern	79 714	100 121	103 194	24,8	27,4	27,5	10,6	3,7	+29,5	+3,1
Berlin	43 890	51 636	51 809	43,7	44,4	43,9	31,1	5,7	+18,0	+0,3
Brandenburg	30 960	35 349	36 063	53,6	55,8	56,4	38,7	5,6	+16,5	+2,0
Bremen	3 776	5 272	5 783	23,2	26,4	28,4	16,2	3,5	+53,2	+9,7
Hamburg	19 337	26 483	26 785	38,4	44,7	44,0	24,6	4,8	+38,5	+1,1
Hessen	40 134	53 406	55 523	25,7	30,2	30,6	19,0	3,8	+38,3	+4,0
Mecklenburg-Vorpommern	21 251	22 777	22 995	54,5	56,0	56,4	43,0	6,0	+8,2	+1,0
Niedersachsen	46 134	64 067	68 176	24,4	29,6	30,9	13,0	3,8	+47,8	+6,4
Nordrhein-Westfalen	87 185	132 194	139 784	19,9	26,3	27,2	13,5	3,7	+60,3	+5,7
Rheinland-Pfalz	27 039	33 761	34 877	28,2	30,7	30,9	16,6	3,7	+29,0	+3,3
Saarland	5 181	6 761	7 003	24,6	28,3	28,6	22,5	3,8	+35,2	+3,6
Sachsen	49 527	56 871	57 382	47,2	50,5	50,9	43,3	6,2	+15,9	+0,9
Sachsen-Anhalt	29 577	30 992	31 222	57,7	56,9	57,1	46,8	5,8	+5,6	+0,7
Schleswig-Holstein	17 700	23 882	25 648	26,3	31,9	33,7	15,1	3,7	+44,9	+7,4
Thüringen	26 936	29 469	29 903	51,4	53,2	54,0	50,9	5,5	+11,0	+1,5
Deutschland	596 289	762 361	789 559	29,3	33,1	33,6	18,8	4,2	+32,4	+3,6
Westdeutschland	394 148	535 267	560 185	24,2	28,8	29,4	13,7	.	+42,1	+4,7
Ostdeutschland	202 141	227 094	229 374	49,8	51,3	51,5	40,8	.	+13,5	+1,0

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen. Stichtag: 1.3.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

3) Der Personalschlüssel gibt die Anzahl der Kinder an, die rechnerisch von einer pädagogisch vollzeittätigen Person betreut werden.

6. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztätig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der ganztätig betreuten Kinder	
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	49 877	69 616	73 815	17,7	23,9	24,6	+48,0	+6,0
Bayern	95 213	120 050	125 835	29,2	35,2	35,7	+32,2	+4,8
Berlin	56 963	62 478	65 514	60,2	60,2	60,9	+15,0	+4,9
Brandenburg	36 799	39 783	41 259	60,9	62,5	63,0	+12,1	+3,7
Bremen	4 893	6 616	7 106	30,2	38,3	38,9	+45,2	+7,4
Hamburg ³⁾	19 779	24 746	25 521	41,5	48,6	47,6	+29,0	+3,1
Hessen	69 998	83 944	87 285	44,3	50,6	51,4	+24,7	+4,0
Mecklenburg-Vorpommern	25 485	27 612	28 625	64,8	68,2	69,6	+12,3	+3,7
Niedersachsen	42 887	61 940	67 276	21,6	30,4	31,9	+56,9	+8,6
Nordrhein-Westfalen	180 416	213 694	223 731	39,8	45,7	46,4	+24,0	+4,7
Rheinland-Pfalz	45 683	54 060	55 906	46,6	52,3	52,5	+22,4	+3,4
Saarland	8 423	11 158	12 032	39,2	49,4	52,1	+42,8	+7,8
Sachsen	80 410	89 358	91 583	78,1	82,0	82,4	+13,9	+2,5
Sachsen-Anhalt	33 926	43 505	44 210	65,1	80,9	80,6	+30,3	+1,6
Schleswig-Holstein	17 453	25 127	26 443	24,4	34,6	35,4	+51,5	+5,2
Thüringen	45 584	50 248	51 219	88,1	91,8	91,8	+12,4	+1,9
Deutschland	813 789	983 935	1 027 360	39,3	45,5	46,1	+26,2	+4,4
Westdeutschland	534 622	670 951	704 950	32,0	38,6	39,4	+31,9	+5,1
Ostdeutschland	279 167	312 984	322 410	69,6	73,6	74,0	+15,5	+3,0

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag betreut werden. Stichtag: 1.3.

2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

3) In vorschulischen Einrichtungen waren 2013 zusätzlich 8,7 %, 2017 und 2018 zusätzlich 8,9 % der 3- bis unter 6-jährigen Kinder.

7. Elterngeld – Beendete Leistungsbezüge

Land	Beendete Leistungsbezüge Elterngeld – insgesamt ¹⁾			Veränd. Zahl beendete Bezüge – insgesamt ¹⁾	Anteil beendete Bezüge ¹⁾		Anteil der Beziehenden, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren		Durchschnittliche Bezugsdauer ²⁾	
					Männer		Frauen	Männer	Frauen	
	für 2010 geb. Kinder	für 2014 geb. Kinder	für 2015 geb. Kinder		für 2010 geb. Kinder	für 2015 geb. Kinder	für ab dem 1. Juli 2015 geborene Kinder ("neue Rechtslage")			
	2012	2016	2018		2018/2012	2012	2018			
	Anzahl					%		Monate		
Baden-Württemberg	110 697	131 181	134 627	+21,6	21,5	29,0	94,1	71,6	3,0	13,1
Bayern	134 587	158 643	162 536	+20,8	25,1	31,0	94,5	74,7	2,9	12,9
Berlin	41 063	48 698	49 031	+19,4	24,8	29,4	89,6	67,2	4,3	12,6
Brandenburg	23 204	25 463	25 556	+10,1	22,1	28,7	91,2	77,5	3,2	12,8
Bremen	6 116	7 408	7 894	+29,1	16,8	22,5	86,7	54,5	4,2	13,7
Hamburg	20 913	25 216	25 631	+22,6	22,4	29,1	93,7	72,7	3,5	12,5
Hessen	61 715	69 989	70 947	+15,0	20,3	25,8	92,4	67,9	3,5	13,2
Mecklenburg-Vorpommern	15 733	15 890	16 340	+3,9	19,4	24,0	90,0	75,4	3,4	12,7
Niedersachsen	73 982	85 675	86 293	+16,6	18,9	26,0	90,0	68,6	3,3	13,7
Nordrhein-Westfalen	165 915	188 673	191 834	+15,6	16,6	23,1	91,7	66,3	3,9	13,4
Rheinland-Pfalz	36 323	41 724	42 801	+17,8	17,9	24,3	90,2	67,2	3,3	13,9
Saarland	7 670	8 805	8 953	+16,7	14,3	20,3	89,4	63,9	3,6	13,4
Sachsen	45 084	50 982	51 467	+14,2	24,9	32,4	92,7	78,6	3,1	13,2
Sachsen-Anhalt	19 223	21 236	21 566	+12,2	17,1	24,3	90,9	72,3	3,5	13,2
Schleswig-Holstein	26 134	28 696	28 734	+9,9	18,2	23,9	91,7	73,3	3,7	13,4
Thüringen	21 872	24 674	24 543	+12,2	22,8	30,5	92,1	78,0	3,0	13,9
Deutschland	810 231	932 953	948 753	+17,1	20,7	27,2	92,3	70,6	3,4	13,2
Westdeutschland	644 052	746 010	760 250	.	20,2	26,7
Ostdeutschland	166 179	186 943	188 503	.	22,8	29,2

1) Bis 2016 "frühere Rechtslage" für vor dem 1. Juli 2015 geborene Kinder; 2018 sowohl "frühere Rechtslage" als auch "neue Rechtslage" für ab dem 1. Juli 2015 geborene Kinder.

2) Mit der Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 können Elterngeldbezüge bis zu 36 Monate andauern und mehrfach zwischen den Elternteilen wechseln.

8. Erwerbstätige (am Wohnort)¹⁾ in Teilzeitarbeit²⁾

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauenanteil an Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen	Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit insgesamt	
	2013	2017	2018	2013	2017	2018		2018/2013	2018/2017
	Anzahl in 1 000			%					
Baden-Württemberg	1 585	1 679	1 683	80,4	78,4	78,7	29,6	+6,2	+0,2
Bayern	1 772	1 882	1 885	81,8	80,8	80,8	28,0	+6,4	+0,2
Berlin	448	483	487	63,4	62,1	62,2	27,1	+8,7	+0,9
Brandenburg	262	273	266	76,1	73,6	75,8	22,0	+1,7	-2,4
Bremen	98	106	104	72,3	71,7	71,0	32,8	+6,2	-1,6
Hamburg	239	242	243	71,2	72,6	72,3	25,9	+1,6	+0,4
Hessen	867	922	926	78,6	77,0	76,5	30,3	+6,8	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	166	174	174	73,9	75,1	73,4	24,2	+5,1	+0,3
Niedersachsen	1 099	1 139	1 164	81,5	80,0	79,0	30,5	+5,9	+2,1
Nordrhein-Westfalen	2 321	2 495	2 521	79,5	77,9	78,2	30,1	+8,6	+1,1
Rheinland-Pfalz	562	624	622	80,6	78,6	78,7	31,4	+10,7	-0,4
Saarland	130	141	144	81,5	80,1	79,7	31,0	+10,3	+1,4
Sachsen	424	437	439	73,2	72,7	73,3	23,0	+3,5	+0,3
Sachsen-Anhalt	226	218	208	77,9	76,0	75,4	21,0	-8,1	-4,7
Schleswig-Holstein	390	424	427	78,9	76,7	75,2	31,0	+9,5	+0,5
Thüringen	229	226	222	75,8	74,1	75,3	21,9	-3,4	-2,1
Deutschland	10 819	11 466	11 515	78,8	77,3	77,3	28,5	+6,4	+0,4
Westdeutschland	9 064	9 655	9 719	80,0	78,6	78,4	29,7	+7,2	+0,7
Ostdeutschland	1 755	1 811	1 796	72,1	70,8	71,1	23,5	+2,3	-0,8

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Ohne Auszubildende; Teilzeit definiert als bis zu 31 geleisteten Arbeitsstunden pro Woche.

Quelle: Mikrozensus

9. Alleinerziehende¹⁾

Land	Alleinerziehende			Darunter Frauen			Alleinerzieh. je 1 000 Einwohner/ -innen	Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2013	2017	2018	2013	2018			2018/2013	2018/2017
	Anzahl in 1 000			%		Anzahl in 1 000	Anzahl	%	
Baden-Württemberg	324	325	325	84,7	83,0	269	30	+0,3	+0,0
Bayern	397	383	375	84,3	82,8	310	29	-5,7	-2,1
Berlin	150	145	143	87,3	86,6	124	40	-5,2	-2,0
Brandenburg	98	87	93	87,8	85,4	80	38	-4,9	+6,5
Bremen	27	24	24	89,9	81,5	19	35	-13,3	-0,2
Hamburg	69	64	62	87,1	87,1	54	34	-10,3	-2,4
Hessen	186	194	199	85,6	83,8	166	32	+6,7	+2,4
Mecklenburg-Vorpommern	57	57	57	87,2	85,0	48	36	-1,2	-0,9
Niedersachsen	240	244	238	85,4	83,6	198	30	-0,9	-2,8
Nordrhein-Westfalen	569	555	548	86,0	85,8	470	31	-3,7	-1,2
Rheinland-Pfalz	130	128	119	82,7	82,4	98	30	-8,5	-7,3
Saarland	37	35	33	80,0	80,9	27	34	-9,2	-5,1
Sachsen	135	129	126	86,2	84,7	106	31	-6,7	-2,9
Sachsen-Anhalt	82	79	77	88,1	86,4	66	35	-6,4	-2,8
Schleswig-Holstein	92	89	89	86,9	83,4	74	31	-3,7	+0,1
Thüringen	85	80	75	86,9	83,5	63	36	-11,5	-6,3
Deutschland	2 679	2 619	2 580	85,6	84,2	2 174	32	-3,7	-1,5
Westdeutschland	2 072	2 040	2 010	85,2	83,9	1 687	31	-3,0	-1,5
Ostdeutschland	607	578	570	87,2	85,4	486	36	-6,2	-1,5

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Seit 2017 wird die Frage nach unverheirateten Paaren im Haushalt mit Auskunftspflicht erhoben. Die Anzahl der nachgewiesenen unverheirateten Paare ist dadurch leicht gestiegen, während die durch den Mikrozensus erfasste Anzahl der Alleinerziehenden zurückgegangen ist. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus

10. Eheschließungen

Land	Eheschließungen insgesamt			Eheschließungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2013 ¹⁾	2017 ¹⁾	2018 ²⁾	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	48 426	54 591	58 417	45,7	49,7	52,9	+20,6	+7,0
Bayern	59 623	66 790	72 798	47,5	51,5	55,8	+22,1	+9,0
Berlin	12 963	12 686	15 660	38,2	35,3	43,2	+20,8	+23,4
Brandenburg	12 245	14 156	15 440	50,0	56,7	61,6	+26,1	+9,1
Bremen	2 619	2 744	3 360	40,0	40,4	49,4	+28,3	+22,4
Hamburg	6 746	5 727	6 274	38,7	31,5	34,2	-7,0	+9,6
Hessen	26 894	29 281	32 704	44,6	47,0	52,3	+21,6	+11,7
Mecklenburg-Vorpommern	10 269	11 399	12 274	64,3	70,8	76,3	+19,5	+7,7
Niedersachsen	37 405	41 601	45 990	48,0	52,2	57,6	+23,0	+10,6
Nordrhein-Westfalen	79 895	86 475	96 643	45,5	48,3	53,9	+21,0	+11,8
Rheinland-Pfalz	19 223	20 747	22 654	48,2	51,0	55,6	+17,8	+9,2
Saarland	4 502	4 698	5 363	45,4	47,2	54,1	+19,1	+14,2
Sachsen	17 323	18 942	20 586	42,9	46,5	50,5	+18,8	+8,7
Sachsen-Anhalt	10 083	10 424	11 370	44,8	46,8	51,4	+12,8	+9,1
Schleswig-Holstein	15 861	17 593	19 527	56,5	60,9	67,5	+23,1	+11,0
Thüringen	9 578	9 612	10 406	44,3	44,6	48,5	+8,6	+8,3
Deutschland	373 655	407 466	449 466	46,4	49,3	54,2	+20,3	+10,3
Westdeutschland	301 194	330 247	363 730	46,6	49,7	54,5	+20,8	+10,1
Ostdeutschland	72 461	77 219	85 736	45,6	47,8	53,0	+18,3	+11,0

1) Bis 2017 ohne Eheschließungen zwischen Personen gleichen Geschlechts.

2) Einschließlich Eheschließungen zwischen Personen gleichen Geschlechts aus dem 4. Quartal 2017 (geänderte Gesetzeslage ab 1. Oktober 2017).

11. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen insgesamt			Darunter von Paaren mit minder-jährigen Kindern ¹⁾	Ehescheidungen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2013	2017	2018		2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl				%	Anzahl			%
Baden-Württemberg	20 933	18 356	18 344	49,8	19,8	16,7	16,6	-12,4	-0,1
Bayern	24 797	22 599	22 464	50,0	19,8	17,4	17,2	-9,4	-0,6
Berlin	6 628	6 070	5 342	45,6	19,5	16,9	14,7	-19,4	-12,0
Brandenburg	5 003	4 445	4 212	44,6	20,4	17,8	16,8	-15,8	-5,2
Bremen	1 404	1 332	1 181	50,6	21,4	19,6	17,4	-15,9	-11,3
Hamburg	3 199	2 912	2 802	47,0	18,4	16,0	15,3	-12,4	-3,8
Hessen	13 180	12 500	11 949	51,6	21,9	20,1	19,1	-9,3	-4,4
Mecklenburg-Vorpommern	2 903	2 976	2 858	48,3	18,2	18,5	17,8	-1,6	-4,0
Niedersachsen	17 307	15 986	15 186	54,1	22,2	20,1	19,0	-12,3	-5,0
Nordrhein-Westfalen	40 450	35 778	34 602	51,3	23,1	20,0	19,3	-14,5	-3,3
Rheinland-Pfalz	9 377	8 362	8 025	46,7	23,5	20,5	19,7	-14,4	-4,0
Saarland	2 237	2 037	1 910	52,3	22,6	20,5	19,2	-14,6	-6,2
Sachsen	7 272	6 427	6 141	52,1	18,0	15,8	15,1	-15,6	-4,4
Sachsen-Anhalt	4 220	3 808	3 479	53,0	18,8	17,1	15,7	-17,6	-8,6
Schleswig-Holstein	6 683	6 123	6 036	47,2	23,8	21,2	20,9	-9,7	-1,4
Thüringen	4 240	3 790	3 535	49,8	19,6	17,6	16,5	-16,6	-6,7
Deutschland	169 833	153 501	148 066	50,3	21,1	18,6	17,9	-12,8	-3,5
Westdeutschland	139 567	125 985	122 499	50,6	21,6	18,9	18,4	-12,2	-2,8
Ostdeutschland	30 266	27 516	25 567	48,9	19,0	17,0	15,8	-15,5	-7,1

1) Paare, die zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Scheidung mindestens ein gemeinsames minderjähriges Kind hatten.

Erwerbstätigkeit

Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter positiv

In Niedersachsen und Deutschland stiegen 2018 gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die Erwerbstätigenquote. Zugleich ging die Arbeitslosenquote insgesamt und bei Jugendlichen zurück, ebenso wie die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten. Wie in den Jahren zuvor entwickelte sich der Arbeitsmarkt 2018 weiter positiv.

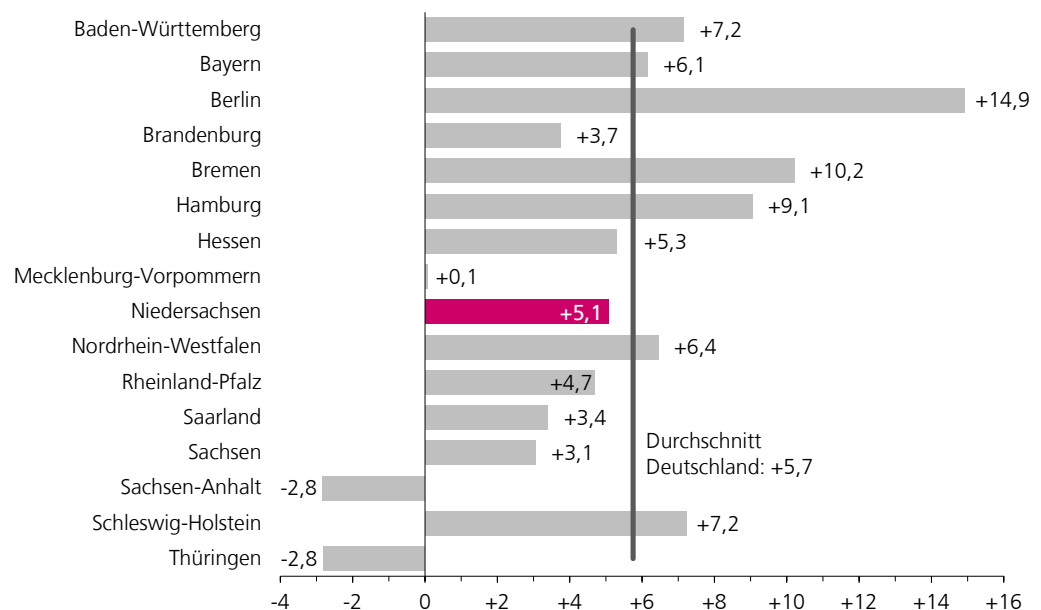
Die Ergebnisse zu den Erwerbstätigen am Wohnort (T12, T13) auf Basis des Mikrozensus 2017 und 2018 sind aufgrund methodischer Änderungen in der Datenbasis nur eingeschränkt vergleichbar mit den Vorjahren. Als Erwerbstätige gelten Personen (15 Jahre und älter), die mindestens 1 Stunde gegen Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen.

Erwerbstätige (Wohnort) T12

Zahl der Erwerbstätigen steigt erneut

Gut 3,97 Mio. Personen waren nach Ergebnissen des Mikrozensus 2018 in Niedersachsen erwerbstätig. Im Vergleich zu 2017 nahm die Zahl der (am Wohnort gezählten) Erwerbstätigen um rund 28 300 Personen bzw. 0,7 % zu. Im mittelfristigen Vergleich 2018 gegenüber 2013 gab es einen Zuwachs um 5,1 %.

■ Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort 2018 gegenüber 2013 – Prozent –



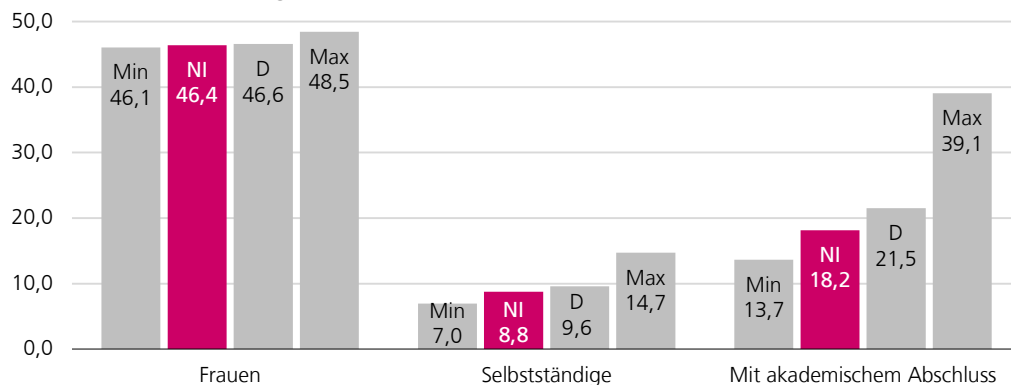
Insgesamt gab es 2018 in Deutschland rund 41,9 Mio. Erwerbstätige, das waren rund 253 300 (+0,6 %) mehr als 2017 und 5,7 % mehr als 2013. Der Frauenanteil an der Zahl der Erwerbstätigen stieg geringfügig und lag in Niedersachsen im Jahr 2018 bei 46,4 % (Deutschland: 46,6 %).

Selbstständige T12

Quote der Selbstständigen etwa auf Vorjahresniveau

Der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lag 2018 in Niedersachsen mit 8,8 % etwa auf dem Vorjahresniveau (8,9 %), aber 1,1 Prozentpunkte niedriger als 2013 (Deutschland 2018: 9,6 %).

■ **Anteile an allen Erwerbstätigen 2018**
– Frauen, Selbstständige, Personen mit akademischem Abschluss – Prozent –



Anteil der Hochqualifizierten steigt langsamer als im bundesweiten Durchschnitt

Im Jahr 2018 hatten in Niedersachsen 18,2 % der Erwerbstätigen einen akademischen Abschluss, d. h. einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss oder eine Promotion. Dieser Anteil entsprach einem Anstieg um 1,5 Prozentpunkte gegenüber 2013, er lag aber deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt. In Deutschland stieg der Anteil der Hochqualifizierten in diesem Zeitraum um 2,3 Prozentpunkte auf 21,5 %. Grundsätzlich steigt der Anteil Hochqualifizierter vor allem durch den Eintritt junger Erwerbstätiger in den Arbeitsmarkt, die zumeist ein höheres Qualifikationsniveau aufweisen als die älteren bzw. aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Beschäftigten.

Hochqualifizierte
T12

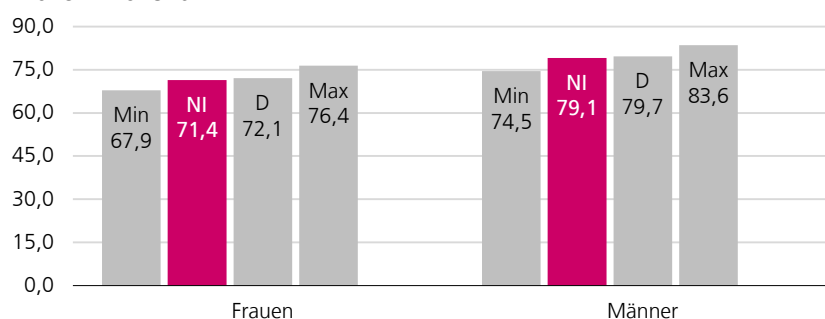
Die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten nähern sich weiter an

Für die Berechnung der Erwerbstätigenquote wird die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zur gleichaltrigen Gesamtbevölkerung in Beziehung gesetzt.

Erwerbstätigenquoten
T13

Etwa 3 von 4 Einwohnerinnen und Einwohnern im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) waren 2018 in Deutschland und Niedersachsen erwerbstätig. Die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten unterschieden sich in Niedersachsen noch um 7,7 Prozentpunkte (Deutschland: 7,6 Prozentpunkte), nähern sich mit der Zeit aber immer mehr an. Den geringsten Niveauunterschied erreichte 2018 Brandenburg mit lediglich 1,7 Prozentpunkten. Den größten Unterschied gab es in Bayern mit 8,9 Prozentpunkten, wobei die Erwerbstätigenquote der Männer mit 83,6 % am höchsten war.

■ **Erwerbstätigenquoten der Frauen und Männer (15 bis unter 65 Jahre)**
2018 – Prozent –

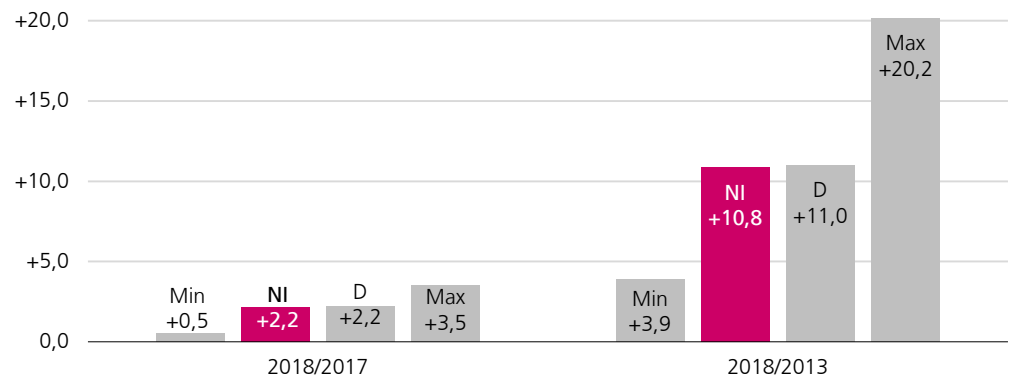


Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2018 in Niedersachsen mit 71,4 % um 2,9 Prozentpunkte höher als 2013. Die Erwerbstätigenquote der Männer war mit 79,1 % deutlich höher, stieg mittelfristig jedoch nur um 1,3 Prozentpunkte. In Deutschland insgesamt stiegen die Quoten stärker, um 3,3 Prozentpunkte für Frauen und um 2,0 Prozentpunkte für Männer.

Gut 2,9 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die Zahl der (am Arbeitsort gezählten) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in Niedersachsen 2018 um rund 62 700 auf gut 2,9 Mio. Dies entsprach einem Anstieg von 2,2 % gegenüber dem Vorjahr und gegenüber 2013 einem Plus von mehr als einem Zehntel (10,8 %). Kurz- und mittelfristig entsprach der Anstieg etwa dem Durchschnitt in Deutschland. Auch in allen anderen Ländern stieg die Beschäftigtenzahl weiter.

■ Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) 2018 gegenüber 2017 und 2013 – Prozent –



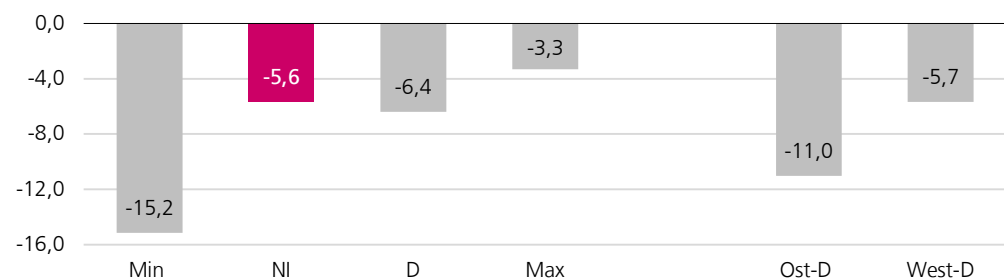
Der Anteil der Frauen lag seit 2016 in Niedersachsen konstant bei 45,8 % und blieb damit weiter leicht unter dem Deutschlandwert (2018: 46,2 %). Während der Frauenanteil in Westdeutschland 2018 bei 45,5 % lag, waren die Geschlechteranteile in Ostdeutschland immer noch fast ausgeglichen (49,1 %), obwohl der Frauenanteil mittelfristig um 0,6 Prozentpunkte sank.

Zahl der Minijobs unter eine halbe Million gesunken

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das aus dem sogenannten Minijob erzielte Arbeitsentgelt regelmäßig 450 Euro (bis 2012: 400 Euro) im Monat nicht überschreitet. Die geringfügig entlohnnten Beschäftigten werden hier ohne Beschäftigte im Nebenjob ausgewiesen. Kurzfristig Beschäftigte fallen bei dieser Betrachtung nicht unter die geringfügig entlohnnten Beschäftigten.

Am 30.6.2018 gingen in Niedersachsen knapp eine halbe Million Menschen (497 985 Personen) ausschließlich einer geringfügig entlohnnten Beschäftigung nach. Der Rückgang um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr entsprach etwa dem Bundesdurchschnitt (-1,2 %). Die Zahl der „Minijobberinnen und Minijobber“ reduzierte sich in Niedersachsen gegenüber 2013 um 5,6 % (Westdeutschland: -5,7 %). In den ostdeutschen Ländern sank die Zahl mittelfristig um 11,0 %.

■ Veränderung der Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten (am Arbeitsort) 2018 gegenüber 2013 – Prozent –



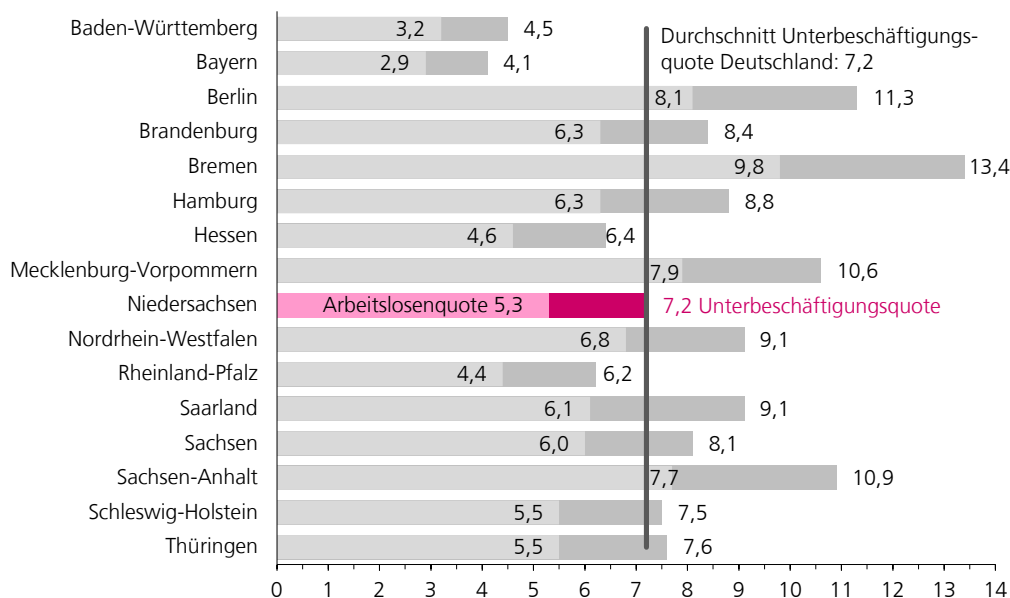
Der Anteil der Frauen an allen ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten lag 2018 in Niedersachsen mit 62,5 % knapp unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder (62,9 %). Im ostdeutschen Arbeitsmarkt sind dagegen die geschlechterspezifischen Unterschiede geringer, hier betrug der Anteil der Frauen 2018 durchschnittlich 53,8 %.

Bei der Arbeitslosenquote wird die Zahl der Arbeitslosen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt ausgewiesen.

In Niedersachsen waren 2018 im Jahresdurchschnitt 227 834 Personen arbeitslos gemeldet. Die Zahl der Arbeitslosen sank kurz- und mittelfristig (-6,7 % gegenüber Vorjahr; -15,4 % gegenüber 2013), jedoch weniger stark als im bundesweiten Durchschnitt (-7,6 % bzw. -20,7 %).

Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen ging 2018 auf 5,3 % zurück (2017: 5,8 %) und lag damit knapp über dem bundesdurchschnittlichen Niveau (5,2 %). Die Quoten sanken in Westdeutschland durchschnittlich um 0,5 Prozentpunkte auf 4,8 %, in Ostdeutschland hingegen um 0,7 Prozentpunkte auf 6,9 %. Die Arbeitslosenquoten in Ost- und Westdeutschland näherten sich damit bis auf 2,1 Prozentpunkte an.

■ Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit) und darunter Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte) 2018 – Prozent –



Im mittelfristigen Vergleich 2018 gegenüber 2013 gab es in den westdeutschen Ländern einen Rückgang um 1,2 Prozentpunkte und in den ostdeutschen Ländern um 3,4 Prozentpunkte.

... Unterbeschäftigungsquote zurückgegangen

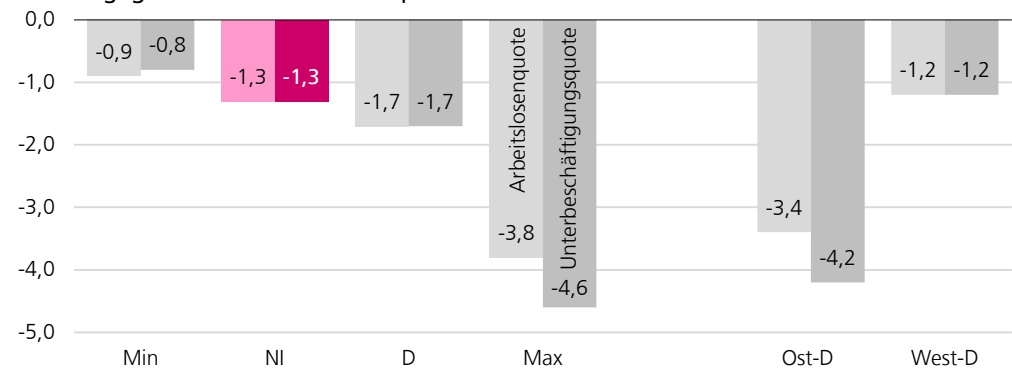
Unterbeschäftigungsquote

Einige Personengruppen werden in der Arbeitslosenstatistik nicht als arbeitslos gezählt, obwohl sie in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen (z. B. Teilnehmende an einer Trainingsmaßnahme). Ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung liefert ergänzend zur Arbeitslosenquote die von der Bundesagentur für Arbeit berechnete Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit). Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die Unterbeschäftigungsquote ist somit höher als die Arbeitslosenquote.

Die Unterbeschäftigungsquote lag 2018 in Niedersachsen bei 7,2 %. Die Differenz zur Arbeitslosenquote blieb konstant bei 1,9 Prozentpunkten. Es befinden sich also anteilig ähnlich viele Menschen in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme oder einem Sonderstatus als im Vorjahr. Im Bundesdurchschnitt sank die Unterbeschäftigung 2018 ebenfalls auf 7,2 % und die Differenz zur Arbeitslosenquote reduzierte sich auf 2,0 Prozentpunkte.

Im Vergleich 2018 zu 2013 ist die Unterbeschäftigungsquote in allen Ländern gesunken: in Niedersachsen um 1,3 Prozentpunkte. Im Durchschnitt betrug der Rückgang in Westdeutschland 1,2 Prozentpunkte und in Ostdeutschland 4,2 Prozentpunkte.

■ Veränderung der Arbeitslosenquote und der Unterbeschäftigungsquote
2018 gegenüber 2013 – Prozentpunkte –



Jugendarbeitslosigkeit

T17

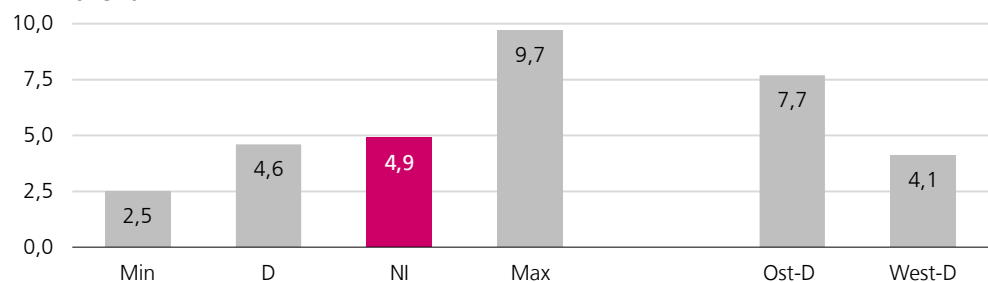
Jugendarbeitslosigkeit gesunken

Im Jahresdurchschnitt 2018 waren in Niedersachsen 23 438 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, dies waren 8,6 % weniger als im Vorjahr. Die Zahl der erwerbsfähigen Jugendlichen, denen der Einstieg in die Arbeitswelt nicht gelang, veränderte sich in den Ländern mittelfristig sehr unterschiedlich. Im Vergleich zu 2013 verringerten sich die Zahlen bundesweit fast um ein Viertel (-23,9 %) und in Niedersachsen um 14,6 %.

Die Arbeitslosenquote Jugendlicher sank 2018 in Niedersachsen auf 4,9 % und im Bundesdurchschnitt auf 4,6 %. In den westdeutschen Ländern lagen die Jugendarbeitslosigkeitsquoten zwischen 2,5 % (Baden-Württemberg und Bayern) und 8,6 % (Bremen), in den ostdeutschen Ländern zwischen 6,2 % (Thüringen) und 9,7 % (Mecklenburg-Vorpommern).

In allen Ländern waren die Arbeitslosenquoten der männlichen 15- bis unter 25-Jährigen höher als die der weiblichen. In Niedersachsen betrug die Differenz 1,4 Prozentpunkte (Deutschland: 1,5 Prozentpunkte). Die Spanne reichte von 0,8 Prozentpunkten in Baden-Württemberg und Bayern bis 3,6 Prozentpunkten in Berlin.

■ Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitt) 2018
– Prozent –



Informationen:

- **Erwerbstätigkeit:** LSN – Tabellen aus dem Themenbereich Haushalte und Familien, Mikrozensus und freiwillige Haushaltsbefragungen: [Erwerbstätige nach sozio-demographischen Merkmalen und Wirtschaftsbereichen](#)
- **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:** [GENESIS-Online Datenbank](#): Statistik 13111 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Quelle: Bundesagentur für Arbeit
- **Regionaldatenbank Deutschland** – Arbeitsmarkt: 13111 Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit
- **Regionalmonitoring Niedersachsen** – Arbeit und Beschäftigung
- **Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte:** Bundesagentur für Arbeit: [Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort. Deutschland nach Kreisen und Gemeinden](#)
- **Arbeitslosigkeit:** Bundesagentur für Arbeit: [Arbeitslose nach Rechtskreisen \(Jahresheft\) - Deutschland – Dezember](#)
- Bundesagentur für Arbeit: [Arbeitslose und Unterbeschäftigung](#)
- Bundesagentur für Arbeit: [Migration und Arbeitsmarkt](#)
- **Regionalmonitoring Niedersachsen** – Arbeit und Beschäftigung

Autorin: Dr. Margret Koch-Sterrenberg

Tabellen Erwerbstätigkeit

12. Erwerbstätige¹⁾ (am Wohnort)

Land	Erwerbstätige insgesamt			Darunter				Veränderung Erwerbstätige insgesamt	
				Frauenanteil	Selbst- ständigen- quote	Mit			
						akademischem Abschluss ²⁾			
			Anteil an Erwerbs- tätigen		Veränderung des Anteils				
	2013	2017	2018			2018/2013	2018/2017		
Anzahl (1 000)			%		Prozent- punkte	%			
Baden-Württemberg	5 513	5 850	5 907	46,1	9,0	21,6	+1,7	+7,2	+1,0
Bayern	6 590	6 956	6 995	46,3	10,0	21,9	+2,6	+6,1	+0,6
Berlin	1 605	1 791	1 844	47,2	14,7	39,1	+7,1	+14,9	+3,0
Brandenburg	1 201	1 240	1 246	48,5	9,8	19,1	+1,9	+3,7	+0,5
Bremen	299	326	330	46,1	9,2	24,1	+1,8	+10,2	+1,2
Hamburg	886	963	966	47,7	11,9	33,3	+5,7	+9,1	+0,3
Hessen	3 007	3 153	3 166	46,5	9,9	24,1	+2,1	+5,3	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	743	757	744	47,4	8,9	16,2	+2,2	+0,1	-1,7
Niedersachsen	3 779	3 942	3 971	46,4	8,8	18,2	+1,5	+5,1	+0,7
Nordrhein-Westfalen	8 196	8 657	8 724	46,5	8,9	20,7	+2,2	+6,4	+0,8
Rheinland-Pfalz	1 966	2 060	2 058	46,4	9,2	18,7	+1,6	+4,7	-0,1
Saarland	465	478	481	46,2	8,6	18,0	+2,5	+3,4	+0,6
Sachsen	1 908	1 976	1 966	47,0	9,9	19,9	+1,5	+3,1	-0,5
Sachsen-Anhalt	1 050	1 028	1 020	46,6	7,0	13,7	-1,0	-2,8	-0,7
Schleswig-Holstein	1 339	1 416	1 436	47,3	10,2	18,0	+1,2	+7,2	+1,4
Thüringen	1 071	1 049	1 041	46,9	8,6	16,9	+2,1	-2,8	-0,8
Deutschland	39 618	41 641	41 895	46,6	9,6	21,5	+2,3	+5,7	+0,6
Westdeutschland	32 040	33 801	34 033	46,4	9,4	21,2	+2,2	+6,2	+0,7
Ostdeutschland	7 578	7 840	7 861	47,3	10,4	22,7	+3,1	+3,7	+0,3

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

2) Hochschul- und Fachhochschulabschluss sowie Promotion.

Quelle: Mikrozensus

13. Erwerbstätigenquoten¹⁾

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Erwerbstätigenquote			
							Frauen	Männer	Frauen	Männer
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013		2018/2017	
							Prozentpunkte		Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	71,6	73,5	74,2	80,9	81,9	82,7	+2,6	+1,9	+0,7	+0,9
Bayern	71,9	74,3	74,7	82,0	83,0	83,6	+2,8	+1,6	+0,4	+0,5
Berlin	65,9	69,7	71,3	71,1	75,8	77,2	+5,3	+6,1	+1,6	+1,4
Brandenburg	72,8	76,1	76,4	76,4	77,5	78,1	+3,6	+1,7	+0,3	+0,6
Bremen	64,0	68,7	67,9	70,9	74,6	74,8	+3,8	+3,9	-0,8	+0,2
Hamburg	70,7	72,8	73,1	76,6	79,9	79,7	+2,4	+3,1	+0,3	-0,3
Hessen	68,9	70,5	70,8	78,3	79,1	79,2	+1,9	+0,9	+0,3	+0,2
Mecklenburg-Vorpommern	68,1	72,1	71,8	72,5	74,7	74,5	+3,7	+2,0	-0,3	-0,3
Niedersachsen	68,4	70,3	71,4	77,8	78,1	79,1	+2,9	+1,3	+1,1	+1,0
Nordrhein-Westfalen	64,5	67,8	68,4	75,1	76,1	77,0	+3,9	+1,9	+0,6	+1,0
Rheinland-Pfalz	68,2	70,6	71,2	78,8	78,8	79,9	+3,0	+1,1	+0,6	+1,1
Saarland	63,9	68,7	69,9	75,8	76,3	77,0	+5,9	+1,2	+1,2	+0,7
Sachsen	71,7	75,4	75,8	76,4	79,4	80,2	+4,1	+3,8	+0,4	+0,8
Sachsen-Anhalt	70,0	72,8	72,8	75,3	74,9	77,0	+2,8	+1,7	+0,0	+2,1
Schleswig-Holstein	68,4	72,2	72,0	77,5	78,1	79,2	+3,6	+1,7	-0,1	+1,1
Thüringen	72,3	74,1	75,0	77,9	78,9	79,2	+2,6	+1,3	+0,9	+0,3
Deutschland	68,8	71,5	72,1	77,7	78,9	79,7	+3,3	+2,0	+0,6	+0,8
Westdeutschland	68,5	71,1	71,7	78,4	79,3	80,0	+3,1	+1,7	+0,6	+0,8
Ostdeutschland	70,0	73,3	73,9	74,9	77,1	78,0	+3,9	+3,2	+0,6	+0,9

1) 2016 Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe. Ab 2017 nur noch Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus

14. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung insgesamt	
	2013 ¹⁾	2017 ¹⁾	2018		2013 ¹⁾	2017 ¹⁾	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	4 174 241	4 566 739	4 673 437	2 103 026	45,0	45,1	45,0	+12,0	+2,3
Bayern	4 952 737	5 460 683	5 598 946	2 553 821	45,5	45,7	45,6	+13,0	+2,5
Berlin	1 228 538	1 426 462	1 476 248	736 106	51,3	50,2	49,9	+20,2	+3,5
Brandenburg	785 561	834 579	849 148	407 718	48,4	48,3	48,0	+8,1	+1,7
Bremen	301 347	325 375	330 390	144 990	43,7	43,9	43,9	+9,6	+1,5
Hamburg	873 745	952 959	974 482	453 430	46,5	46,6	46,5	+11,5	+2,3
Hessen	2 314 543	2 524 156	2 584 005	1 169 795	45,4	45,4	45,3	+11,6	+2,4
Mecklenburg-Vorpommern	543 571	567 650	574 586	291 693	51,6	51,1	50,8	+5,7	+1,2
Niedersachsen	2 667 445	2 894 119	2 956 773	1 352 770	45,2	45,8	45,8	+10,8	+2,2
Nordrhein-Westfalen	6 193 398	6 698 306	6 852 557	3 094 326	44,7	45,2	45,2	+10,6	+2,3
Rheinland-Pfalz	1 299 407	1 388 764	1 411 523	655 831	46,1	46,7	46,5	+8,6	+1,6
Saarland	369 721	384 202	389 131	176 701	44,0	45,5	45,4	+5,2	+1,3
Sachsen	1 484 480	1 580 184	1 607 704	781 513	49,2	48,8	48,6	+8,3	+1,7
Sachsen-Anhalt	769 259	792 591	799 074	392 465	49,6	49,4	49,1	+3,9	+0,8
Schleswig-Holstein	882 364	964 957	984 620	470 018	47,6	47,8	47,7	+11,6	+2,0
Thüringen	774 023	801 728	805 987	388 831	48,4	48,6	48,2	+4,1	+0,5
Deutschland ²⁾	29 615 680	32 164 973	32 870 228	15 173 692	46,1	46,3	46,2	+11,0	+2,2
Westdeutschland	24 028 948	26 160 260	26 755 864	12 174 708	45,2	45,6	45,5	+11,3	+2,3
Ostdeutschland	5 585 432	6 003 194	6 112 747	2 998 326	49,7	49,3	49,1	+9,4	+1,8

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2017.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen), Nürnberg, Datenstand 26.12.2018; Beschäftigte nach dem Arbeitsort (Zeitreihe Quartalszahlen), Nürnberg, Datenstand April 2019

15. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (ohne Beschäftigte im Nebenjob) insgesamt (30.06.)			Darunter Frauen	Anteil der Frauen			Veränderung insgesamt	
	2013 ¹⁾	2017	2018		2013 ¹⁾	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	724 333	692 126	681 699	431 492	66,2	63,7	63,3	-5,9	-1,5
Bayern	784 353	765 996	758 320	494 551	68,2	65,6	65,2	-3,3	-1,0
Berlin	154 106	144 237	142 644	76 973	54,8	54,2	54,0	-7,4	-1,1
Brandenburg	102 236	90 576	89 240	47 770	56,1	53,9	53,5	-12,7	-1,5
Bremen	48 202	45 046	44 638	26 011	60,5	58,8	58,3	-7,4	-0,9
Hamburg	109 258	102 670	102 694	60 800	60,5	59,7	59,2	-6,0	+0,0
Hessen	384 894	372 991	369 892	229 442	64,8	62,6	62,0	-3,9	-0,8
Mecklenburg-Vorpommern	68 279	63 052	62 658	32 285	54,5	52,0	51,5	-8,2	-0,6
Niedersachsen	527 802	504 717	497 985	311 198	66,5	63,2	62,5	-5,6	-1,3
Nordrhein-Westfalen	1 284 114	1 200 982	1 182 485	740 176	65,6	63,2	62,6	-7,9	-1,5
Rheinland-Pfalz	267 083	262 066	258 141	162 472	66,5	63,4	62,9	-3,3	-1,5
Saarland	71 503	67 899	66 226	40 852	66,1	62,5	61,7	-7,4	-2,5
Sachsen	180 407	157 217	156 180	84 461	57,9	54,4	54,1	-13,4	-0,7
Sachsen-Anhalt	88 322	76 587	74 941	41 195	59,3	55,9	55,0	-15,2	-2,1
Schleswig-Holstein	181 917	173 851	172 727	102 606	63,2	59,9	59,4	-5,1	-0,6
Thüringen	87 645	80 748	80 235	43 378	58,4	54,5	54,1	-8,5	-0,6
Deutschland ²⁾	5 066 322	4 801 922	4 741 926	2 926 385	64,8	62,2	61,7	-6,4	-1,2
Westdeutschland	4 383 459	4 188 344	4 134 807	2 599 600	66,0	63,4	62,9	-5,7	-1,3
Ostdeutschland	680 995	612 417	605 898	326 062	56,8	54,2	53,8	-11,0	-1,1

1) Daten nach einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2017.

2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.

Quelle: Sonderauswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach dem Geschlecht, Hannover, Juli 2018

16. Arbeitslose und Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose			Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen			Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2013	2017	2018	2013	2017	2018		2018/2013	2018/2017
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	233 956	212 837	195 128	4,1	3,5	3,2	4,5	-16,6	-8,3
Bayern	264 532	231 353	214 017	3,8	3,2	2,9	4,1	-19,1	-7,5
Berlin	210 093	168 991	156 230	11,7	9,0	8,1	11,3	-25,6	-7,6
Brandenburg	132 329	92 648	83 669	9,9	7,0	6,3	8,4	-36,8	-9,7
Bremen	37 198	35 687	34 904	11,1	10,2	9,8	13,4	-6,2	-2,2
Hamburg	71 560	69 248	65 589	7,4	6,8	6,3	8,8	-8,3	-5,3
Hessen	185 612	166 287	154 337	5,8	5,0	4,6	6,4	-16,8	-7,2
Mecklenburg-Vorpommern	98 952	70 982	64 993	11,7	8,6	7,9	10,6	-34,3	-8,4
Niedersachsen	269 207	244 260	227 834	6,6	5,8	5,3	7,2	-15,4	-6,7
Nordrhein-Westfalen	762 784	701 219	650 768	8,3	7,4	6,8	9,1	-14,7	-7,2
Rheinland-Pfalz	116 360	106 299	98 764	5,5	4,8	4,4	6,2	-15,1	-7,1
Saarland	37 383	34 672	32 233	7,3	6,7	6,1	9,1	-13,8	-7,0
Sachsen	200 628	140 348	126 311	9,4	6,7	6,0	8,1	-37,0	-10,0
Sachsen-Anhalt	132 134	96 960	88 106	11,2	8,4	7,7	10,9	-33,3	-9,1
Schleswig-Holstein	101 751	92 434	85 053	6,9	6,0	5,5	7,5	-16,4	-8,0
Thüringen	95 858	68 614	62 145	8,2	6,1	5,5	7,6	-35,2	-9,4
Deutschland	2 950 338	2 532 837	2 340 082	6,9	5,7	5,2	7,2	-20,7	-7,6
Westdeutschland	2 080 342	1 894 294	1 758 627	6,0	5,3	4,8	6,6	-15,5	-7,2
Ostdeutschland	869 995	638 543	581 455	10,3	7,6	6,9	9,4	-33,2	-8,9

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Arbeitslose nach Rechtskreisen/Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Februar/Juli 2019

17. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ¹⁾				Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
				Insgesamt		Männer	Frauen		
	2013	2017	2018	2017	2018		2018/2013	2018/2017	
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	20 625	19 506	17 537	2,8	2,5	2,9	2,1	-15,0	-10,1
Bayern	26 029	23 106	21 027	2,8	2,5	2,9	2,1	-19,2	-9,0
Berlin	19 110	13 771	12 701	9,6	8,5	10,3	6,7	-33,5	-7,8
Brandenburg	10 755	6 255	5 768	7,9	7,0	7,9	5,9	-46,4	-7,8
Bremen	3 436	3 402	3 246	9,3	8,6	10,1	6,9	-5,5	-4,6
Hamburg	5 469	5 408	5 285	5,6	5,3	6,4	4,1	-3,4	-2,3
Hessen	18 252	16 797	15 494	5,0	4,6	5,2	3,8	-15,1	-7,8
Mecklenburg-Vorpommern	8 990	5 879	5 613	10,2	9,7	11,0	8,3	-37,6	-4,5
Niedersachsen	27 431	25 649	23 438	5,5	4,9	5,6	4,2	-14,6	-8,6
Nordrhein-Westfalen	74 093	64 090	57 035	6,3	5,6	6,4	4,7	-23,0	-11,0
Rheinland-Pfalz	12 751	11 457	10 184	4,6	4,1	4,7	3,5	-20,1	-11,1
Saarland	3 984	2 841	2 702	5,3	5,1	5,9	4,1	-32,2	-4,9
Sachsen	16 117	10 333	9 858	7,1	6,6	7,5	5,6	-38,8	-4,6
Sachsen-Anhalt	10 887	7 298	7 068	9,5	9,1	9,9	8,2	-35,1	-3,2
Schleswig-Holstein	11 166	9 703	8 503	5,9	5,1	6,0	4,1	-23,9	-12,4
Thüringen	7 184	5 200	4 885	6,7	6,2	6,8	5,6	-32,0	-6,1
Deutschland	276 278	230 694	210 342	5,1	4,6	5,3	3,8	-23,9	-8,8
Westdeutschland	203 235	181 958	164 451	4,6	4,1	4,8	3,4	-19,1	-9,6
Ostdeutschland	73 043	48 736	45 891	8,4	7,7	8,8	6,5	-37,2	-5,8

1) Der entsprechenden Altersgruppe.

Quelle: Sonderauswertungen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Bestand Arbeitslose und Arbeitslosenquoten in der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre nach Geschlecht, Hannover, Juli 2015/Juli 2018/Juli 2019

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

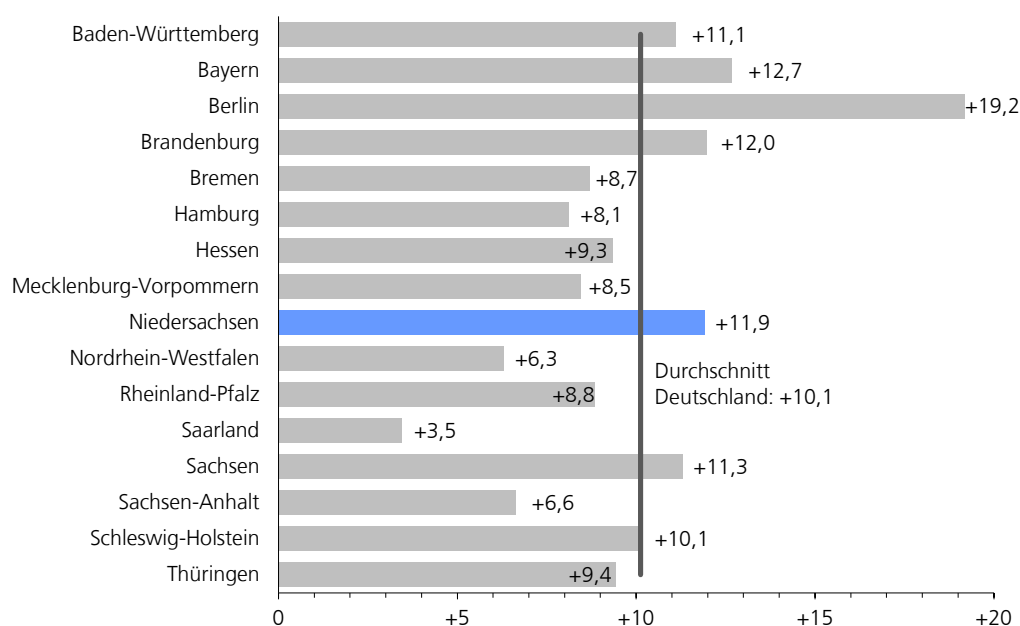
Bruttoinlandsprodukt (BIP) T18

Wirtschaftsleistung wächst unterdurchschnittlich

Im Jahr 2018 wurde in Niedersachsen ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von rund 296 Mrd. Euro erwirtschaftet. Dies waren real 1,1 % mehr als im Vorjahr. Die niedersächsische Wirtschaft wuchs damit 2018 um 0,3 Prozentpunkte schwächer als der Bundesdurchschnitt. Die höchsten Zuwachsraten des BIP erzielten Berlin (3,1 %) und Hessen (2,2 %).

In den letzten 5 Jahren stieg das BIP in Niedersachsen nominal um rund 51 Mrd. Euro. Das entsprach einer realen Veränderung von +11,9 % gegenüber 2013. Im selben Zeitraum wuchs das BIP in Deutschland um 10,1 %, wobei die Zuwachsraten in den Ländern zwischen 3,5 % und 19,2 % lagen.

■ Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (real) 2018 gegenüber 2013 – Prozent –



Das BIP für Deutschland lag 2018 bei rund 3,39 Billionen Euro. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung betrug 8,7 %. Die höchsten Anteile am gesamtdeutschen BIP erwirtschafteten Nordrhein-Westfalen mit 20,8 %, gefolgt von Bayern mit 18,5 % und Baden-Württemberg mit 15,1 %.

BIP je Erwerbstätigen T18

Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2018 pro Kopf 71 911 Euro, im Bundesdurchschnitt waren es 75 516 Euro. Das höchste Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person erzielte Hamburg mit 95 497 Euro, das niedrigste Mecklenburg-Vorpommern mit 59 139 Euro.

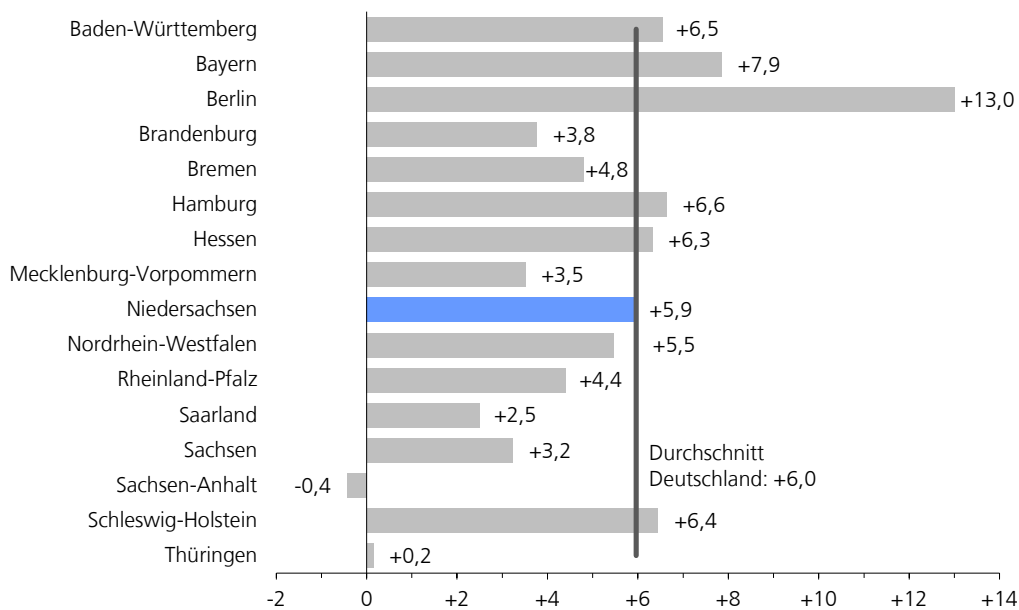
Erwerbstätige (Arbeitsort) T19

Zahl der Erwerbstätigen steigt durchschnittlich

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) berechnet die Zahl aller Erwerbstätigen am Arbeitsort auf Basis diverser Datenquellen.

Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, stieg 2018 um 1,4 % auf fast 4,12 Mio. Personen. Das Wachstum lag damit knapp über dem Bundesdurchschnitt (+1,3 %). Im mittelfristigen Vergleich von 2018 zu 2013 lag der Anstieg in Niedersachsen mit 5,9 % knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt (+6,0 %).

■ **Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2018 gegenüber 2013**
– Prozent –



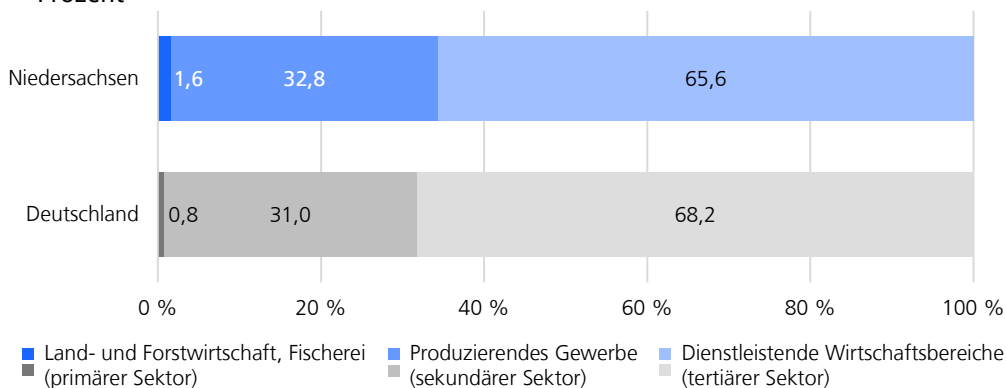
Der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit liegt sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit im Dienstleistungssektor: 2018 waren hier 73,6 % der Erwerbstätigen in Niedersachsen tätig, 23,9 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 2,5 % in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich nimmt zu

Die Gesamt-Bruttowertschöpfung (BWS) Niedersachsens wurde 2018 überwiegend im Dienstleistungsbereich (65,6 %) und zu einem Drittel im Produzierenden Gewerbe (32,8 %) erzielt. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (primärer Sektor) betrug zwar nur 1,6 %, Niedersachsen hatte mit 18,4 % der gesamtdeutschen BWS in diesem Wirtschaftssektor 2018 jedoch hinter Bayern (20,7 %) den bundesweit zweitgrößten Wert.

Bruttowertschöpfung
(BWS)
T20-22

■ **Anteile der Wirtschaftssektoren an der gesamten Bruttowertschöpfung 2018**
– Prozent –

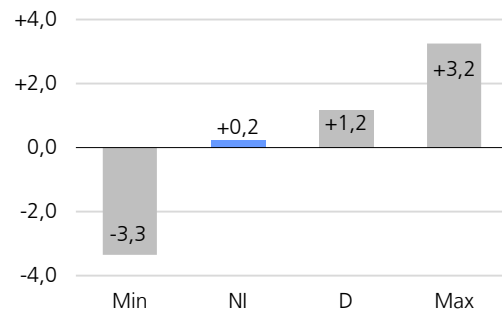


Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) blieb die BWS in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr mit real +0,2 % fast unverändert. Damit lag der Zuwachs um 1,0 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Grund dafür war vor allem die 2017 erneut deutlich veränderte Kostenstruktur bei dem größten niedersächsischen Fahrzeugbauer.

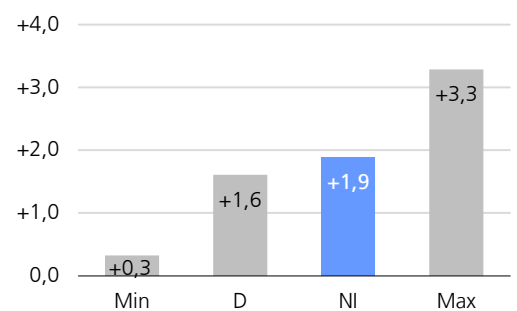
BWS Produzierendes
Gewerbe
T21

Gegenüber 2013 ist der Anteil der Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Niedersachsen um 1,6 Prozentpunkte gestiegen. Zur gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes trug Niedersachsen mit 9,2 % den viertgrößten Anteil bei.

■ Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Produzierenden Gewerbe 2018 gegenüber 2017 – Prozent –



■ Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Dienstleistungsbereich 2018 gegenüber 2017 – Prozent –



BWS dienstleistende Wirtschaftsbereiche

T22

Im tertiären Sektor (dienstleistende Wirtschaftsbereiche) konnte die BWS 2018 in Niedersachsen real um 1,9 % gesteigert werden; hier wurde der Bundesdurchschnitt (+1,6 %) übertroffen. Zur gesamtdeutschen BWS dieses Sektors trug Niedersachsen mit 8,4 % den fünftgrößten Anteil bei.

Unternehmensinsolvenzen

T23

Zahl der Unternehmensinsolvenzen sinkt weiter

Im Jahr 2018 ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen um 5,1 % auf 1 623 zurück. Im Bundesdurchschnitt sank die entsprechende Zahl um 3,9 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zu 2013 wurden 2018 in Niedersachsen über ein Viertel (27,1 %) weniger insolvente Unternehmen gezählt, im gesamten Bundesgebiet waren es 25,7 % weniger.

Kleine und mittlere Unternehmen

(KMU) T24

Umsatzanteil der kleinen und mittleren Unternehmen am Gesamtumsatz leicht gesunken

Der Anteil des Umsatzes der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit Lieferungen und Leistungen von weniger als 50 Mio. Euro an den Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen ist 2017 im Vorjahresvergleich in Niedersachsen leicht auf gut 215 Mrd. Euro gesunken. Der KMU-Anteil am Umsatz sank um 0,3 Prozentpunkte auf 36,7 % und lag damit knapp über dem Bundesdurchschnitt von 36,5 %.

Die Kleinstunternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Umsatz aus Lieferungen und Leistungen, worunter in Niedersachsen etwa 93 % der KMU fallen, hatten am Umsatz aller Unternehmen einen Anteil von 11,7 % (Deutschland: 11,9 %). In den ostdeutschen Ländern war dieser Anteil mit 20,4 % fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland (10,9 %).

Umsatz Verarbeitendes Gewerbe

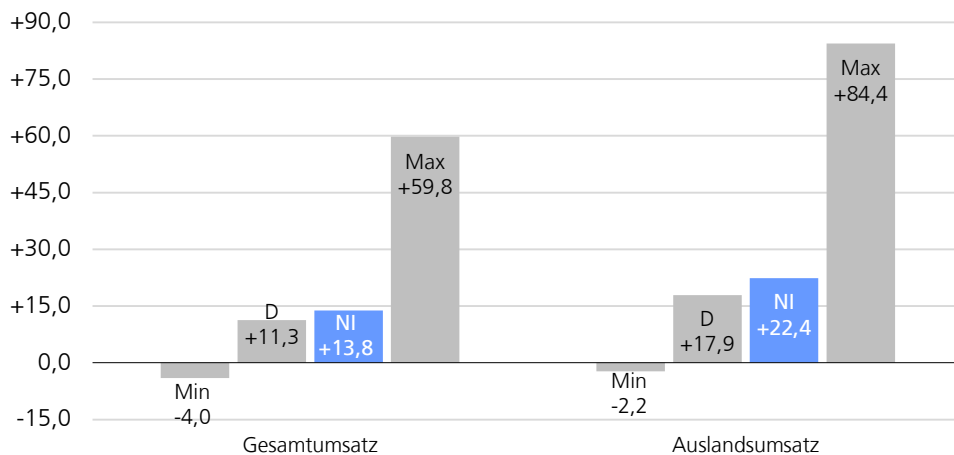
T25

Umsatzsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe

Der Umsatz im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden stieg in Niedersachsen 2018 um 1,9 % auf rund 217,9 Mrd. Euro. Der Zuwachs lag unter dem Bundesdurchschnitt (+2,4 %). Im Vergleich zu 2013 legte der Umsatz in Niedersachsen um 13,8 % zu und lag damit über dem Umsatzplus in Deutschland insgesamt (+11,3 %). Die größte Steigerung, allerdings bei deutlich geringeren Absolutwerten, erzielte Bremen (+59,8 %) in diesem Zeitraum.

Von den Gesamtumsätzen wurden 2018 im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe und Bergbau 47,7 % im Auslandsgeschäft erzielt. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Auslandsumsatz um 4,1 %. Für Deutschland (Anteil 48,5 %) war die Steigerung des Auslandsumsatzes mit 2,9 % geringer.

■ Veränderung des Auslands- und Gesamtumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2018 gegenüber 2013 – Prozent –



Im Fünfjahresvergleich 2018 zu 2013 erhöhte sich der Auslandsumsatz des niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbes um 22,4 % und damit deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt (17,9 %).

Der Wert für den Auslandsumsatz im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden ist deutlich höher als der Exportwert in der Außenhandelsstatistik. Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik, in der der Exportwert einer Ware dem Land zugerechnet wird, in dem sie die letzte wesentliche Bearbeitung erfahren hat, sind im oben genannten Auslandsumsatz auch Warenumsätze (z. B. Handelswaren) enthalten, deren Ursprungsland nicht Niedersachsen ist.

Im niedersächsischen Bauhauptgewerbe lag die Veränderung des Umsatzes 2018 im Vergleich zum Vorjahr bei +8,1 % und damit unter dem Bundesdurchschnitt von +10,7 %. Mit einem Anteil am Bundeswert von 11,1 % hatte Niedersachsen 2018 das viertstärkste Baugewerbe nach Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Im Zeitraum 2013 bis 2018 stieg der Umsatz in Niedersachsen um 29,6 % (Bundesdurchschnitt: +36,5 %).

Umsatz Bauhaupt-
gewerbe
T26

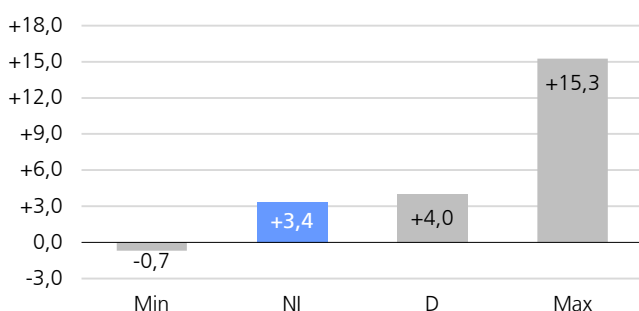
Wieder neuer Rekord bei Gästeübernachtungen

Gästeübernachtungen
T27

Auch im Jahr 2018 war Niedersachsen vor allem für inländische Gäste ein attraktives Reiseziel, die Übernachtungszahlen erreichten erneut einen Rekord. Es wurden insgesamt fast 45 Millionen Übernachtungen in Niedersachsen gebucht und damit nochmals 3,4 % mehr als 2017. Deutschlandweit stieg die Zahl der Gästeübernachtungen mit 4,0 % noch stärker.

Etwa jede elfte Übernachtung (8,7 %) in Niedersachsen entfiel auf einen Gast aus dem Ausland, im gesamten Bundesgebiet war es fast jede fünfte (18,3 %). Den höchsten Anteil an ausländischen Gästeübernachtungen hatte Berlin mit 45,9 %.

■ Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen 2018 gegenüber 2017 – Prozent –



Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Gästen in Niedersachsen lag 2018 unverändert zum Vorjahr bei 3 Tagen. Damit stand Niedersachsen an dritter Stelle unter den Ländern, lediglich in den benachbarten Küstenländern Mecklenburg-Vorpommern (3,9 Tage) und Schleswig-Holstein (4,0 Tage) blieben die Gäste länger. Grund dafür ist, dass an den Küsten und insbesondere auf den Inseln wie z. B. auf Norderney, Amrum oder Rügen längere Urlaube verbracht werden.

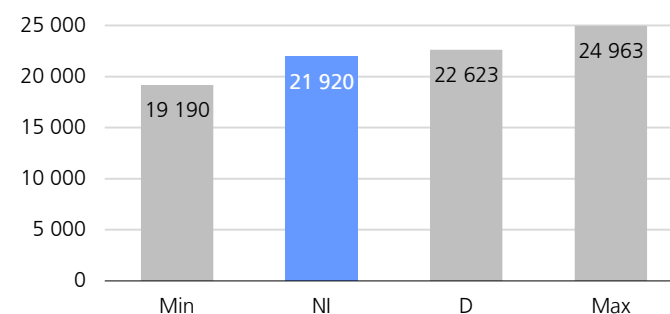
Verfügbares Einkommen

T28

Verfügbares Einkommen und Verdienste weiter gestiegen

Die anhaltend gute Wirtschaftslage schlug sich auch in gestiegenen Einkommen und Verdiensten nieder. Die niedersächsischen Einwohnerinnen und Einwohner hatten pro Kopf 2017 durchschnittlich ein verfügbares Einkommen in Höhe von 21 920 Euro (Einkommen inkl. Sozialleistungen nach Abzug von direkten Steuern und Sozialversicherungsabgaben). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 3,6 %. Das verfügbare Einkommen in Deutschland lag bei 22 623 Euro pro Kopf und stieg um 3,1 %. Im Zeitraum 2012 bis 2017 lag der Anstieg in Niedersachsen mit 11,7 % über dem Bundesdurchschnitt von 10,4 %. Dennoch lag Niedersachsen beim verfügbaren Einkommen weiter unter dem Bundesdurchschnitt.

■ **Verfügbares Einkommen je Einwohnerin und Einwohner**
2017 – Euro –



Bruttojahresverdienste

T29

Bei den Bruttojahresverdiensten der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Niedersachsen war 2018 ein Plus von 3,1 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Das entspricht dem Bundesdurchschnitt. Der Bruttojahresverdienst inkl. Sonderzahlungen betrug 2018 in Niedersachsen 48 183 Euro und lag damit etwa 3 150 Euro unter dem Bundesniveau (51 331 Euro).

Verdienstabstand

(Gender Pay Gap) T29

Hinsichtlich der Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern war 2018 im Vergleich zu 2013 eine geringe Annäherung festzustellen. 2018 entsprach der Bruttojahresverdienst von Frauen in Niedersachsen 83,5 % des Verdienstes der Männer. Dies waren 0,6 Prozentpunkte mehr als 2013. Beim Verdienstabstand gemessen am Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen (Voll- und Teilzeit) gab es keine Veränderung: Frauen verdienen 2018 in Niedersachsen demnach ebenso wie im Vorjahr und bereits 2013 rund 20 % weniger als die Männer. Diese Entwicklung des sog. unbereinigten Gender Pay Gap war im Bundesdurchschnitt (21 %) fast identisch.

Investitionen Verarbeitendes Gewerbe

T30

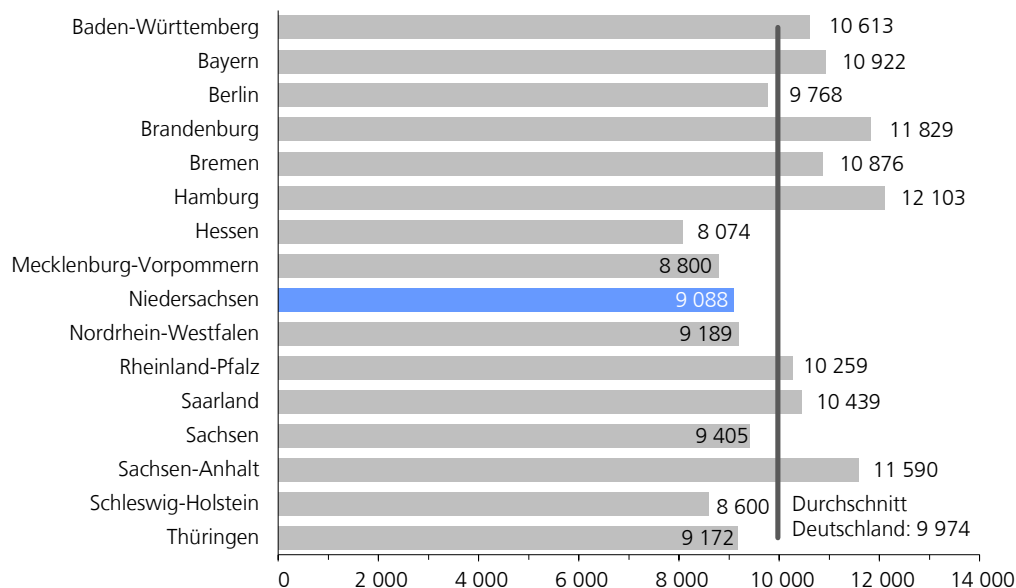
Erneut weniger Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe

Im Vergleich zum Vorjahr sanken 2017 die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden in Niedersachsen erneut, und zwar um 8,0 %. In Deutschland gab es dagegen ein Investitionsplus von 2,1 %.

Auch bezogen auf den für einen Vergleich der Investitionen aussagekräftigeren Zeitraum von 2012 bis 2017 sanken die Investitionen in Niedersachsen um 7,7 %. Bundesweit stiegen sie dagegen um 10,6 %.

■ Investitionen je tätige Person 2017 – Euro –

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden



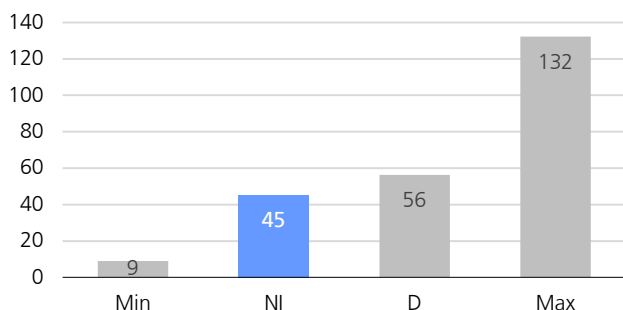
Mehr Patentanmeldungen

Die Zahl der Patentanmeldungen stieg in Niedersachsen im Jahr 2018 im Vergleich zu 2017 um 2,8 %. In Deutschland insgesamt sank die Zahl um 2,5 %. Bei der Gesamtzahl der Patentanmeldungen lag Niedersachsen im Jahr 2018 mit 3 614 Patentanmeldungen an vierter Stelle.

Patentanmeldungen

T31

■ Patentanmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2018 – Anzahl –



Rückgang der Exporte ...

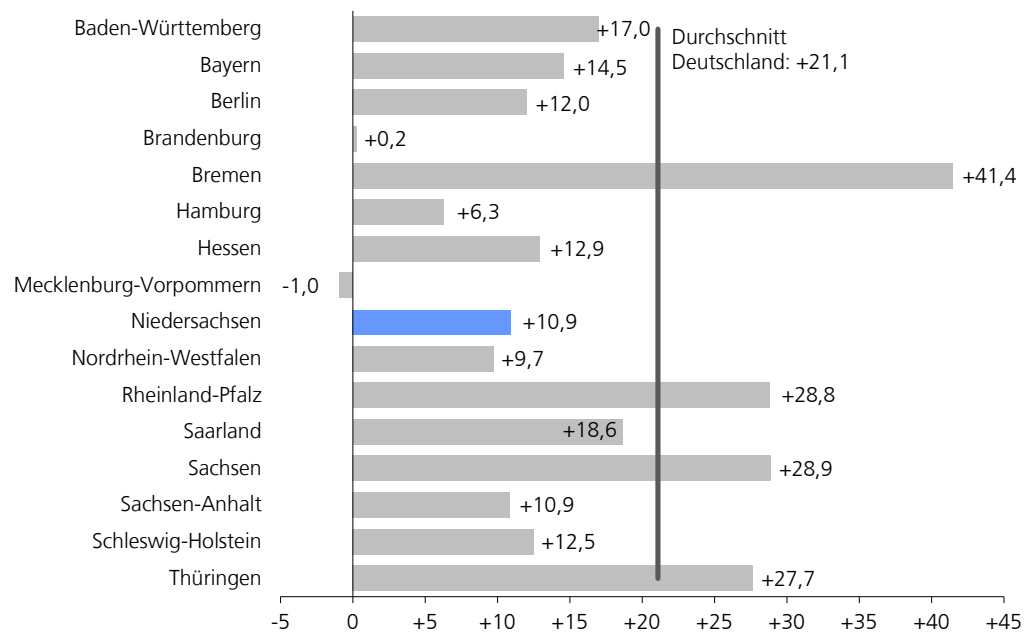
Im Vergleich zum Vorjahr verminderte sich der Wert der Ausfuhren aus Niedersachsen 2018 um 2,2 %. Auf Bundesebene gab es einen Ausfuhrzuwachs von 3,0 %. Die niedersächsische Wirtschaft exportierte Waren im Wert von 85,9 Mrd. Euro ins Ausland, was einem Anteil von 8,4 % an der gesamtdeutschen Ausfuhr entsprach.

Exporte

T32

Im Vergleich der Jahre 2018 und 2013 konnte Niedersachsen den Wert der exportierten Waren um 10,9 % steigern, lag damit aber unter dem Bundesdurchschnitt von 21,1 %.

■ Veränderung der Ausfuhren 2018 gegenüber 2013 – Prozent –



Importe

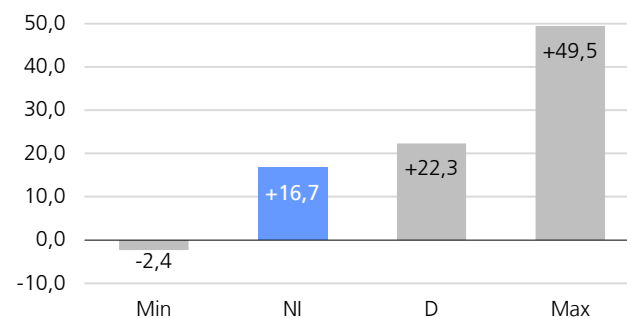
T33

... und Zunahme der Importe

Beim Wert der Einfuhren verzeichnete Niedersachsen 2018 einen Anstieg um 6,8 %. Der Wert der importierten Waren betrug gut 91,5 Mrd. Euro. In Deutschland veränderte sich der Wert der Importe gegenüber 2017 weniger deutlich (+5,6 %).

Im Zeitraum 2013 bis 2018 stieg der Wert importierter Waren nach Niedersachsen um 16,7 %, der Wert für Deutschland wuchs um 22,3 %.

■ Veränderung der Einfuhren 2018 gegenüber 2013 – Prozent –



Der Anteil Niedersachsens an der gesamtdeutschen Einfuhr lag 2018 bei 8,6 %. Hauptabnehmer der nach Deutschland importierten Güter waren Nordrhein-Westfalen (22,8 %), Bayern (17,6 %) und Baden-Württemberg (16,7 %).

Direktinvestitionen

T34

Internationale Kapitalverflechtung niedersächsischer Investoren steigt an

Ein weiterer Aspekt der globalen wirtschaftlichen Verflechtung sind neben den Im- und Exporten die Direktinvestitionen. Laut den Erläuterungen der Deutschen Bundesbank gibt die Statistik zur Bestandserhebung über Direktinvestitionen „Auskunft über die Kapitalbeziehungen aus Beteiligungen von Inländern an Unternehmen im Ausland bzw. von Ausländern an Unternehmen in Deutschland zu einem festen Zeitpunkt“. In der Bestandserhebung werden die Direktinvestitionsbestände (Saldo der Forderungen und Verbindlichkeiten) gemäß international harmonisierter Berechnungsvorgaben dargestellt.

Der Bestand unmittelbarer Auslandsdirektinvestitionen betrug 2017 in Niedersachsen rund 68,4 Mrd. Euro. Der Wert der Investitionen, die niedersächsische Investoren im Ausland

getätigt haben, stieg damit gegenüber 2016 um 1,8 %. Deutschlandweit lag der Wertzuwachs im Bestand der Auslandsdirektinvestitionen bei 5,6 %.

Der Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen ausländischer Investoren im Inland betrug 2017 in Niedersachsen fast 29,7 Mrd. Euro. Im Vergleich zu 2016 war das ein Zuwachs um 9,2 %. In Deutschland stieg der Bestand 2017 gegenüber dem Vorjahr um 4,5 %.

Informationen:

BIP, BWS und Einkommen:

- Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (VGRdL)
- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR)
- LSN: Themenbereich: Konjunktur, VGR - Übersicht
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Wirtschaft

- **Verdienste:** Statistisches Bundesamt: [Arbeitnehmerverdienste 2018 \(Fachserie 16 Reihe 2.3\)](#)
- [GENESIS-Online](#): Vierteljährliche Verdiensterhebung, Statistik 62321
- LSN: Themen: Verdienste und Arbeitskosten – [Verdienste in Niedersachsen](#) Vierteljährliche Verdiensterhebung (VVE)

- **Unternehmensinsolvenzen:** Statistisches Bundesamt: [Unternehmen und Arbeitsstätten. Insolvenzverfahren \(Fachserie 2 Reihe 4.1\)](#)
- LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen D III 1 Insolvenzverfahren](#)

- [GENESIS-Online](#): **Verarbeitendes Gewerbe**, Statistiken 42 bzw. Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe, Statistik 42271
- [GENESIS-Online](#): **Bauhauptgewerbe**: Statistiken 44 bzw. Betriebe, Tätige Personen, Entgelte, Umsatz im Bauhauptgewerbe, Statistik 44111

- **Gästeübernachtungen:** Statistisches Bundesamt: [Monatserhebung im Tourismus \(Fachserie 6 Reihe 7.1\)](#)
- [LSN-Onlinedatenbank](#): Beherbergungen im Reiseverkehr (736)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) > Wirtschaft – Tourismus

- **Patentanmeldungen:** [Deutsches Patent- und Markenamt](#): Jahresbericht 2018, München 2019

- **Ein- und Ausfuhren:** [GENESIS-Online](#): Außenhandel, Statistik 51

- **Direktinvestitionen:** Deutsche Bundesbank: [Direktinvestitionsbestände nach Bundesländern](#)

Autor: Heiko Irps

Tabellen Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

18. Bruttoinlandsprodukt¹⁾

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013 ²⁾	2018/2017
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	424 264	495 149	511 420	71 306	79 167	80 701	+11,1	+1,5
Bayern	509 084	605 390	625 161	71 789	80 374	81 764	+12,7	+1,4
Berlin	112 603	139 683	147 057	63 466	71 433	73 404	+19,2	+3,1
Brandenburg	60 781	71 164	73 722	56 196	63 844	65 697	+12,0	+1,4
Bremen	29 167	33 033	34 294	70 125	76 663	78 623	+8,7	+2,1
Hamburg	102 233	116 380	120 332	86 520	93 471	95 497	+8,1	+1,7
Hessen	243 829	280 934	292 016	74 525	81 885	83 963	+9,3	+2,2
Mecklenburg-Vorpommern	38 054	43 751	44 914	51 887	58 074	59 139	+8,5	+0,7
Niedersachsen	245 571	287 771	296 164	63 158	70 862	71 911	+11,9	+1,1
Nordrhein-Westfalen	608 826	685 187	705 066	67 260	72 708	73 824	+6,3	+0,9
Rheinland-Pfalz	125 262	143 730	149 148	64 116	71 106	73 106	+8,8	+1,7
Saarland	31 975	35 546	35 961	61 619	67 123	67 636	+3,5	-0,8
Sachsen	104 223	122 282	126 364	51 829	59 463	60 895	+11,3	+1,2
Sachsen-Anhalt	55 178	61 653	63 504	54 333	61 086	62 780	+6,6	+0,9
Schleswig-Holstein	81 480	93 515	97 074	61 184	66 767	68 400	+10,1	+1,8
Thüringen	53 712	62 172	63 804	51 233	59 208	60 830	+9,4	+0,5
Deutschland	2 826 240	3 277 340	3 386 000	66 784	74 032	75 516	+10,1	+1,4
Westdeutschland	2 401 689	2 776 634	2 866 635	69 303	76 429	77 861	+9,7	+1,4
Ostdeutschland	424 551	500 706	519 365	55 395	63 067	64 754	+12,4	+1,6

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2018/Februar 2019; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

19. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder¹⁾

Land	Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe	Dienst- leistungen		
	2013	2017	2018	2018			2018/2013 ²⁾	2018/2017
	Anzahl in 1 000			%				
Baden-Württemberg	5 950	6 255	6 339	1,2	31,2	67,7	+6,5	+1,4
Bayern	7 091	7 532	7 649	1,7	27,5	70,8	+7,9	+1,6
Berlin	1 774	1 955	2 005	0,0	11,3	88,7	+13,0	+2,5
Brandenburg	1 082	1 115	1 122	2,7	22,1	75,1	+3,8	+0,7
Bremen	416	431	436	0,1	18,9	81,0	+4,8	+1,2
Hamburg	1 182	1 245	1 260	0,1	12,7	87,2	+6,6	+1,2
Hessen	3 272	3 431	3 479	0,7	21,3	78,0	+6,3	+1,4
Mecklenburg-Vorpommern	733	753	759	3,0	18,8	78,2	+3,5	+0,8
Niedersachsen	3 888	4 061	4 118	2,5	23,9	73,6	+5,9	+1,4
Nordrhein-Westfalen	9 052	9 424	9 547	0,8	22,4	76,7	+5,5	+1,3
Rheinland-Pfalz	1 954	2 021	2 040	2,1	25,5	72,4	+4,4	+0,9
Saarland	519	530	532	0,5	26,5	73,1	+2,5	+0,4
Sachsen	2 011	2 056	2 076	1,3	26,8	71,9	+3,2	+0,9
Sachsen-Anhalt	1 016	1 009	1 011	2,1	25,9	71,9	-0,4	+0,2
Schleswig-Holstein	1 332	1 401	1 417	2,3	19,6	78,1	+6,4	+1,2
Thüringen	1 048	1 050	1 050	1,7	29,8	68,5	+0,2	-0,0
Deutschland	42 319	44 269	44 841	1,4	24,3	74,4	+6,0	+1,3
Westdeutschland	34 655	36 330	36 818	1,3	24,8	73,9	+6,2	+1,3
Ostdeutschland	7 664	7 939	8 023	1,5	21,8	76,7	+4,7	+1,1

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Mai 2019; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (ETR).

20. Bruttowertschöpfung (BWS) der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2013	2017	2018	2013	2018			2018/2013 ²⁾	2018/2017
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	2 227	2 418	2 509	0,6	0,5	10,8	34 116	+17,4	+10,8
Bayern	4 635	5 178	4 793	1,0	0,9	20,7	35 937	+8,3	-0,7
Berlin	5	5	4	0,0	0,0	0,0	6 456	-14,8	-2,2
Brandenburg	1 179	1 188	1 054	2,2	1,6	4,5	34 386	-8,4	-5,8
Bremen	31	6	6	0,1	0,0	0,0	14 419	-82,4	-1,8
Hamburg	67	65	58	0,1	0,1	0,3	34 392	-10,2	-2,1
Hessen	970	980	927	0,4	0,4	4,0	36 795	-2,4	-0,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 351	1 120	971	3,9	2,4	4,2	42 788	-30,0	-7,9
Niedersachsen	4 962	5 066	4 277	2,2	1,6	18,4	41 933	-9,4	-6,6
Nordrhein-Westfalen	3 291	3 299	2 846	0,6	0,4	12,3	35 348	-8,8	-4,3
Rheinland-Pfalz	1 737	1 843	2 063	1,5	1,5	8,9	49 116	+19,8	+18,5
Saarland	72	64	62	0,2	0,2	0,3	25 875	-13,0	+3,2
Sachsen	938	997	874	1,0	0,8	3,8	31 443	-3,9	-5,6
Sachsen-Anhalt	1 186	1 166	939	2,4	1,6	4,0	43 257	-19,0	-13,7
Schleswig-Holstein	1 399	1 261	1 081	1,9	1,2	4,7	32 617	-20,0	-5,9
Thüringen	789	815	723	1,6	1,3	3,1	39 738	-5,5	-5,4
Deutschland	24 840	25 472	23 188	1,0	0,8	100	37 643	-3,2	-1,6
Westdeutschland	19 392	20 182	18 621	0,9	0,7	80,3	37 677	+0,1	+0,1
Ostdeutschland	5 448	5 290	4 567	1,4	1,0	19,7	37 503	-15,0	-7,9

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2018/Februar 2019; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

21. Bruttowertschöpfung (BWS) im Produzierenden Gewerbe¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2013	2017	2018	2013	2018			2018/2013 ²⁾	2018/2017
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	148 475	180 827	186 097	38,9	40,4	19,6	94 225	+16,4	+1,1
Bayern	155 208	189 588	194 368	33,9	34,5	20,5	92 575	+16,8	+0,6
Berlin	16 039	18 978	19 922	15,8	15,0	2,1	87 953	+14,1	+2,5
Brandenburg	14 616	17 367	18 265	26,7	27,5	1,9	73 533	+17,2	+2,2
Bremen	7 013	8 506	8 880	26,7	28,7	0,9	107 677	+21,9	+3,0
Hamburg	15 098	18 984	19 935	16,4	18,4	2,1	124 859	+28,7	+2,9
Hessen	53 159	65 196	68 735	24,2	26,1	7,3	93 075	+19,1	+3,2
Mecklenburg-Vorpommern	7 340	9 009	9 260	21,4	22,9	1,0	64 917	+18,4	-0,1
Niedersachsen	68 959	85 593	87 584	31,2	32,8	9,2	89 153	+21,8	+0,2
Nordrhein-Westfalen	153 736	172 157	178 365	28,1	28,1	18,8	83 270	+8,6	+1,3
Rheinland-Pfalz	37 997	44 788	46 709	33,7	34,7	4,9	89 739	+11,9	+1,8
Saarland	9 941	11 188	11 066	34,6	34,1	1,2	78 603	+3,6	-3,3
Sachsen	28 089	35 702	36 996	30,0	32,5	3,9	66 564	+20,9	+1,0
Sachsen-Anhalt	16 254	18 308	18 889	32,7	33,0	2,0	72 038	+9,3	+0,2
Schleswig-Holstein	17 703	21 221	22 186	24,2	25,3	2,3	80 015	+19,2	+2,1
Thüringen	15 907	19 410	20 138	32,9	35,0	2,1	64 492	+17,2	+1,3
Deutschland	765 535	916 823	947 395	30,1	31,0	100	87 189	+15,6	+1,2
Westdeutschland	667 290	798 049	823 925	30,9	31,9	87,0	90 361	+15,4	+1,2
Ostdeutschland	98 245	118 774	123 470	25,7	26,4	13,0	70 643	+16,5	+1,2

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2018/Februar 2019; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

22. Bruttowertschöpfung (BWS) der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2013	2017	2018	2013	2018			2018/2013 ²⁾	2018/2017
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	230 990	263 157	272 547	60,5	59,1	13,1	63 551	+7,4	+1,7
Bayern	298 159	351 025	364 553	65,1	64,7	17,5	67 348	+10,3	+1,9
Berlin	85 260	106 949	112 676	84,2	85,0	5,4	63 437	+19,9	+3,3
Brandenburg	38 887	45 603	47 156	71,1	70,9	2,3	55 933	+10,4	+1,4
Bremen	19 195	21 269	22 037	73,2	71,3	1,1	62 373	+3,9	+1,7
Hamburg	76 810	85 874	88 511	83,5	81,6	4,3	80 560	+4,0	+1,5
Hessen	165 235	187 100	193 651	75,3	73,5	9,3	71 346	+6,1	+1,9
Mecklenburg-Vorpommern	25 544	29 315	30 268	74,6	74,7	1,5	50 946	+7,1	+1,3
Niedersachsen	147 009	168 782	175 192	66,5	65,6	8,4	57 742	+7,8	+1,9
Nordrhein-Westfalen	390 709	442 277	454 554	71,3	71,5	21,8	62 029	+5,3	+0,8
Rheinland-Pfalz	72 958	82 948	85 716	64,7	63,7	4,1	58 008	+6,7	+1,4
Saarland	18 754	20 795	21 298	65,2	65,7	1,0	54 822	+3,1	+0,6
Sachsen	64 738	73 546	76 074	69,0	66,8	3,7	51 004	+7,1	+1,4
Sachsen-Anhalt	32 201	36 109	37 434	64,9	65,4	1,8	51 448	+5,8	+1,7
Schleswig-Holstein	54 202	61 826	64 266	73,9	73,4	3,1	57 960	+7,7	+1,9
Thüringen	31 627	35 827	36 672	65,5	63,7	1,8	51 044	+5,7	+0,3
Deutschland	1 752 281	2 012 401	2 082 605	68,9	68,2	100	62 436	+7,7	+1,6
Westdeutschland	1 474 023	1 685 053	1 742 325	68,2	67,4	83,7	64 044	+7,0	+1,5
Ostdeutschland	278 258	327 348	340 280	72,9	72,7	16,3	55 321	+11,2	+1,9

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2018/Februar 2019; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

23. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen			Unternehmens- insolvenzen je 10 000 Unternehmen ¹⁾		Veränderung der Zahl der Unternehmens- insolvenzen	
	2013	2017	2018	2013	2018 ²⁾	2018/2013	2018/2017
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 017	1 902	1 945	45,2	43,1	-3,6	+2,3
Bayern	3 018	2 559	2 444	50,0	40,0	-19,0	-4,5
Berlin	1 278	1 349	1 364	89,2	88,0	+6,7	+1,1
Brandenburg	584	436	418	64,0	45,1	-28,4	-4,1
Bremen	231	206	231	103,0	102,2	—	+12,1
Hamburg	1 009	741	676	110,6	72,9	-33,0	-8,8
Hessen	1 660	1 457	1 403	66,9	56,4	-15,5	-3,7
Mecklenburg-Vorpommern	311	251	248	56,0	44,6	-20,3	-1,2
Niedersachsen	2 227	1 710	1 623	81,0	58,0	-27,1	-5,1
Nordrhein-Westfalen	8 799	5 892	5 575	131,2	83,6	-36,6	-5,4
Rheinland-Pfalz	1 085	715	722	70,0	46,6	-33,5	+1,0
Saarland	345	245	263	98,8	76,5	-23,8	+7,3
Sachsen	1 255	918	812	83,6	54,9	-35,3	-11,5
Sachsen-Anhalt	708	501	481	105,7	74,3	-32,1	-4,0
Schleswig-Holstein	1 026	888	768	91,0	66,2	-25,1	-13,5
Thüringen	442	323	329	58,1	44,9	-25,6	+1,9
Deutschland	25 995	20 093	19 302	80,1	59,1	-25,7	-3,9
Westdeutschland	21 417	16 315	15 650	80,5	58,4	-26,9	-4,1
Ostdeutschland	4 578	3 778	3 652	78,5	62,0	-20,2	-3,3

1) Ohne steuerpflichtige Unternehmen mit Umsätzen unter 17 500 Euro.

2) Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2017.

24. Umsatzsteuerpflichtige kleine und mittlere Unternehmen (KMU)¹⁾

Land	KMU insgesamt	Darunter Kleinst- unternehmen	Lieferungen und Leistun- gen aller Unternehmen	Darunter Lieferungen und Leistun- gen der KMU	KMU-Anteil			Anteil der Kleinst- unternehmen	Veränderung des KMU-Anteils							
					an Lieferungen und Leistungen aller Unternehmen											
					2017						2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
					Anzahl		Mio. €				%					
Baden-Württemberg	448 672	416 791	1 117 462	351 229	33,2	32,2	31,4	9,5	-5,2	-2,4						
Bayern	608 525	570 735	1 092 898	418 612	39,4	39,1	38,3	12,7	-2,7	-2,1						
Berlin	154 629	146 950	228 974	84 432	39,2	39,7	36,9	14,1	-6,0	-7,2						
Brandenburg	92 430	87 503	86 056	52 809	62,4	61,2	61,4	23,0	-1,6	+0,4						
Bremen	22 389	20 345	70 785	23 653	33,7	34,6	33,4	7,8	-1,0	-3,3						
Hamburg	92 130	85 165	388 532	75 497	16,0	18,3	19,4	5,5	+21,7	+6,2						
Hessen	247 856	232 447	489 165	171 467	34,5	35,4	35,1	11,6	+1,7	-1,1						
Mecklenburg-Vorpommern	55 491	52 181	45 736	34 330	70,8	75,2	75,1	29,4	+6,1	-0,2						
Niedersachsen	278 603	258 919	586 477	215 246	38,5	37,0	36,7	11,7	-4,7	-0,8						
Nordrhein-Westfalen	663 510	617 820	1 495 615	511 638	34,1	35,1	34,2	10,4	+0,3	-2,5						
Rheinland-Pfalz	154 446	145 511	241 005	99 326	43,1	42,3	41,2	14,8	-4,5	-2,7						
Saarland	34 252	31 729	75 100	25 680	34,9	35,1	34,2	11,2	-2,0	-2,6						
Sachsen	147 668	139 304	138 564	90 863	66,0	67,2	65,6	23,2	-0,6	-2,5						
Sachsen-Anhalt	64 624	60 549	68 492	42 900	61,8	62,4	62,6	22,0	+1,3	+0,4						
Schleswig-Holstein	115 580	108 549	172 137	79 172	47,1	47,7	46,0	15,8	-2,4	-3,6						
Thüringen	73 118	68 650	63 805	46 926	77,6	75,3	73,5	25,1	-5,2	-2,4						
Deutschland	3 253 923	3 043 148	6 360 802	2 323 780	36,8	37,2	36,5	11,9	-0,7	-1,7						
Westdeutschland	2 665 963	2 488 011	5 729 175	1 971 518	34,6	35,0	34,4	10,9	-0,6	-1,6						
Ostdeutschland	587 960	555 137	631 626	352 261	57,9	57,7	55,8	20,4	-3,6	-3,3						

1) KMU = Unternehmen bis unter 50 Mio. Euro Jahresumsatz; Kleinstunternehmen: bis unter 2 Mio. Euro Jahresumsatz.

25. Gesamtumsatz und Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Gesamt- umsatz je Beschäftigten	Anteil Auslands- umsatz am Gesamtumsatz	Veränderung des Auslandsumsatzes		Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2013	2017	2018			2018/2013	2018/2017	2018/2013	2018/2017
	Mio. €			€	%				
Baden-Württemberg	313 640	361 454	370 702	280 012	54,9	+23,3	+2,3	+18,2	+2,6
Bayern ¹⁾	339 204	369 883	376 054	281 317	53,0	+12,6	+1,4	+10,9	+1,7
Berlin	23 240	25 175	25 978	280 760	56,0	+17,7	+0,8	+11,8	+3,2
Brandenburg	25 532	26 272	27 043	261 238	28,7	+7,4	+5,3	+5,9	+2,9
Bremen	23 341	35 856	37 294	711 569	63,6	+84,4	+3,2	+59,8	+4,0
Hamburg	83 060	78 171	79 746	902 399	31,3	+26,2	+3,6	-4,0	+2,0
Hessen	110 340	115 863	121 350	290 829	53,3	+15,3	+6,1	+10,0	+4,7
Mecklenburg-Vorpommern	13 344	15 967	14 912	236 421	31,6	+22,4	-11,1	+11,7	-6,6
Niedersachsen	191 375	213 803	217 867	379 671	47,7	+22,4	+4,1	+13,8	+1,9
Nordrhein-Westfalen	339 998	350 097	357 840	284 337	44,3	+9,4	+2,0	+5,2	+2,2
Rheinland-Pfalz	91 785	99 426	105 856	356 336	55,6	+22,2	+9,9	+15,3	+6,5
Saarland	25 188	29 156	28 420	314 711	49,9	+21,4	-4,2	+12,8	-2,5
Sachsen	58 589	67 396	68 631	238 534	37,0	+22,3	+0,8	+17,1	+1,8
Sachsen-Anhalt	42 830	40 923	43 004	320 419	29,6	+10,2	+5,8	+0,4	+5,1
Schleswig-Holstein	36 865	37 902	36 998	277 063	39,0	-2,2	-0,0	+0,4	-2,4
Thüringen	31 791	35 480	36 340	204 414	34,0	+29,5	+7,2	+14,3	+2,4
Deutschland	1 750 121	1 902 825	1 948 035	302 925	48,5	+17,9	+2,9	+11,3	+2,4
Westdeutschland	1 554 794	1 691 611	1 732 126	310 867	50,0	+17,8	+2,9	+11,4	+2,4
Ostdeutschland	195 326	211 214	215 908	251 398	35,9	+18,7	+2,2	+10,5	+2,2

1) Auf Grund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte in Bayern ab dem Jahr 2014 im Wirtschaftszweig WZ 2008-2910 und den darüber liegenden Aggregaten mit den vorhergehenden Zeiträumen nur eingeschränkt vergleichbar.

26. Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen)

Land	Umsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten	Veränderung des Umsatzes	
	2013	2017	2018	2013	2018		2018/2013	2018/2017
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	8 167	11 355	12 708	12,9	14,7	206 502	+55,6	+11,9
Bayern	12 693	16 190	17 924	20,1	20,8	195 484	+41,2	+10,7
Berlin	2 121	2 779	3 445	3,4	4,0	257 346	+62,4	+24,0
Brandenburg	2 372	2 815	2 858	3,8	3,3	170 527	+20,5	+1,5
Bremen	477	509	756	0,8	0,9	221 293	+58,4	+48,4
Hamburg	1 514	1 617	1 847	2,4	2,1	286 600	+22,0	+14,2
Hessen	4 023	4 416	4 850	6,4	5,6	149 567	+20,6	+9,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 129	1 407	1 483	1,8	1,7	157 020	+31,3	+5,4
Niedersachsen	7 405	8 876	9 594	11,7	11,1	182 590	+29,6	+8,1
Nordrhein-Westfalen	9 690	12 071	12 963	15,3	15,0	173 479	+33,8	+7,4
Rheinland-Pfalz	3 044	3 580	3 959	4,8	4,6	189 579	+30,1	+10,6
Saarland	724	845	980	1,1	1,1	192 433	+35,5	+16,0
Sachsen	4 187	5 013	5 683	6,6	6,6	172 201	+35,7	+13,4
Sachsen-Anhalt	2 039	2 180	2 495	3,2	2,9	146 818	+22,4	+14,5
Schleswig-Holstein	1 661	2 104	2 382	2,6	2,8	170 506	+43,4	+13,2
Thüringen	1 974	2 195	2 339	3,1	2,7	156 481	+18,5	+6,5
Deutschland	63 221	77 952	86 271	100	100	184 629	+36,5	+10,7
Westdeutschland	49 399	61 562	67 962	78,1	78,8	187 364	+37,6	+10,4
Ostdeutschland	13 822	16 389	18 305	21,9	21,2	175 090	+32,4	+11,7

27. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätze)

Land	Gästeübernachtungen insgesamt			Darunter von Gästen aus dem Ausland	Über- nachungen insg. je 10 000 Einw.	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾		Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt	
	2013	2017	2018			2013	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl in 1 000					%	Anzahl	Tage	
Baden-Württemberg	47 756	52 932	54 857	21,6	50	2,6	2,4	+14,9	+3,6
Bayern	84 153	94 369	98 700	20,8	76	2,7	2,5	+17,3	+4,6
Berlin	26 942	31 150	32 872	45,9	91	2,4	2,4	+22,0	+5,5
Brandenburg	11 520	13 090	13 547	7,9	54	2,7	2,7	+17,6	+3,5
Bremen	2 061	2 448	2 590	20,2	38	1,8	1,8	+25,7	+5,8
Hamburg	11 603	13 822	14 530	24,8	79	2,0	2,0	+25,2	+5,1
Hessen	30 321	34 104	34 741	23,3	56	2,3	2,2	+14,6	+1,9
Mecklenburg-Vorpommern	28 158	29 752	30 884	3,5	192	4,0	3,9	+9,7	+3,8
Niedersachsen	39 902	43 495	44 954	8,7	56	3,1	3,0	+12,7	+3,4
Nordrhein-Westfalen	46 141	51 509	51 927	20,8	29	2,3	2,2	+12,5	+0,8
Rheinland-Pfalz	20 976	22 226	22 605	23,5	55	2,6	2,5	+7,8	+1,7
Saarland	2 572	3 089	3 159	15,2	32	2,9	2,9	+22,8	+2,3
Sachsen	18 285	19 513	20 087	10,9	49	2,6	2,5	+9,9	+2,9
Sachsen-Anhalt	7 131	8 135	8 235	6,8	37	2,5	2,4	+15,5	+1,2
Schleswig-Holstein	24 806	29 892	34 453	6,1	119	3,9	4,0	+38,9	+15,3
Thüringen	9 535	9 927	9 858	5,8	46	2,7	2,6	+3,4	-0,7
Deutschland	411 863	459 454	477 998	18,3	58	2,7	2,6	+16,1	+4,0
Westdeutschland	310 291	347 886	362 515	18,5	54	2,6	2,5	+16,8	+4,2
Ostdeutschland	101 572	111 568	115 483	17,8	71	2,8	2,8	+13,7	+3,5

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

28. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin und Einwohner¹⁾

Land	Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in			Deutschland = 100			Veränderung je Einwohner/-in	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012 ²⁾	2017/2016
	€			Messzahl			%	
Baden-Württemberg	22 378	23 984	24 552	109,2	109,3	108,5	+9,7	+2,4
Bayern	22 700	24 290	24 963	110,8	110,7	110,3	+10,0	+2,8
Berlin	18 380	19 538	20 330	89,7	89,0	89,9	+10,6	+4,1
Brandenburg	17 723	19 495	20 225	86,5	88,8	89,4	+14,1	+3,7
Bremen	19 722	20 620	21 384	96,3	93,9	94,5	+8,4	+3,7
Hamburg	22 971	23 894	24 404	112,1	108,8	107,9	+6,2	+2,1
Hessen	21 210	22 573	23 092	103,5	102,8	102,1	+8,9	+2,3
Mecklenburg-Vorpommern	16 796	18 388	19 190	82,0	83,8	84,8	+14,3	+4,4
Niedersachsen	19 628	21 168	21 920	95,8	96,4	96,9	+11,7	+3,6
Nordrhein-Westfalen	20 301	21 550	22 263	99,1	98,2	98,4	+9,7	+3,3
Rheinland-Pfalz	20 742	22 189	22 731	101,2	101,1	100,5	+9,6	+2,4
Saarland	19 127	20 016	20 527	93,4	91,2	90,7	+7,3	+2,6
Sachsen	17 668	19 227	19 920	86,2	87,6	88,1	+12,7	+3,6
Sachsen-Anhalt	17 022	18 762	19 537	83,1	85,5	86,4	+14,8	+4,1
Schleswig-Holstein	20 746	22 201	22 864	101,3	101,1	101,1	+10,2	+3,0
Thüringen	17 223	19 000	19 738	84,1	86,6	87,2	+14,6	+3,9
Deutschland	20 487	21 952	22 623	100	100	100	+10,4	+3,1
Westdeutschland	21 202	22 633	23 283	103,5	103,1	102,9	+9,8	+2,9
Ostdeutschland	17 585	19 158	19 909	85,8	87,3	88,0	+13,2	+3,9

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2018/Februar 2019.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (VGRdL).

29. Durchschnittliche Bruttoverdienste von Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Land	Bruttojahresverdienste von Vollzeitbeschäftigten ¹⁾			Bruttojahresverdienst (Vollzeitbeschäftigte) von Frauen in Prozent des Verdienstes von Männern ¹⁾		Verdienstabstand von Frauen zu Männern (alle Beschäftigte) gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap) ²⁾			Veränderung der Bruttojahres- verdienste ¹⁾
	2013	2017	2018	2013	2018	2013	2017	2018	2018/2017
	€			%					
Baden-Württemberg	49 434	54 203	55 533	74,7	76,1	27	27	26	+2,5
Bayern	48 174	52 786	54 904	77,9	79,3	25	24	24	+4,0
Berlin	43 304	48 409	50 742	86,1	86,8	14	13	14	+4,8
Brandenburg	35 740	39 260	40 564	96,6	98,3	5	3	2	+3,3
Bremen	47 078	51 417	51 364	78,2	81,3	25	23	22	-0,1
Hamburg	51 961	56 584	57 437	79,1	80,1	23	20	20	+1,5
Hessen	51 252	56 153	57 782	81,0	81,0	23	24	23	+2,9
Mecklenburg-Vorpommern	33 294	37 441	38 774	95,9	96,8	6	5	6	+3,6
Niedersachsen	43 026	46 722	48 183	82,9	83,5	20	20	20	+3,1
Nordrhein-Westfalen	47 352	50 665	52 070	81,7	82,3	23	22	22	+2,8
Rheinland-Pfalz	45 476	47 982	49 412	81,6	83,0	22	20	19	+3,0
Saarland	43 874	47 312	47 908	80,3	81,8	24	23	23	+1,3
Sachsen	34 612	39 823	41 192	91,7	92,7	11	11	11	+3,4
Sachsen-Anhalt	34 094	39 167	40 450	96,7	97,9	4	2	3	+3,3
Schleswig-Holstein	41 661	45 021	46 214	82,9	85,0	18	15	15	+2,6
Thüringen	33 408	37 924	39 409	92,7	95,6	9	8	9	+3,9
Deutschland	45 523	49 792	51 331	80,7	82,0	22	21	21	+3,1
Westdeutschland ³⁾	47 410	51 515	53 054	79,8	80,9	23	22	22	+3,0
Ostdeutschland ⁴⁾	34 344	38 970	40 334	94,1	95,6	8	7	7	+3,5

1) Einschließlich Sonderzahlungen.

2) Verdienstsstrukturserhebungen 2010 und 2014 fortgeschrieben mit Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung.

3) Einschließlich Berlin.

4) Ohne Berlin.

30. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Investitionen in Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Veränderung der Investitionen	
	insgesamt			je tätige Person		
	2012	2016	2017		2017/2012	2017/2016
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	10 940	12 867	13 631	10 613	+24,6	+5,9
Bayern	11 332	13 921	14 087	10 922	+24,3	+1,2
Berlin	838	948	884	9 768	+5,6	-6,8
Brandenburg	827	1 225	1 181	11 829	+42,8	-3,6
Bremen	802	666	549	10 876	-31,5	-17,5
Hamburg	1 044	1 053	1 057	12 103	+1,3	+0,5
Hessen	3 227	3 897	3 309	8 074	+2,5	-15,1
Mecklenburg-Vorpommern	396	599	508	8 800	+28,3	-15,2
Niedersachsen	5 493	5 507	5 067	9 088	-7,7	-8,0
Nordrhein-Westfalen	9 574	10 427	11 273	9 189	+17,7	+8,1
Rheinland-Pfalz	2 753	2 543	3 018	10 259	+9,6	+18,7
Saarland	1 105	858	927	10 439	-16,1	+8,0
Sachsen	3 975	2 431	2 625	9 405	-34,0	+7,9
Sachsen-Anhalt	1 533	1 636	1 509	11 590	-1,6	-7,8
Schleswig-Holstein	875	933	1 110	8 600	+26,9	+19,0
Thüringen	1 642	1 547	1 577	9 172	-4,0	+1,9
Deutschland	56 355	61 059	62 314	9 974	+10,6	+2,1
Westdeutschland	47 144	52 672	54 029	9 972	+14,6	+2,6
Ostdeutschland	9 211	8 387	8 284	9 989	-10,1	-1,2

31. Patentanmeldungen

Land	Patentanmeldungen insgesamt			Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen insgesamt	
	2013	2017	2018	2013	2017	2018		
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 567	14 511	14 608	137	132	132	+0,3	+0,7
Bayern	14 842	15 483	14 852	118	119	114	+0,1	-4,1
Berlin	898	716	722	26	20	20	-19,6	+0,8
Brandenburg	322	328	289	13	13	12	-10,2	-11,9
Bremen	160	129	135	24	19	20	-15,6	+4,7
Hamburg	742	770	864	43	42	47	+16,4	+12,2
Hessen	2 165	1 927	1 619	36	31	26	-25,2	-16,0
Mecklenburg-Vorpommern	181	135	145	11	8	9	-19,9	+7,4
Niedersachsen	2 927	3 514	3 614	38	44	45	+23,5	+2,8
Nordrhein-Westfalen	7 073	7 209	6 856	40	40	38	-3,1	-4,9
Rheinland-Pfalz	1 036	921	910	26	23	22	-12,2	-1,2
Saarland	252	197	175	25	20	18	-30,6	-11,2
Sachsen	968	719	594	24	18	15	-38,6	-17,4
Sachsen-Anhalt	228	186	205	10	8	9	-10,1	+10,2
Schleswig-Holstein	465	509	474	17	18	16	+1,9	-6,9
Thüringen	536	537	547	25	25	25	+2,1	+1,9
Deutschland	47 362	47 791	46 609	59	58	56	-1,6	-2,5
Westdeutschland	44 229	45 170	44 107	68	68	66	-0,3	-2,4
Ostdeutschland	3 133	2 621	2 502	20	16	15	-20,1	-4,5

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

32. Ausfuhr

Land	Ausfuhr (Spezialhandel)			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2018 ²⁾	Veränderung der Ausfuhren	
	2013	2017	2018 ¹⁾		2018/2013	2018/2017
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	173 299	200 235	202 734	19,9	+17,0	+1,2
Bayern	166 390	190 696	190 572	18,7	+14,5	-0,1
Berlin	12 926	14 819	14 484	1,4	+12,0	-2,3
Brandenburg	12 933	12 655	12 965	1,3	+0,2	+2,4
Bremen	14 668	21 239	20 748	2,0	+41,4	-2,3
Hamburg	49 180	53 403	52 260	5,1	+6,3	-2,1
Hessen	56 946	63 237	64 298	6,3	+12,9	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	7 298	7 215	7 229	0,7	-1,0	+0,2
Niedersachsen	77 409	87 821	85 870	8,4	+10,9	-2,2
Nordrhein-Westfalen	178 806	190 343	196 237	19,3	+9,7	+3,1
Rheinland-Pfalz	46 507	54 833	59 890	5,9	+28,8	+9,2
Saarland	13 286	16 534	15 763	1,6	+18,6	-4,7
Sachsen	31 430	41 257	40 512	4,0	+28,9	-1,8
Sachsen-Anhalt	14 801	15 490	16 408	1,6	+10,9	+5,9
Schleswig-Holstein	18 970	22 000	21 347	2,1	+12,5	-3,0
Thüringen	12 114	15 158	15 465	1,5	+27,7	+2,0
Deutschland ³⁾	1 088 025	1 278 958	1 317 556	100	+21,1	+3,0
Westdeutschland	795 459	900 339	909 720	89,5	+14,4	+1,0
Ostdeutschland	91 503	106 594	107 063	10,5	+17,0	+0,4

1) Vorläufige Werte.

2) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

3) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

33. Einfuhr

Land	Einfuhr (Generalhandel)			Anteil an der deutschen Einfuhr 2018 ²⁾	Veränderung der Einfuhren	
	2013	2017	2018 ¹⁾		2018/2013	2018/2017
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	137 148	170 036	177 204	16,7	+29,2	+4,2
Bayern	146 767	179 362	186 138	17,6	+26,8	+3,8
Berlin	9 730	13 977	13 890	1,3	+42,8	-0,6
Brandenburg	18 668	17 250	19 640	1,9	+5,2	+13,8
Bremen	13 697	14 457	19 049	1,8	+39,1	+31,8
Hamburg	68 904	66 222	67 277	6,3	-2,4	+1,6
Hessen	78 882	94 498	100 198	9,5	+27,0	+6,0
Mecklenburg-Vorpommern	4 425	6 268	6 615	0,6	+49,5	+5,5
Niedersachsen	78 409	85 695	91 517	8,6	+16,7	+6,8
Nordrhein-Westfalen	205 642	228 201	241 622	22,8	+17,5	+5,9
Rheinland-Pfalz	31 184	40 348	45 618	4,3	+46,3	+13,1
Saarland	11 466	14 332	14 404	1,4	+25,6	+0,5
Sachsen	18 989	24 038	24 450	2,3	+28,8	+1,7
Sachsen-Anhalt	16 783	16 373	19 157	1,8	+14,1	+17,0
Schleswig-Holstein	19 192	20 778	22 158	2,1	+15,5	+6,6
Thüringen	8 293	10 388	11 269	1,1	+35,9	+8,5
Deutschland ³⁾	895 951	1 037 394	1 095 973	100	+22,3	+5,6
Westdeutschland	791 291	913 929	965 186	91,0	+22,0	+5,6
Ostdeutschland	76 888	88 294	95 020	9,0	+23,6	+7,6

1) Vorläufige Werte.

2) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

3) Spezialhandel; Einschließlich regional nicht zuordnungsfähiger Importe.

34. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen¹⁾

Land	Bestand unmittelbarer inländischer Direktinvestitionen im Ausland (31.12.)			Veränderung	Bestand unmittelbarer ausländischer Direktinvestitionen im Inland (31.12.)			Veränderung
	2012	2016	2017 ²⁾	2017/2016	2012	2016	2017 ²⁾	2017/2016
	Mio. €			%	Mio. €			%
Baden-Württemberg	151 551	246 982	245 655	-0,5	80 217	97 915	99 712	+1,8
Bayern	216 197	239 127	254 741	+6,5	107 872	130 502	137 478	+5,3
Berlin	-629	-4 798	15 848	-430,3	28 439	25 291	28 266	+11,8
Brandenburg	1 641	3 670	4 729	+28,9	1 419	4 612	4 727	+2,5
Bremen	1 134	2 698	2 360	-12,5	4 054	3 626	2 904	-19,9
Hamburg	47 080	49 076	50 359	+2,6	63 977	60 997	60 167	-1,4
Hessen	161 019	183 981	189 929	+3,2	115 879	135 326	163 467	+20,8
Mecklenburg-Vorpommern	701	373	275	-26,3	5 008	5 232	6 155	+17,6
Niedersachsen	58 061	67 196	68 406	+1,8	19 980	27 188	29 698	+9,2
Nordrhein-Westfalen	219 500	256 520	266 660	+4,0	189 042	182 038	172 515	-5,2
Rheinland-Pfalz	29 260	39 884	46 574	+16,8	11 911	12 666	12 343	-2,6
Saarland	2 835	2 774	3 089	+11,4	1 668	1 560	1 504	-3,6
Sachsen	1 203	1 613	1 887	+17,0	5 832	6 122	5 327	-13,0
Sachsen-Anhalt	5 741	3 592	3 343	-6,9	2 918	2 903	3 162	+8,9
Schleswig-Holstein	4 580	11 340	11 183	-1,4	11 508	11 243	11 525	+2,5
Thüringen	838	1 516	1 912	+26,1	1 870	1 862	1 747	-6,2
Deutschland³⁾	900 710	1 105 543	1 166 950	+5,6	651 593	709 083	740 696	+4,5
Westdeutschland	891 217	1 099 578	1 138 956	+3,6	606 108	663 061	691 313	+4,3
Ostdeutschland	9 495	5 966	27 994	+369,2	45 486	46 022	49 384	+7,3

1) Der Bestand der unmittelbaren Direktinvestitionen ist ein Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten. Berechnung gemäß der neuen OECD Benchmark Definition of Foreign Direct Investment durchgeführt.

2) Vorläufige Angaben.

3) Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Stand Juni 2019)

Für den Ländervergleich werden die betrachteten Finanzgrößen der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (unter Aufsicht des jeweiligen Landes) zusammengefasst. Die Darstellung umfasst die öffentlichen Gesamthaushalte mit Kern- und Extrahaushalten.

Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU), die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Als FEU gelten Einheiten, an denen die öffentliche Hand zu mindestens 50 % über das Nennkapital oder das Stimmrecht beteiligt ist (öffentliche Kontrolle). FEU bilden jedoch keine Extrahaushalte, wenn sie sich zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u. ä. finanzieren, wie beispielsweise kommunale Versorgungsunternehmen. Diese sogenannten Marktproduzenten gehören gemäß ESGV nicht zum Staatssektor.

Kernhaushalte Unmittelbare Haushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen	Extrahaushalte Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU des Staatssektors)
Öffentlicher Gesamthaushalt	

In den Tabellen 35 bis 41 ist der öffentliche Gesamthaushalt zusammengefasst für die Länder und deren zugehörige Gemeinden/Gemeindeverbände dargestellt. Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin weisen keine kommunale Ebene auf, so dass hier die öffentlichen Gesamthaushalte der Länderebene ausgewiesen werden. Tabelle 42 bildet hingegen den Finanzausgleich zwischen den Ländern, respektive zwischen Bund und Ländern ab.

Im Folgenden werden für die Einnahmen und Ausgaben die sogenannten bereinigten Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben herangezogen. Diese enthalten keine besonderen Finanzierungsvorgänge wie beispielsweise Kreditaufnahmen und -tilgungen. Darüber hinaus werden die Zahlungen von gleicher Ebene (z. B. Zahlungen zwischen Land und Kommunen) herausgerechnet.

Einnahmen und Steuereinnahmen in allen Ländern gestiegen

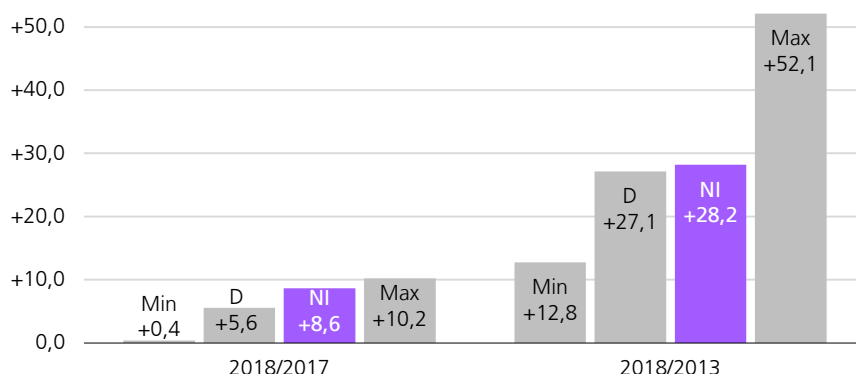
Im Jahre 2018 stiegen die Einnahmen der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen gegenüber dem Vorjahr in allen Ländern an. Im Bundesdurchschnitt belief sich das Wachstum auf 5,6 % auf nunmehr 7 022 Euro pro Kopf. In Niedersachsen wuchsen die Einnahmen recht deutlich um 8,6 % auf 6 454 Euro pro Kopf. Im Ländervergleich war dies das zweithöchste Plus nach Hamburg (+10,2 %). Die geringsten Zuwächse traten für die Gesamthaushalte in Rheinland-Pfalz (+0,4 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+1,6 %) auf. Über die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen verfügten 2018 wie in den Vorjahren die Stadtstaaten Hamburg (11 436 Euro), Bremen (9 597 Euro) und Berlin (8 715 Euro). Die geringsten Pro-Kopf-Einnahmen erzielten Rheinland-Pfalz (6 230 Euro) und das Saarland (6 315 Euro).

Im mittelfristigen Vergleich 2018 gegenüber 2013 fällt der Stadtstaat Hamburg mit einem Wachstum der Einnahmen von 52,1 % auf, wohingegen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen lediglich Zuwächse von 12,8 % bzw. 15,8 % verzeichnen konnten. In Niedersachsen stiegen die Einnahmen im gleichen Zeitraum um 28,2 % an (Bundesdurchschnitt: 27,1 %).

Einnahmen der Gesamthaushalte

T35

Veränderung der Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2018 gegenüber 2017 und 2013 – Prozent –



Steuereinnahmequote

T35

Die Steuereinnahmequote ist in Tabelle 35 als Quotient der kassenmäßigen Steuereinnahmen und der Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes dargestellt. Demnach bezogen 2018 die öffentlichen Gesamthaushalte in Niedersachsen 68,5 % ihrer Einnahmen aus Steuererträgen. Damit lag Niedersachsen leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 68,7 %. Während die öffentlichen Haushalte in Baden-Württemberg 75,1 % der Einnahmen aus Steuern generierten, lag der Anteil in Bremen lediglich bei 51,3 %.

Steuereinnahmen

T36

In allen Ländern verbuchten die öffentlichen Gesamthaushalte 2018 eine Zunahme der Steuererträge. Bundesweit wuchsen die Steuereinnahmen um 6,0 % auf 4 822 Euro pro Kopf. Niedersachsen lag bei den Steuereinnahmen mit einem Wachstum von 6,6 % (auf 4 420 Euro pro Kopf) leicht oberhalb des Bundesdurchschnitts. Die höchsten Zuwächse hatten die Stadtstaaten Berlin (10,6 %) und Hamburg (8,7 %), die geringsten Rheinland-Pfalz (1,9 %) und Hessen (2,0 %).

Im Vergleich 2018 gegenüber 2013 konnten die Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände bundesweit ihre Einnahmen aus Steuern um 32,5 % steigern. Die höchsten Zuwächse verzeichneten Berlin (42,7 %), die geringsten Sachsen-Anhalt (26,4 %). Niedersachsen verbuchte ein Plus von 28,4 %.

Quotient Steuereinnahmen/BIP

T36

Der Quotient aus Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukt (BIP) vermittelt einen Überblick über das Volumen der Steuereinnahmen in Relation zur Wirtschaftsleistung. Bei der Betrachtung dieser Quote 2018 im Ländervergleich ist auffällig, dass die Stadtstaaten Bremen (9,8 %) und Hamburg (10,5 %) die geringsten Werte aufwiesen; hingegen hatten die wirtschaftsschwächeren Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (14,2 % bzw. 14,1 %) und Sachsen-Anhalt (13,9 %) die höchsten Quoten. Niedersachsen lag mit einem Wert von 11,9 % nahe beim Bundesdurchschnitt (11,8 %).

Ausgaben der Gesamthaushalte

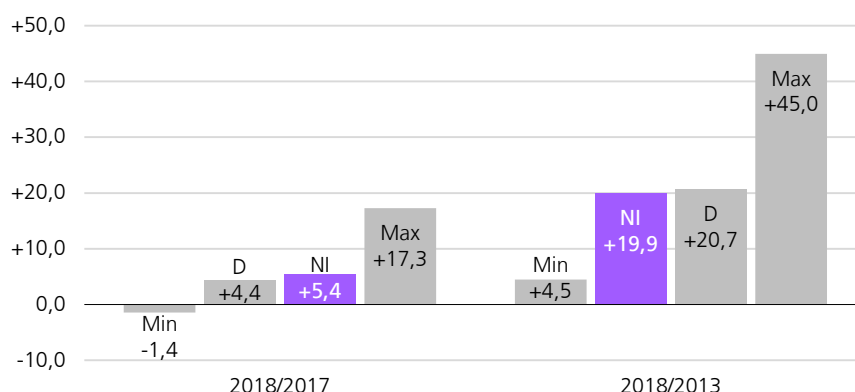
T37

Ausgabenwachstum der öffentlichen Gesamthaushalte uneinheitlich

Pro Kopf beliefen sich die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte 2018 im Bundesdurchschnitt auf 6 660 Euro. Die mit Abstand höchsten Ausgaben pro Kopf wurden in den Stadtstaaten Hamburg (11 765 Euro), Bremen (9 315 Euro) und Berlin (8 080 Euro) getätigt, die geringsten in Rheinland-Pfalz (5 873 Euro), Thüringen (5 920 Euro) und Niedersachsen (5 976 Euro).

Die Veränderungsraten zeigten zwischen den Ländern deutliche Unterschiede. Bundesweit betrug 2018 das Ausgabenwachstum der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 4,4 %. Die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte stiegen im Vorjahresvergleich in Schleswig-Holstein um 17,3 % und in Hamburg um 11,6 % am stärksten. Im Saarland blieb das Ausgabevolumen nahezu konstant, in Sachsen nahm es sogar um 1,4 % ab. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den mittelfristigen Veränderungsdaten. Im Vergleich 2018 zu 2013 stiegen die Ausgaben in Schleswig-Holstein und Hamburg um 45,0 % bzw. 42,6 %. Im Saarland und Mecklenburg-Vorpommern hingegen wuchsen die Ausgaben lediglich um 4,5 % bzw. 9,0 %. In Niedersachsen betrug 2018 das Wachstum 5,4 % gegenüber 2017 und 19,9 % gegenüber 2013.

■ Veränderung der Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2018 gegenüber 2017 und 2013 – Prozent –



Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung (BIP) sind die Ausgaben vor allem in den ostdeutschen Ländern hoch (im Schnitt: 20,8 %). In wirtschaftsstärkeren Ländern ist dieser Quotient zum Teil deutlich niedriger, am niedrigsten in Baden-Württemberg und Bayern (14,0 % und 14,5 %) sowie Hessen (15,6 %). In Niedersachsen lag dieser Wert bei 16,1 % nahe dem Bundesdurchschnitt (16,3 %).

Quotient Ausgaben/BIP

T37

Wachstum der Personalausgaben

Die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen für Personal stiegen bundesweit im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um 4,5 %. Das Wachstum der Personalausgaben lag damit geringfügig über dem der gesamten Ausgaben (4,4 %). In Niedersachsen stiegen die Personalausgaben mit 4,1 % weniger als die Ausgaben insgesamt (+5,4 %). Im Vergleich 2018 gegenüber 2013 war bei diesem Ausgabenposten bundesweit ein Wachstum um 21,7 % zu verzeichnen, in Niedersachsen um 22,0 %.

Personalausgaben

T38

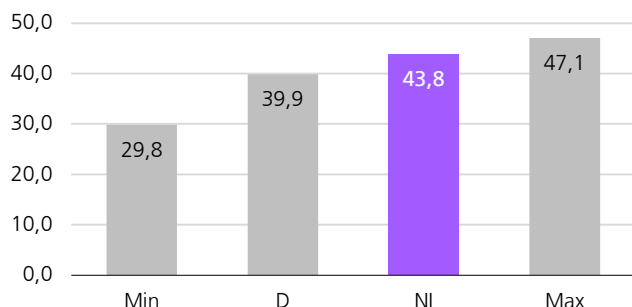
Im Bundesdurchschnitt wurden im Jahr 2018 für Personal 2 657 Euro pro Kopf ausgegeben; der Betrag für Niedersachsen lag mit 2 618 Euro leicht darunter. Die höchsten Ausgaben pro Kopf fielen in den Stadtstaaten Hamburg (3 509 Euro), Bremen (3 252 Euro) und Berlin (2 952 Euro) an, die geringsten in Thüringen (2 317 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (2 329 Euro).

Bundesweit verwendeten Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 39,9 % der Ausgaben für Personal. Niedersachsen lag hier mit 43,8 % über dem Durchschnitt. Höhere Personalausgabenquoten wurden nur noch für das Saarland (47,1 %) und Rheinland-Pfalz (44,8 %) berechnet. Den niedrigsten Wert wies Hamburg mit 29,8 % auf.

Personalausgabenquote

T38

■ Personalausgabenquote der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2018 – Prozent –



Zinsausgaben weiter deutlich rückläufig

Zinsausgaben

T39

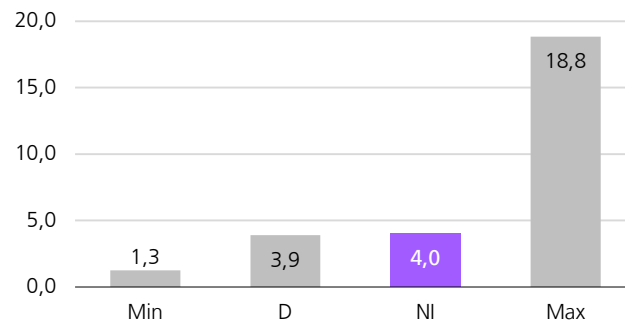
Die bundesweiten Ausgaben für Zinsen der öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen sanken 2018 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 7,9 %. In allen Ländern war diese Ausgabenposition rückläufig. Im mittelfristigen Vergleich 2018 gegenüber 2013 belief sich der Rückgang durchschnittlich auf 34,6 %. In Niedersachsen gingen die Ausgaben für Zinsen gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich um 9,6 % zurück (mittelfristig um 30,6 %). Ursächlich dürfte hier ein weiterhin niedriges Zinsniveau sein (vgl. T41). Die deutlichsten Senkungen der Zinsausgaben im Vorjahresvergleich wurden für Sachsen-Anhalt (19,1 %) und Rheinland-Pfalz (17,5 %) errechnet, die niedrigsten für Mecklenburg-Vorpommern (1,8 %) und Bremen (1,9 %). Pro Kopf gaben die öffentlichen Gesamthaushalte bundesweit durchschnittlich 189 Euro für Zinsen aus; in Niedersachsen waren es 178 Euro.

Die Zins-Steuer-Quote als Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen weist über die Länder eine große Streuung auf. So wurden in Bayern und in Sachsen lediglich 1,3 % der Steuererträge auf die Zinszahlungen verwendet. Quoten über 10 % hatten hingegen Bremen (18,8 %) und das Saarland (10,1 %). Für Niedersachsen lag die Zins-Steuer-Quote mit 4,0 % leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (3,9 %).

Zins-Steuer-Quote

T39

■ Zins-Steuer-Quote 2018 – Prozent –



Finanzierungssaldo

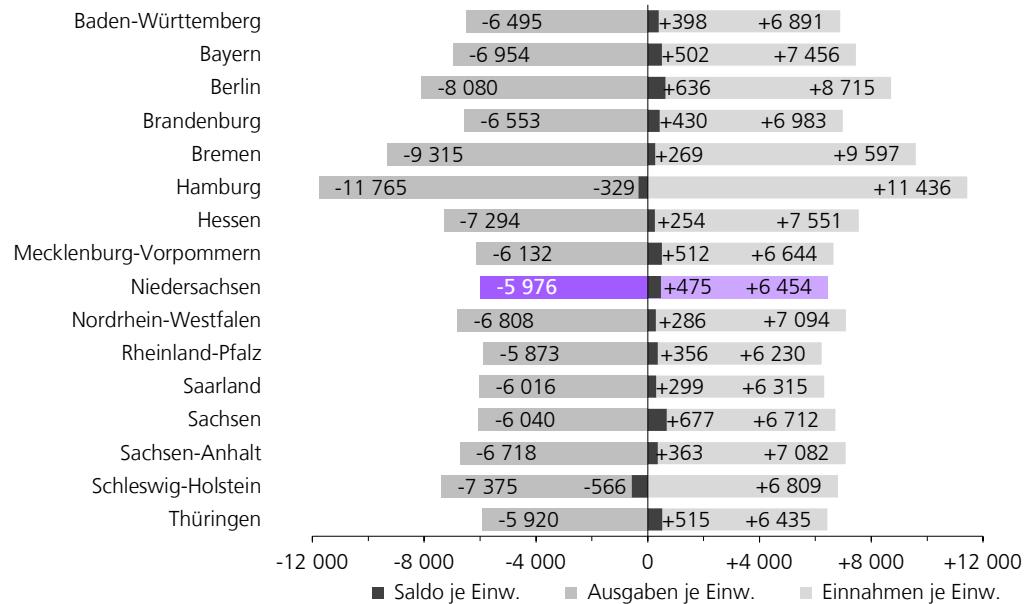
T40

Erneut positiver Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wird berechnet als Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des „Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen“.

Die öffentlichen Gesamthaushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen erzielten 2018 in 14 der 16 Länder Finanzierungsüberschüsse (mehr Einnahmen als Ausgaben); in Schleswig-Holstein und Hamburg gab es Finanzierungsdefizite (pro Kopf 566 Euro bzw. 329 Euro weniger Einnahmen als Ausgaben). Die höchsten Überschüsse wurden in Sachsen (677 Euro), Berlin (636 Euro) und Thüringen (515 Euro) erwirtschaftet. In Niedersachsen konnten die öffentlichen Gesamthaushalte das vierte Jahr in Folge einen Überschuss ausweisen, 2018 in Höhe von 475 Euro pro Kopf. Niedersachsen lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 362 Euro.

■ Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen je Einwohnerin und Einwohner 2018 – Euro –



Quotient Finanzierungssaldo/BIP

T40

Um einen Vergleich der Finanzierungssaldi zwischen den Ländern zu ermöglichen, kann der Quotient aus dem Finanzierungssaldo und der Wirtschaftsleistung (BIP) herangezogen werden. Bundesweit belief sich der Finanzierungsüberschuss der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen auf 0,9 % des Bruttoinlandsproduktes. Da die ostdeutschen Länder im Schnitt ein niedrigeres BIP aufweisen, sind deren Quoten tendenziell höher. Die höchsten Quoten gemessen am BIP hatten Sachsen (+2,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+1,8 %). Für Schleswig-Holstein und Hamburg, den Ländern mit Finanzierungsdefiziten, lagen die Quoten bei 1,7 % bzw. bei 0,5 %. Für Niedersachsen betrug die Quote +1,3 %.

Verschuldung nahezu konstant

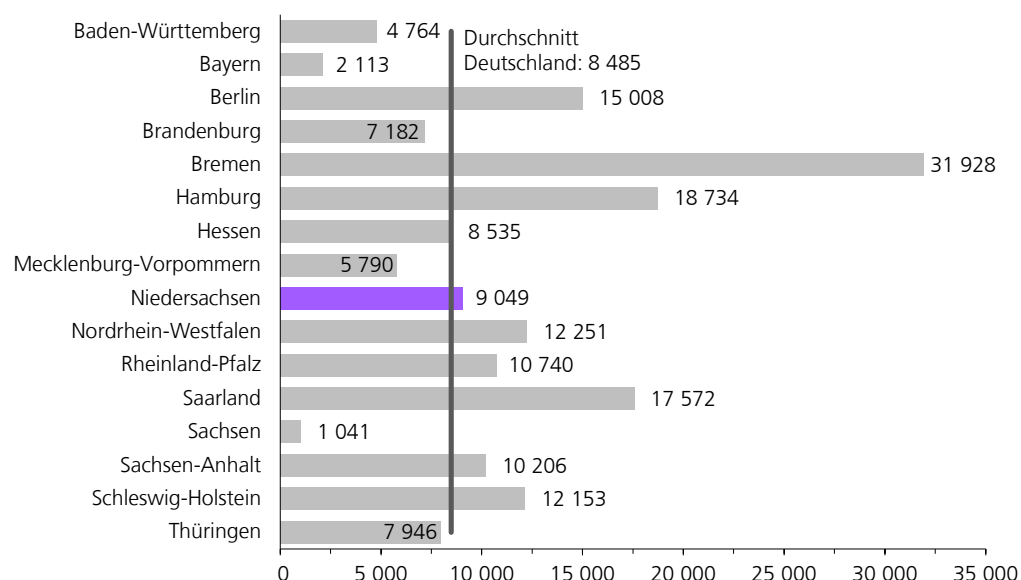
Schulden

T41

Die Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden und Sozialversicherungen beim nicht-öffentlichen Bereich nahm bundesweit 2018 gegenüber dem Vorjahr um 2,9 % ab. Im Vergleich 2018 gegenüber 2013 ging die Verschuldung bundesweit sogar um 7,5 % zurück. Nur in den Ländern Hamburg (+5,5 %), Schleswig-Holstein (+4,8 %) und Bremen (+3,3 %) stiegen die Schuldenstände im Vorjahresvergleich an. In Hamburg (+37,0 %) und Schleswig-Holstein (+11,0 %) wuchsen auch im mittelfristigen Vergleich 2018 gegenüber 2013 die Schulden am stärksten an, während die Schuldenstände in Sachsen (-49,7 %) und Bayern (-31,4 %) stark rückläufig waren. In Niedersachsen blieb der Schuldenstand 2018 gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant, gegenüber 2013 stieg er um 4,8 %.

Die höchsten Schuldenstände pro Kopf wiesen am 31. Dezember 2018 die Gesamthaushalte der Stadtstaaten Bremen (31 928 Euro), Hamburg (18 734 Euro) und Berlin (15 008 Euro) aus, die geringsten Sachsen (1 041 Euro) und Bayern (2 113 Euro). Der öffentliche Gesamthaushalt Niedersachsens lag mit einer pro Kopf-Verschuldung von 9 049 Euro über dem Bundesdurchschnitt (8 485 Euro).

■ Schulden je Einwohnerin und Einwohner 2018 – Euro – Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände Kernhaushalte und Extrahaushalte



Ein weiteres Maß zur Abbildung der öffentlichen Verschuldung ist der Quotient aus Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt (BIP). Nach dieser Quote entsprachen die Schulden in Niedersachsen 2018 knapp einem Viertel des BIP (24,4 %) und bundesweit gut einem Fünftel (20,8 %). Im Ländervergleich ergibt sich ein ähnliches Ergebnis wie bei der Verschuldung pro Kopf. Bremen hatte mit 63,4 % den höchsten Anteil der Schulden am BIP, gefolgt vom Saarland (48,5 %) und Berlin (37,0 %); die geringsten Anteile wiesen wiederum Sachsen (3,4 %) und Bayern (4,4 %) auf. In Hamburg fiel die Verschuldung aufgrund des hohen BIP mit 28,6 % weniger stark ins Gewicht.

Quotient Schulden/BIP

T41

Volumen des Finanzausgleichs gesunken

Finanzausgleich

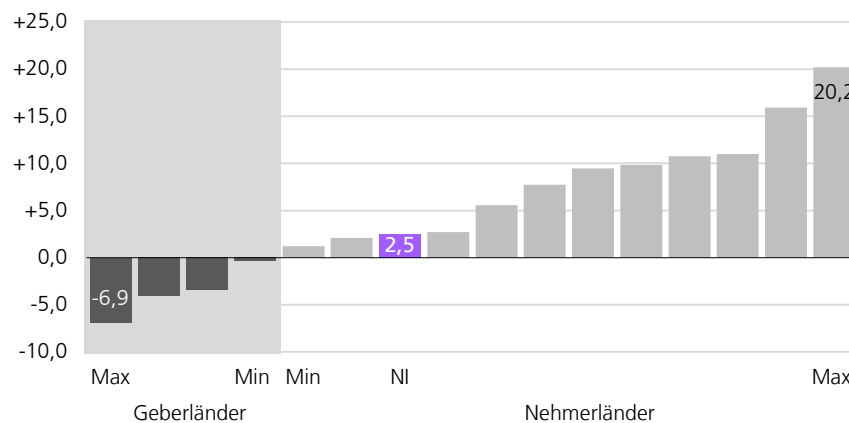
T42

Bei den Beträgen, die die Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einzahlen oder ausgezahlt bekommen, handelt es sich um die Summen des vertikalen und des horizontalen bundesstaatlichen Finanzausgleichs (für 2017 und 2018 sind die Werte noch vorläufig). Der horizontale Länderfinanzausgleich (LFA) verteilt Finanzmittel zwischen den Ländern um. Die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) bilden den vertikalen Finanzausgleich, bei welchem von einer übergeordneten Gebietskörperschaft (Bund) unter bestimmten Bedingungen Zahlungen an nachgeordnete Gebietskörperschaften (Länder) geleistet werden.

Das Volumen des Finanzausgleichs (LFA und BEZ) ist 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 703 Mio. Euro auf 8 403 Mio. Euro gesunken. Zu beachten ist, dass sich die Beträge des Länderfinanzausgleichs (LFA) zwischen den Zahler- und Empfängerländern saldieren. Niedersachsen erhielt 2018 aus dieser Summe 1 279 Mio. Euro (oder 160 Euro pro Kopf) und damit 205 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Die Zahlerländer waren wie im Vorjahr Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg.

Der Quotient aus Finanzausgleich (LFA und BEZ) geteilt durch die bereinigten Einnahmen der Länder (bei Flächenländern einschließlich ihrer Gemeinden) zeigt das Gewicht des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für die Haushalte der Länder. Demnach mussten Bayern 6,9 %, Baden-Württemberg 4,0 %, Hessen 3,4 % und Hamburg 0,4 % ihrer Einnahmen an den bundesstaatlichen Finanzausgleich abführen. Auf Seiten der Nehmerländer hatte der Finanzausgleich vor allem für Berlin (20,2 %) und Bremen (15,9 %) und Mecklenburg-Vorpommern (11,0 %) ein hohes Gewicht. Für die Nehmerländer Nordrhein-Westfalen und Schleswig Holstein hatte der Finanzausgleich mit 1,2 % bzw. 2,1 % des BIP eine geringfügigere Bedeutung. Auch für Niedersachsen ist mit 2,5 % des BIP diese Quote vergleichsweise klein.

■ Anteil des Länderfinanzausgleichs (LFA + BEZ) in den Geberländern und Nehmerländern an den bereinigten Gesamteinnahmen 2018 – Prozent –



Informationen:

Einnahmen, Ausgaben und Schulden der öffentlichen Haushalte:

- Einnahmen und Ausgaben: Statistisches Bundesamt: Finanzen und Steuern. [Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts 1.- 4. Vierteljahr 2018](#) (Fachserie 14 Reihe 2)
- Schulden: Statistisches Bundesamt: Finanzen und Steuern. [Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts 2018](#) (Fachserie 14 Reihe 5)
- LSN: [Statistische Berichte Niedersachsen](#): L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern
- LSN: [Statistische Monatshefte Niedersachsen](#): 06/2019 Staats- und Kommunalfinanzen
- **Länderfinanzausgleich**: Bundesministerium der Finanzen: [Länderfinanzausgleich. Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen](#) (Zusammenfassung der Abrechnungsergebnisse für die Jahre ab 2005)
- LSN: [Statistische Monatshefte Niedersachsen](#): 05/2019 Länderfinanzausgleich

Autor: Sascha Ebigt

Tabellen Finanzen

35. Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuer- einnahme- quote ²⁾ 2018
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	60 635	71 673	76 153	5 721	6 522	6 891	+25,6	+6,3	75,1
Bayern	73 635	89 742	97 215	5 868	6 916	7 456	+32,0	+8,3	73,2
Berlin	24 530	29 810	31 590	7 227	8 299	8 715	+28,8	+6,0	54,0
Brandenburg	14 899	16 778	17 503	6 087	6 717	6 983	+17,5	+4,3	59,7
Bremen	4 780	6 311	6 532	7 302	9 294	9 597	+36,7	+3,5	51,3
Hamburg	13 791	19 034	20 976	7 913	10 453	11 436	+52,1	+10,2	60,2
Hessen	36 127	45 699	47 198	5 996	7 337	7 551	+30,6	+3,3	70,0
Mecklenburg-Vorpommern	9 483	10 528	10 694	5 938	6 536	6 644	+12,8	+1,6	59,4
Niedersachsen	40 163	47 398	51 492	5 156	5 953	6 454	+28,2	+8,6	68,5
Nordrhein-Westfalen	99 104	122 405	127 082	5 648	6 841	7 094	+28,2	+3,8	66,6
Rheinland-Pfalz	20 645	25 300	25 405	5 176	6 216	6 230	+23,1	+0,4	69,5
Saarland	4 935	6 015	6 265	4 975	6 042	6 315	+27,0	+4,2	68,7
Sachsen	23 377	26 044	27 354	5 784	6 387	6 712	+17,0	+5,0	59,5
Sachsen-Anhalt	12 930	15 114	15 679	5 749	6 778	7 082	+21,3	+3,7	56,4
Schleswig-Holstein	14 706	18 611	19 697	5 237	6 447	6 809	+33,9	+5,8	65,4
Thüringen	11 923	13 516	13 806	5 511	6 276	6 435	+15,8	+2,1	62,5
Deutschland ³⁾	457 835	551 290	581 991	5 681	6 669	7 022	+27,1	+5,6	68,7
Westdeutschland	368 520	452 189	478 014	5 696	6 799	7 165	+29,7	+5,7	69,5
Ostdeutschland	97 142	111 790	116 626	6 112	6 917	7 210	+20,1	+4,3	58,0

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamteinnahmen, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

2) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und bereinigten Gesamteinnahmen.

3) 2013 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

36. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Steuereinnahmen		Quotient Steuereinnahmen/BIP 2018
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	42 792	53 584	57 186	4 038	4 876	5 175	+33,6	+6,7	11,2
Bayern	52 730	65 828	71 191	4 202	5 073	5 460	+35,0	+8,1	11,4
Berlin	11 951	15 425	17 054	3 521	4 294	4 705	+42,7	+10,6	11,6
Brandenburg	7 874	9 790	10 446	3 217	3 919	4 167	+32,7	+6,7	14,2
Bremen	2 412	3 136	3 353	3 685	4 618	4 927	+39,0	+6,9	9,8
Hamburg	9 086	11 624	12 635	5 214	6 383	6 888	+39,1	+8,7	10,5
Hessen	24 932	32 375	33 026	4 138	5 198	5 284	+32,5	+2,0	11,3
Mecklenburg-Vorpommern	4 856	6 073	6 349	3 041	3 770	3 945	+30,7	+4,6	14,1
Niedersachsen	27 462	33 077	35 264	3 526	4 154	4 420	+28,4	+6,6	11,9
Nordrhein-Westfalen	64 106	80 122	84 625	3 654	4 478	4 724	+32,0	+5,6	12,0
Rheinland-Pfalz	13 891	17 326	17 658	3 483	4 257	4 330	+27,1	+1,9	11,8
Saarland	3 269	4 018	4 302	3 296	4 036	4 335	+31,6	+7,1	12,0
Sachsen	12 736	15 618	16 268	3 151	3 830	3 992	+27,7	+4,2	12,9
Sachsen-Anhalt	7 004	8 370	8 850	3 114	3 754	3 997	+26,4	+5,7	13,9
Schleswig-Holstein	9 900	12 407	12 886	3 525	4 298	4 454	+30,2	+3,9	13,3
Thüringen	6 732	8 149	8 630	3 111	3 784	4 023	+28,2	+5,9	13,5
Deutschland ¹⁾	301 733	376 921	399 722	3 744	4 560	4 822	+32,5	+6,0	11,8
Westdeutschland	250 580	313 496	332 125	3 873	4 714	4 979	+32,5	+5,9	11,6
Ostdeutschland	51 152	63 425	67 597	3 219	3 924	4 179	+32,1	+6,6	13,0

1) 2013 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

37. Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Quotient Ausgaben/BIP 2018
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	61 151	70 343	71 778	5 770	6 401	6 495	+17,4	+2,0	14,0
Bayern	70 102	84 131	90 670	5 586	6 483	6 954	+29,3	+7,8	14,5
Berlin	23 749	27 380	29 291	6 997	7 622	8 080	+23,3	+7,0	19,9
Brandenburg	13 935	15 785	16 425	5 694	6 319	6 553	+17,9	+4,1	22,3
Bremen	5 312	6 204	6 339	8 115	9 135	9 315	+19,3	+2,2	18,5
Hamburg	15 137	19 337	21 579	8 686	10 619	11 765	+42,6	+11,6	17,9
Hessen	37 950	44 114	45 594	6 299	7 082	7 294	+20,1	+3,4	15,6
Mecklenburg-Vorpommern	9 055	9 430	9 870	5 671	5 854	6 132	+9,0	+4,7	22,0
Niedersachsen	39 774	45 233	47 686	5 106	5 681	5 976	+19,9	+5,4	16,1
Nordrhein-Westfalen	101 433	119 692	121 959	5 781	6 689	6 808	+20,2	+1,9	17,3
Rheinland-Pfalz	21 527	23 785	23 951	5 397	5 844	5 873	+11,3	+0,7	16,1
Saarland	5 713	5 969	5 970	5 760	5 996	6 016	+4,5	+0,0	16,6
Sachsen	22 220	24 968	24 616	5 498	6 123	6 040	+10,8	-1,4	19,5
Sachsen-Anhalt	12 557	14 399	14 873	5 584	6 458	6 718	+18,4	+3,3	23,4
Schleswig-Holstein	14 717	18 196	21 335	5 241	6 303	7 375	+45,0	+17,3	22,0
Thüringen	11 420	12 209	12 701	5 278	5 669	5 920	+11,2	+4,0	19,9
Deutschland ²⁾	457 424	528 484	551 988	5 676	6 393	6 660	+20,7	+4,4	16,3
Westdeutschland	372 816	437 003	456 862	5 763	6 571	6 848	+22,5	+4,5	15,9
Ostdeutschland	92 936	104 170	107 776	5 848	6 446	6 663	+16,0	+3,5	20,8

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamtausgaben, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

2) 2013 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

38. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Personalausgaben		Personal- ausgaben- quote ¹⁾ 2018
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	24 504	28 883	30 189	2 312	2 628	2 732	+23,2	+4,5	42,1
Bayern	27 475	32 577	33 963	2 189	2 510	2 605	+23,6	+4,3	37,5
Berlin	8 474	10 067	10 700	2 497	2 803	2 952	+26,3	+6,3	36,5
Brandenburg	4 933	5 816	6 139	2 015	2 328	2 449	+24,5	+5,6	37,4
Bremen	1 973	2 138	2 213	3 014	3 148	3 252	+12,2	+3,5	34,9
Hamburg	5 099	6 263	6 436	2 926	3 439	3 509	+26,2	+2,8	29,8
Hessen	14 721	16 695	17 587	2 443	2 680	2 814	+19,5	+5,3	38,6
Mecklenburg-Vorpommern	3 173	3 634	3 749	1 987	2 256	2 329	+18,2	+3,2	38,0
Niedersachsen	17 123	20 062	20 891	2 198	2 520	2 618	+22,0	+4,1	43,8
Nordrhein-Westfalen	39 089	45 367	47 499	2 228	2 535	2 651	+21,5	+4,7	38,9
Rheinland-Pfalz	8 948	10 356	10 724	2 243	2 544	2 630	+19,8	+3,6	44,8
Saarland	2 373	2 716	2 809	2 393	2 728	2 831	+18,4	+3,4	47,1
Sachsen	8 220	9 295	9 855	2 034	2 280	2 418	+19,9	+6,0	40,0
Sachsen-Anhalt	4 547	5 173	5 342	2 022	2 320	2 413	+17,5	+3,3	35,9
Schleswig-Holstein	5 658	6 817	7 168	2 015	2 361	2 478	+26,7	+5,2	33,6
Thüringen	4 354	4 828	4 971	2 012	2 242	2 317	+14,2	+3,0	39,1
Deutschland ²⁾	180 967	210 686	220 233	2 246	2 549	2 657	+21,7	+4,5	39,9
Westdeutschland	146 963	171 873	179 477	2 272	2 584	2 690	+22,1	+4,4	39,3
Ostdeutschland	33 700	38 814	40 756	2 120	2 402	2 520	+20,9	+5,0	37,8

1) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

2) 2013 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

39. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Zins-Steuer- Quote ¹⁾ 2018
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	3 179	1 817	1 761	300	165	159	-44,6	-3,1	3,1
Bayern	1 470	1 055	899	117	81	69	-38,9	-14,8	1,3
Berlin	1 917	1 318	1 235	565	367	341	-35,6	-6,3	7,2
Brandenburg	589	358	334	241	143	133	-43,3	-6,8	3,2
Bremen	644	644	632	983	949	928	-1,8	-1,9	18,8
Hamburg	873	849	744	501	466	406	-14,8	-12,3	5,9
Hessen	1 801	1 451	1 396	299	233	223	-22,5	-3,8	4,2
Mecklenburg-Vorpommern	418	253	249	262	157	154	-40,6	-1,8	3,9
Niedersachsen	2 042	1 566	1 416	262	197	178	-30,6	-9,6	4,0
Nordrhein-Westfalen	6 079	4 306	4 043	346	241	226	-33,5	-6,1	4,8
Rheinland-Pfalz	1 363	1 032	852	342	254	209	-37,5	-17,5	4,8
Saarland	573	458	434	577	460	438	-24,1	-5,1	10,1
Sachsen	424	245	214	105	60	53	-49,5	-12,6	1,3
Sachsen-Anhalt	726	502	406	323	225	183	-44,0	-19,1	4,6
Schleswig-Holstein	998	656	613	355	227	212	-38,6	-6,6	4,8
Thüringen	668	448	400	309	208	186	-40,1	-10,6	4,6
Deutschland ²⁾	23 879	16 958	15 626	296	205	189	-34,6	-7,9	3,9
Westdeutschland	19 021	13 835	12 789	294	208	192	-32,8	-7,6	3,9
Ostdeutschland	4 742	3 124	2 838	298	193	175	-40,2	-9,2	4,2

1) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

2) 2013 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

40. Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Finanzierungssaldo ¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung des Finanzierungssaldos		Quotient Finanzierungs- saldo/BIP 2018
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	-497	+1 369	+4 403	-47	+125	+398	+4 900,2	+3034,2	+0,9
Bayern	+3 531	+5 612	+6 545	+281	+432	+502	+3 014,2	+933,3	+1,0
Berlin	+782	+2 433	+2 304	+230	+677	+636	+1 522,1	-128,4	+1,6
Brandenburg	+964	+996	+1 078	+394	+399	+430	+113,9	+81,8	+1,5
Bremen	-532	+104	+183	-812	+153	+269	+715,0	+79,3	+0,5
Hamburg	-1 331	-302	-604	-764	-166	-329	+727,4	-302,1	-0,5
Hessen	-1 826	+1 549	+1 589	-303	+249	+254	+3 414,9	+39,7	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	+427	+1 098	+824	+268	+682	+512	+396,3	-274,7	+1,8
Niedersachsen	+388	+2 145	+3 791	+50	+269	+475	+3 402,4	+1 646,3	+1,3
Nordrhein-Westfalen	-2 329	+2 713	+5 122	-133	+152	+286	+7 451,1	+2 408,4	+0,7
Rheinland-Pfalz	-882	+1 516	+1 453	-221	+372	+356	+2 335,7	-62,3	+1,0
Saarland	-779	+46	+296	-785	+46	+299	+1 074,8	+250,1	+0,8
Sachsen	+1 160	+1 099	+2 761	+287	+270	+677	+1 600,7	+1 661,5	+2,2
Sachsen-Anhalt	+373	+714	+803	+166	+320	+363	+429,6	+88,6	+1,3
Schleswig-Holstein	-11	+416	-1 638	-4	+144	-566	-1 626,5	-2 053,6	-1,7
Thüringen	+504	+1 307	+1 105	+233	+607	+515	+601,8	-201,7	+1,7
Deutschland ²⁾	+444	+22 816	+30 017	+6	+276	+362	+29 573,3	+7 201,4	+0,9
Westdeutschland	-4 268	+15 168	+21 142	-66	+228	+317	+25 409,2	+5 973,3	+0,7
Ostdeutschland	+4 210	+7 647	+8 874	+265	+473	+549	+4 664,4	+1 227,1	+1,7

1) Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des "Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen".

2) 2013 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

41. Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte –

Land	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Schulden		Quotient Schulden/BIP 2018
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	70 597	54 691	52 647	6 661	4 977	4 764	-25,4	-3,7	10,3
Bayern	40 152	30 347	27 546	3 200	2 339	2 113	-31,4	-9,2	4,4
Berlin	60 413	56 554	54 403	17 799	15 744	15 008	-9,9	-3,8	37,0
Brandenburg	20 868	18 808	18 003	8 526	7 529	7 182	-13,7	-4,3	24,4
Bremen	20 040	21 043	21 730	30 615	30 987	31 928	+8,4	+3,3	63,4
Hamburg	25 083	32 568	34 362	14 393	17 885	18 734	+37,0	+5,5	28,6
Hessen	58 342	58 356	53 346	9 683	9 368	8 535	-8,6	-8,6	18,3
Mecklenburg-Vorpommern	11 815	9 804	9 320	7 399	6 087	5 790	-21,1	-4,9	20,7
Niedersachsen	68 879	72 220	72 199	8 843	9 070	9 049	+4,8	-0,0	24,4
Nordrhein-Westfalen	239 833	227 710	219 460	13 669	12 725	12 251	-8,5	-3,6	31,1
Rheinland-Pfalz	44 765	44 365	43 799	11 223	10 900	10 740	-2,2	-1,3	29,4
Saarland	16 721	17 726	17 436	16 860	17 806	17 572	+4,3	-1,6	48,5
Sachsen	8 431	4 679	4 242	2 086	1 148	1 041	-49,7	-9,3	3,4
Sachsen-Anhalt	23 328	23 555	22 594	10 373	10 564	10 206	-3,1	-4,1	35,6
Schleswig-Holstein	31 680	33 534	35 158	11 281	11 616	12 153	+11,0	+4,8	36,2
Thüringen	19 082	18 476	17 048	8 819	8 579	7 946	-10,7	-7,7	26,7
Deutschland ²⁾	760 030	724 433	703 293	9 431	8 763	8 485	-7,5	-2,9	20,8
Westdeutschland	616 093	592 558	592 373	9 523	8 910	8 880	-3,9	-0,0	20,7
Ostdeutschland	143 938	131 875	131 852	9 057	8 160	8 151	-8,4	-0,0	25,4

1) Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite, Wertpapiersschulden und Kredite.

2) 2013 einschließlich der gemeinsamen Extrahaushalte der Länder.

42. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ der Länder insgesamt			LFA und BEZ der Länder je Einwohner/-in			Veränderung insgesamt		Quotient (LFA + BEZ)/ Einnahmen ²⁾ 2018
	2013	2017 ¹⁾	2018 ¹⁾	2013	2017 ¹⁾	2018 ¹⁾	2018/2013	2018/2017	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	-2 415	-2 779	-3 079	-228	-253	-279	-664	-300	-4,0
Bayern	-4 307	-5 887	-6 672	-343	-454	-512	-2 365	-785	-6,9
Berlin	5 669	6 297	6 382	1 670	1 753	1 761	+713	+85	20,2
Brandenburg	1 867	1 534	1 353	763	614	540	-514	-181	7,7
Bremen	837	978	1 041	1 279	1 440	1 530	+204	+63	15,9
Hamburg	131	-40	-83	75	-22	-45	-214	-43	-0,4
Hessen	-1 702	-2 480	-1 613	-282	-398	-258	+89	+867	-3,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 485	1 236	1 178	930	767	732	-307	-58	11,0
Niedersachsen	107	1 074	1 279	14	135	160	+1 172	+205	2,5
Nordrhein-Westfalen	1 031	1 913	1 536	59	107	86	+505	-377	1,2
Rheinland-Pfalz	419	650	690	105	160	169	+271	+40	2,7
Saarland	267	352	348	269	354	351	+81	-4	5,6
Sachsen	3 362	2 793	2 594	832	685	637	-768	-199	9,5
Sachsen-Anhalt	2 003	1 483	1 545	891	665	698	-458	+62	9,9
Schleswig-Holstein	312	422	416	111	146	144	+104	-6	2,1
Thüringen	1 882	1 561	1 488	870	725	694	-394	-73	10,8
Deutschland	10 947	9 106	8 403	136	110	101	-2 544	-703	1,4
Westdeutschland	-5 320	-5 797	-6 137	-82	-87	-92	-817	-340	-1,3
Ostdeutschland	16 268	14 904	14 540	1 024	922	899	-1 728	-364	12,5

1) Vorläufige Angaben.

2) Bereinigte Gesamteinnahmen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Schulische Qualifikation

Die Berechnung der Quoten der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss (T43), der Abiturientinnen und Abiturienten, der Studienberechtigten (T45) sowie der Studienanfängerinnen und Studienanfänger (T46 in Kapitel Wissenschaft und Kultur) erfolgt nach dem sogenannten „Quotensummenverfahren“. Bei dem Verfahren, das vor allem im internationalen Vergleich benutzt wird, wird der Anteil der betrachteten Personen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ermittelt. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert.

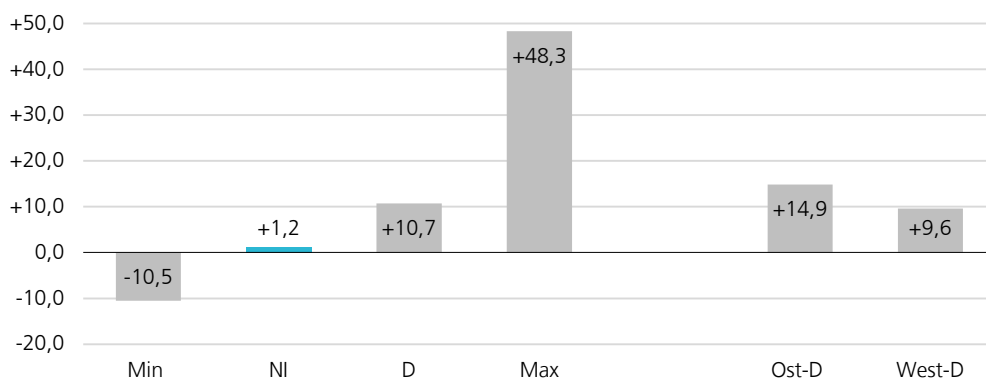
Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss gestiegen

Im Jahr 2017 verließen in Niedersachsen insgesamt 4 830 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 539 bzw. 12,6 % Schülerinnen und Schüler mehr. Steigerungen über 10 % gab es in 5 weiteren Ländern, die stärksten in Baden-Württemberg (+21,5 %) sowie in Bremen (bei eingeschränkter Vergleichbarkeit: +31,6 %). Im bundesweiten Durchschnitt stieg die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss im Vergleich zu 2016 um 7,2 % auf 52 682 Personen.

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

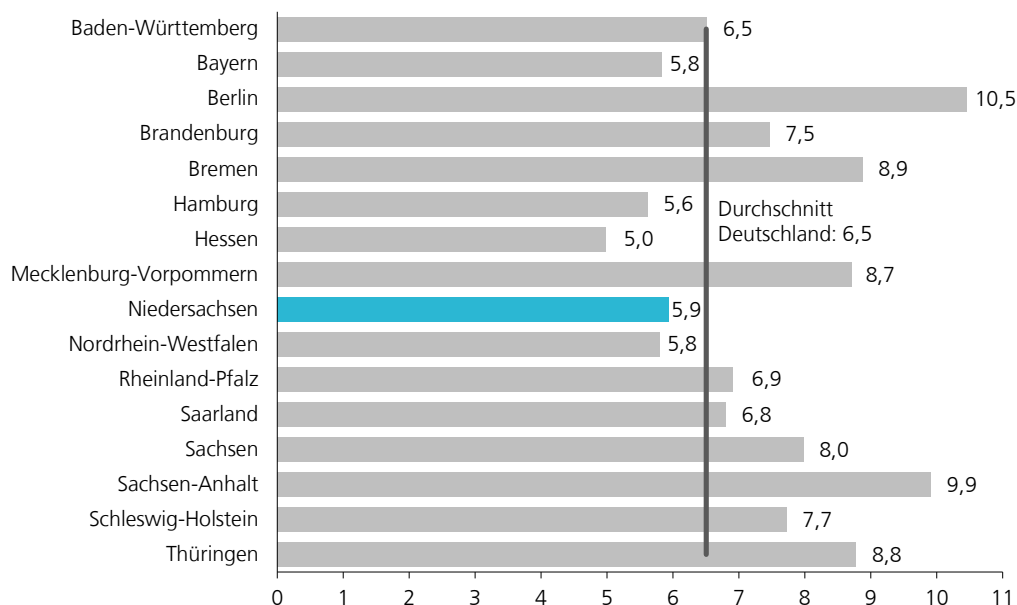
T43

Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss 2017 gegenüber 2012 – Prozent –



Die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss ist mittelfristig 2017 gegenüber 2012 bundesweit um 10,7 % gestiegen, in Niedersachsen hingegen nur um 1,2 %. In der Hälfte aller Länder gab es zweistellige Zunahmen. In drei Ländern sank die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss.

Anteil Schulentlassener ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung 2017 – Prozent –



Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss

T43

Die Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss lag 2017 in Niedersachsen bei 5,9 % und war damit im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte gestiegen. Hessen hatte mit 5,0 % im Jahr 2017 die niedrigste Quote und Berlin die höchste (10,5 %). Bundesweit stieg die Quote leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 6,5 %.

Quote der frühen Schulabgängerinnen/Schulabgänger

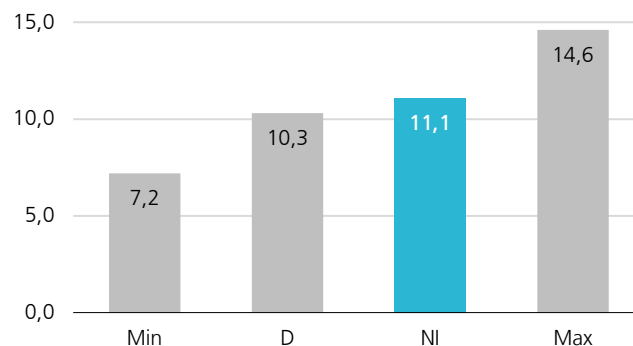
T44

Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger gesunken

Der internationale Indikator der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger fasst Personen im Alter zwischen 18 bis unter 25 Jahren zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind oder sich nicht in einer solchen befinden und auch nicht an einer Weiterbildung teilnehmen. Die Quote wird auf Basis des Mikrozensus in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung berechnet. Die in Tabelle 44 dargestellte Auswertung entstammt der Berechnung des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat).

Im Jahr 2018 waren 11,1 % der 18- bis unter 25-Jährigen in Niedersachsen frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Dies entsprach gegenüber 2017 einem Rückgang von 0,2 Prozentpunkten und gegenüber 2013 einem Anstieg von 0,3 Prozentpunkten. Im Bundesdurchschnitt betrug die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger 10,3 %. Gegenüber 2017 ist die Quote damit um 0,2 Prozentpunkte gestiegen und im Vergleich zu 2013 sogar um 0,5 Prozentpunkte. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist das Ziel formuliert, die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis 2020 auf 10 % zu verringern.

■ Anteil früher Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige) 2018 – Prozent –



Soweit Werte nach Geschlecht vorliegen, war die Quote der männlichen frühen Schulabgänger in fast allen Ländern (ausgenommen in Hamburg) höher als die Quote der frühen Schulabgängerinnen. In Niedersachsen lagen die Quote der Schulabgänger bei 12,3 % und die Quote der Schulabgängerinnen bei 9,8 %. In Berlin war der Abstand der geschlechterspezifischen Quoten mit 6,7 Prozentpunkten am größten, wobei die Quote der Schulabgänger bei 17,1 % lag.

Abiturientenquote

T45

Weniger Abiturientinnen und Abiturienten – niedrigere Abiturientenquote

Im Jahr 2017 erlangten 32 746 niedersächsische Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen die allgemeine Hochschulreife. Das waren 2,2 % weniger Absolventinnen und Absolventen als im Vorjahr. Bundesweit sank die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten um 2,4 %.

Für aussagekräftige Zeit- und Regionalvergleiche wird die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten berechnet. In Niedersachsen lag die Quote im Jahr 2017 bei 37,2 %. Dies entsprach gegenüber dem Jahr 2016 einem Rückgang um 0,6 Prozentpunkte. Die niedersächsische Abiturientenquote lag 2017 unter dem bundesweiten Durchschnitt von 40,2 %. Der Bundesdurchschnitt sank gegenüber 2016 um 1,0 Prozentpunkte. Im Ländervergleich zeigt sich eine große Spannweite der Quoten: Die höchste Quote der Abiturientinnen und Abiturienten (ohne doppelte Abiturientenjahrgänge) gab es 2017 in Hamburg (53,9 %), die niedrigste in Bayern und Sachsen-Anhalt (jeweils 32,1 %).

Anteil der Studienberechtigten über Bundesniveau

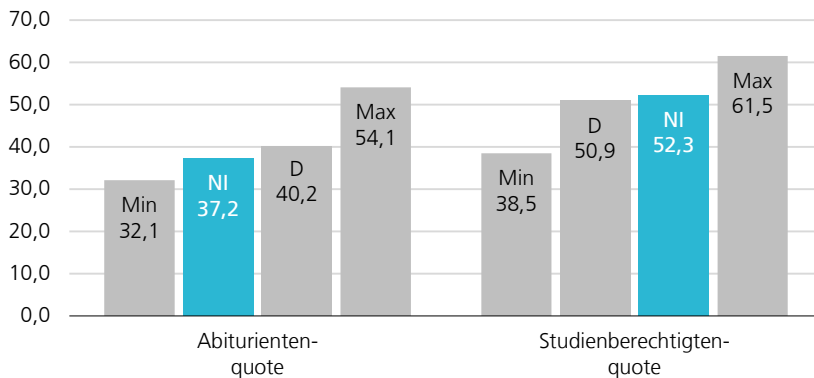
Studienberechtigten- quote

T45

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der zur Aufnahme eines Studiums Berechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung an. Neben dem Abitur berücksichtigt diese Quote also auch andere Abschlüsse, insbesondere die Fachhochschulreife.

Die Studienberechtigtenquote lag 2017 in Niedersachsen bei 52,3 % und damit über dem Bundesdurchschnitt von 50,9 %. Höhere Studienberechtigtenquoten als in Niedersachsen erreichten 6 Länder, darunter die höchsten in Berlin (61,5 %), Hamburg (60,8 %) und dem Saarland (56,8 %). Die niedrigsten Studienberechtigtenquoten gab es 2017 in Sachsen-Anhalt (38,5 %), Mecklenburg-Vorpommern (43,9 %) und Bayern (45,4 %).

■ Abiturienten- und Studienberechtigtenquote 2017 – Prozent –



Informationen:

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss sowie Abiturienten- und Studienberechtigtenquoten:

- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): [Dokumentation Nr. 217 – Juni 2019: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2008 bis 2017](#), Teil C – Absolventen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Tabellen C.I.1.1 und C.I.1.1.3 sowie C.III.1.3.2, C.III.1.3.2a und C.III.1.3a

Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung – frühe Schulabgänger](#)
- Eurostat: Datenbank [Tabelle edat_lfse_16](#)

Autorin: Katja Zielinsky

Tabellen Schulische Qualifikation

43. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss an allgemein bildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss			Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	5 951	6 125	7 439	5,1	5,3	6,5	+25,0	+21,5
Bayern	6 459	7 033	7 496	4,9	5,3	5,8	+16,1	+6,6
Berlin	2 339	2 490	2 983	9,3	9,0	10,5	+27,5	+19,8
Brandenburg	1 439	1 523	1 564	8,5	7,4	7,5	+8,7	+2,7
Bremen ²⁾	412	437	575	6,8	6,8	8,9	+39,6	+31,6
Hamburg	993	992	896	6,7	6,3	5,6	-9,8	-9,7
Hessen	3 351	3 180	3 095	5,4	5,1	5,0	-7,6	-2,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 266	1 175	1 133	12,0	9,2	8,7	-10,5	-3,6
Niedersachsen	4 773	4 291	4 830	5,5	5,2	5,9	+1,2	+12,6
Nordrhein-Westfalen	10 627	10 805	11 149	5,6	5,7	5,8	+4,9	+3,2
Rheinland-Pfalz	2 353	2 525	2 785	5,5	6,1	6,9	+18,4	+10,3
Saarland	527	662	610	5,2	7,1	6,8	+15,7	-7,9
Sachsen	2 288	2 533	2 566	9,0	8,0	8,0	+12,2	+1,3
Sachsen-Anhalt	1 668	1 663	1 749	11,5	9,6	9,9	+4,9	+5,2
Schleswig-Holstein	2 114	2 436	2 293	6,9	8,1	7,7	+8,5	-5,9
Thüringen	1 024	1 286	1 519	6,8	7,6	8,8	+48,3	+18,1
Deutschland	47 584	49 156	52 682	6,0	6,1	6,5	+10,7	+7,2
Westdeutschland	37 560	38 486	41 168	.	.	.	+9,6	+7,0
Ostdeutschland	10 024	10 670	11 514	.	.	.	+14,9	+7,9

1) Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

2) In Bremen absolvieren im Rahmen der Inklusion Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung "geistige Entwicklung" ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich. Die Daten für Bremen sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 217: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2008-2017

44. Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige)¹⁾

Land	Frühe Schulabgänger/-innen insgesamt			Männlich	Weiblich	Veränderung insgesamt	
	2013	2017	2018	2018		2018/2013 ²⁾	2018/2017
	%					Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	7,5	8,7	9,7	10,8	8,5	+2,2	+1,0
Bayern	7,1	7,1	7,2	8,0	6,3	+0,1	+0,1
Berlin	12,2	13,2	13,6	17,1	10,4	+1,4	+0,4
Brandenburg	10,6	12,4	11,6	12,5	10,4	+1,0	-0,8
Bremen	14,9	11,1	14,6	17,7	/	-0,3	+3,5
Hamburg	11,6	11,2	11,0	10,5	11,5	-0,6	-0,2
Hessen	10,1	10,1	10,8	12,6	8,8	+0,7	+0,7
Mecklenburg-Vorpommern	9,7	9,7	11,1	12,7	/	+1,4	+1,4
Niedersachsen	10,8	11,3	11,1	12,3	9,8	+0,3	-0,2
Nordrhein-Westfalen	11,6	11,6	12,0	12,8	11,2	+0,4	+0,4
Rheinland-Pfalz	13,0	11,8	11,5	13,2	9,6	-1,5	-0,3
Saarland	13,6	11,7	12,0	/	/	-1,6	+0,3
Sachsen	6,6	8,6	7,5	7,9	7,0	+0,9	-1,1
Sachsen-Anhalt	9,9	13,6	9,3	10,4	/	-0,6	-4,3
Schleswig-Holstein	10,1	8,8	10,0	11,1	8,8	-0,1	+1,2
Thüringen	7,8	8,7	8,4	9,9	/	+0,6	-0,3
Deutschland	9,8	10,1	10,3	11,5	9,1	+0,5	+0,2
Westdeutschland
Ostdeutschland

1) Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger sind Personen, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung wie Abitur oder Fachhochschulreife noch über eine Berufsausbildung verfügen, sich nicht im Grund- und Zivildienst befinden und auch nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.

2) Zeitreihenbruch 2014; Daten 2018 sind daher nur eingeschränkt vergleichbar mit Daten 2013.

Quelle: Eurostat

45. Schulclassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studien- berechtigten- quote ²⁾	Veränderung der Abiturientenquoten	
	Absolventen/-innen			Abiturientenquote ¹⁾					
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
	Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg ³⁾	75 936	53 277	52 095	62,8	42,7	42,2	56,0	-20,6	-0,5
Bayern	41 930	43 736	44 568	30,6	31,1	32,1	45,4	+1,5	+1,0
Berlin ³⁾	18 206	15 209	16 418	66,5	51,7	54,1	61,5	-12,4	+2,4
Brandenburg ³⁾	10 014	8 749	9 864	63,8	44,6	48,4	56,2	-15,4	+3,8
Bremen ³⁾	4 375	3 220	2 967	65,9	45,3	39,9	46,1	-26,0	-5,4
Hamburg	8 328	9 890	9 385	52,5	57,4	53,9	60,8	+1,4	-3,5
Hessen	25 274	24 901	24 759	39,6	37,3	37,3	50,5	-2,3	-0,0
Mecklenburg-Vorpommern	3 825	4 962	5 095	37,8	39,9	40,1	43,9	+2,3	+0,2
Niedersachsen	32 987	33 489	32 746	37,5	37,8	37,2	52,3	-0,3	-0,6
Nordrhein-Westfalen	86 080	89 781	86 631	43,0	44,9	43,2	50,3	+0,2	-1,7
Rheinland-Pfalz	16 679	18 769	18 165	36,3	40,9	40,0	48,1	+3,7	-0,9
Saarland	3 509	3 770	3 522	33,3	37,1	36,3	56,8	+3,0	-0,8
Sachsen	8 553	11 691	12 614	34,8	38,6	39,9	46,8	+5,1	+1,3
Sachsen-Anhalt	4 405	5 619	5 628	31,5	33,1	32,1	38,5	+0,6	-1,0
Schleswig-Holstein ³⁾	11 326	20 103	14 228	36,6	62,7	44,6	54,9	+8,0	-18,1
Thüringen	5 184	6 722	6 619	38,4	39,9	38,8	47,7	+0,4	-1,1
Deutschland	356 611	353 888	345 304	43,1	41,2	40,2	50,9	-2,9	-1,0
Westdeutschland	306 424	300 936	289 066
Ostdeutschland	50 187	52 952	56 238

1) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

2) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ("Quotensummenverfahren").

3) In Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen 2012 sowie in Schleswig-Holstein 2016 doppelter Abiturjahrgang.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 217: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2008-2017

Wissenschaft und Kultur

Studienanfängerinnen/ Studienanfänger

T46

Zahl der Erstsemester auf konstantem Niveau

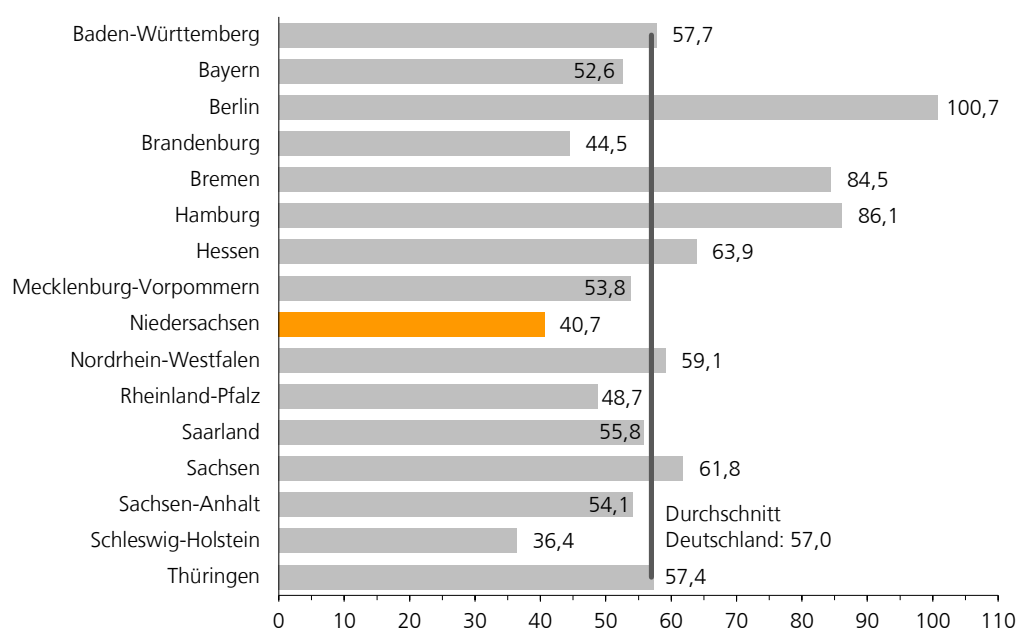
Sowohl die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger als auch die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger veränderten sich im Studienjahr 2017 (Sommer- und folgendes Wintersemester) kaum im Vergleich zum Vorjahr in Niedersachsen. Insgesamt nahmen in diesem Zeitraum 37 277 Hochschulzugangsberechtigte erstmals ein Studium in Niedersachsen auf. Das waren 7,3 % der bundesweit 512 419 Studienanfängerinnen und Studienanfänger.

Studienanfängerquote

T46

Die Studienanfängerquote, d. h. die Zahl der Erstsemester in Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung betrug 40,7 %. Bundesweit lag sie mit 57,0 % deutlich höher, wobei die Strukturen im Ländervergleich ebenfalls unverändert waren: In den Stadtstaaten mit ihren zentralörtlichen Funktionen und der hohen Attraktivität als Studienort waren die Quoten im Durchschnitt höher als in den Flächenländern.

■ Studienanfängerquote 2017 – Prozent –



Im 5-Jahresvergleich ergab sich ein uneinheitliches Bild: In Niedersachsen stieg die Quote mit 1,9 Prozentpunkten zwischen 2012 und 2017 ähnlich wie im Bundesgebiet (+2,4 Prozentpunkte). In 6 Ländern ist die Studienanfängerquote dagegen zurückgegangen, wobei die Werte aufgrund doppelter Abiturjahrgänge nur eingeschränkt vergleichbar sind.

Studierende

T47

Studierendenzahl weiter steigend

Im Wintersemester 2017/2018 waren 209 001 Studierende an niedersächsischen Hochschulen eingeschrieben. Bundesweit waren es mehr als 2,84 Millionen. Damit stieg die Zahl der Studierenden in Niedersachsen mittelfristig gegenüber dem Wintersemester 2012/2013 deutlich um beinahe ein Viertel (+23,2 %) bzw. 39 375 Studierende. Dies war prozentual der höchste Anstieg in Deutschland (+13,8 %). Im Ländervergleich ist auffällig, dass die Zahl der Studierenden in den 5 ostdeutschen Flächenländern zurückgegangen ist. In allen westdeutschen Ländern sowie Berlin gab es hingegen Zunahmen.

Bildungsausländerinnen/ Bildungsausländer

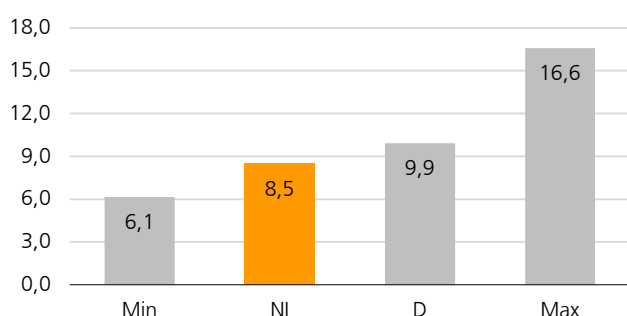
T47

Mehr Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer

Zu den Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern werden Studierende gezählt, die ihre (Fach-) Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem ausländischen Studienkolleg erworben haben. Der Anteil an allen Studierenden kann als Gradmesser der Internationalisierung und Attraktivität von Hochschulstandorten herangezogen werden.

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an allen Studierenden nahm in Niedersachsen und in Deutschland insgesamt kontinuierlich zu. Lag dieser in Niedersachsen 2012 noch bei 7,0 %, so waren es 2017 bereits 8,5 %. Im gesamten Bundesgebiet gehörte 2017 jeder Zehnte zu dieser Gruppe (9,9 %). Im Ländervergleich wies Berlin mit 16,6 % den höchsten Anteil an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern auf, gefolgt von 4 ostdeutschen Ländern und Bremen. Die niedrigsten Anteile verzeichneten die beiden Küstenländer Schleswig-Holstein (6,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (8,0 %). Wie bei Bildungsinländerinnen und Bildungsinländern werden auch bei Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern verschiedene Aspekte bei der Wahl des Studienortes eine Rolle spielen. Neben der geografischen Lage und gegebenenfalls der Urbanität eines Hochschulstandortes dürften zu den Entscheidungsfaktoren auch das fachliche Studienangebot und dessen Qualität, die Höhe der Semesterbeiträge oder die Ergebnisse von internationalen Hochschulrankings gehören.

■ Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Studierenden 2017 – Prozent –



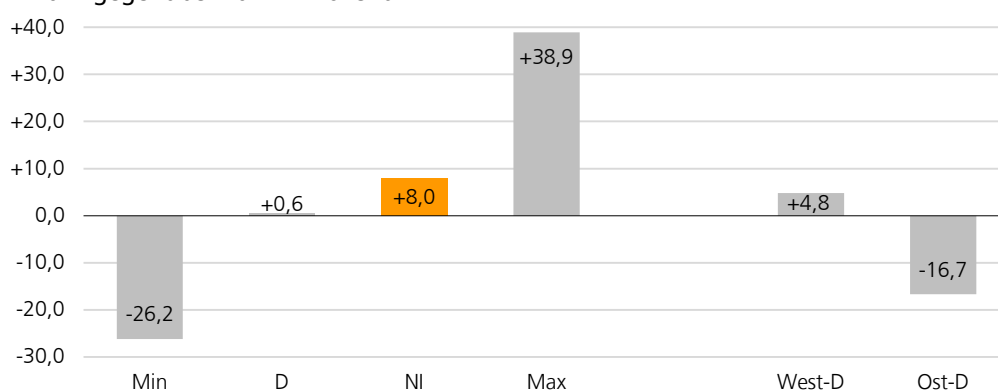
Zunahme der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums

Im Wintersemester 2017/2018 beendeten 23 334 Studentinnen und Studenten ihr Erststudium (ohne Masterabschlüsse) an niedersächsischen Hochschulen. Das waren 1,0 % mehr als im Vorjahr bzw. 8,0 % mehr als im Wintersemester 2012/2013. Höher waren die Zunahmen im 5-Jahresvergleich nur im Saarland (38,9 %) und in Nordrhein-Westfalen (10,7 %). In 10 Ländern (darunter alle ostdeutschen Länder) war hingegen eine rückgängige Entwicklung zu beobachten. In Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen nahm die Zahl der Absolventinnen und Absolventen sogar jeweils um mehr als ein Viertel ab.

Absolventinnen/Absolventen

T48

■ Veränderung der Zahl der Absolventinnen und Absolventen (Erststudium) 2017 gegenüber 2012 – Prozent –



Weniger Promotionen, mehr Professuren, mehr Studierende je Professur

Der akademische Grad des „Doktors“ wurde 2017 in Niedersachsen 2 250 Mal vergeben und damit genau hundertmal weniger (-4,3 %) als im Vorjahr. Bundesweit ging die Zahl der Promotionen ebenfalls zurück (-3,1 %).

Promotionen

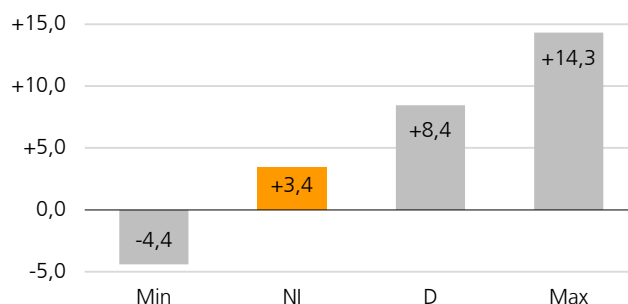
T49

Professuren

T50

Die Zahl der besetzten Professuren erhöhte sich 2017 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % (Deutschland: +1,6 %) und gegenüber 2012 um 3,4 % (Deutschland: +8,4 %).

Veränderung der Zahl der Professuren 2017 gegenüber 2012 – Prozent –



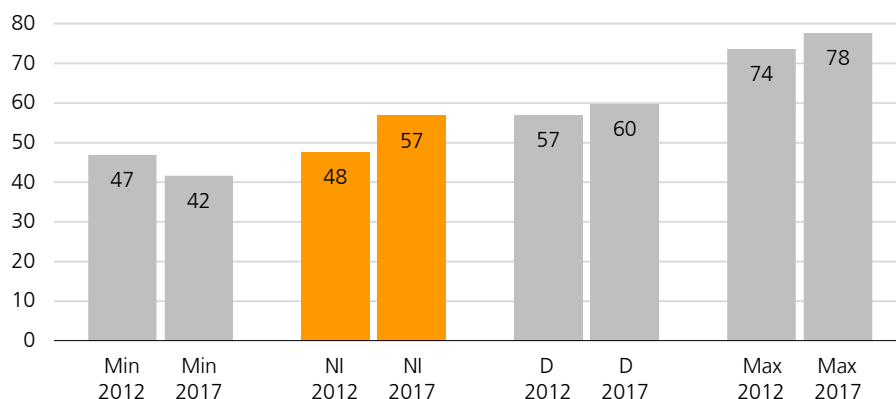
Das Betreuungsverhältnis gilt als ein Gradmesser der Qualität der akademischen Ausbildung. Allerdings wird es auch von den Strukturen der Studiengänge an den jeweiligen Hochschulen beeinflusst. So sind die Betreuungsrelationen in medizinischen Studiengängen meist geringer, in den Sprach- und Kulturwissenschaften dagegen höher.

Studierende je Professur

T47/T50

In Bezug zur Studierendenzahl betreute 2017 jede bzw. jeder der 3 679 Professorinnen und Professoren in Niedersachsen rein rechnerisch 57 Studentinnen und Studenten. Bundesdurchschnittlich lag der Wert bei 60. Im Ländervergleich verzeichnete – wie in den Vorjahren – Thüringen das niedrigste Betreuungsverhältnis mit einem Verhältnis von 42:1 und Nordrhein-Westfalen das höchste mit 78:1. Im Vergleich von 2017 zu 2012 nahm das Betreuungsverhältnis in Niedersachsen absolut betrachtet am stärksten zu (etwa 9 Studierende je Professur mehr). In Brandenburg und Thüringen sank das Verhältnis hingegen am deutlichsten (etwa 5 Studierende je Professur weniger). Bundesweit stieg das Betreuungsverhältnis etwa um 3 Studierende je Professur.

Anzahl der Studierenden je Professur 2012 und 2017



Professorinnen

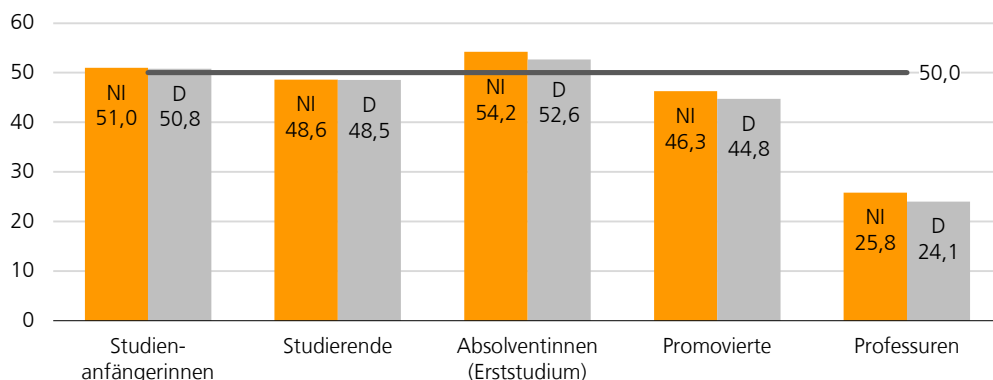
T50

Professorinnen weiterhin unterrepräsentiert

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten ist sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen nahezu ausgeglichen. Im Jahr 2017 waren 51,0 % der Erstsemester an niedersächsischen Hochschulen weiblich, der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden betrug 48,6 %, der Anteil der Frauen an allen Absolventinnen und Absolventen, die erfolgreich ein Erststudium abgeschlossen haben, lag bei 54,2 %. Im Ländervergleich variieren die Anteile je nach der dortigen Hochschullandschaft mit unterschiedlichem Fächerangebot etwas. Auch im Zeitverlauf sind kleinere Schwankungen zu beobachten. Das Geschlechterverhältnis ist jedoch grundsätzlich ausgeglichen.

Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse sind Frauen jedoch unterrepräsentiert. Zwar wurden 46,3 % der Promotionen 2017 in Niedersachsen von Frauen abgelegt. Der Anteil der von Frauen besetzten Professuren betrug jedoch lediglich 25,8 %. Ihr Anteil hat sich damit seit 2000 (12,7 %) zwar verdoppelt, ist allerdings seit 2012 nur um 1,5 Prozentpunkte gestiegen. Im Ländervergleich war der Frauenanteil 2017 in Berlin mit 32,2 % am höchsten und in Bayern mit 19,8 % am geringsten (Deutschland: 24,1 %).

■ Anteile der Frauen an Studienanfängerinnen/Studienanfängern, Studierenden, Absolventinnen/Absolventen, Promovierten und Professuren 2017 – Prozent –



Höchste Ausgaben für Hochschulen je studierender Person

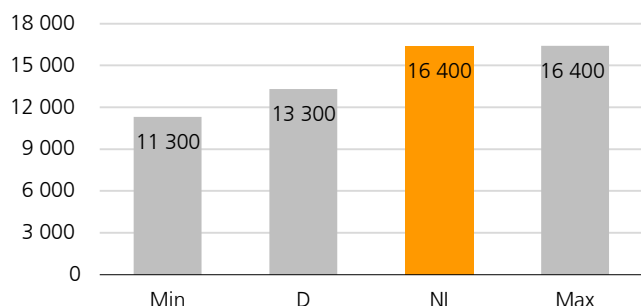
Die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen beliefen sich im Jahr 2015 in Niedersachsen auf etwas mehr als 3,3 Mrd. Euro. Dieser Betrag umfasste Ausgaben für Forschung und Lehre sowie für zusätzliche Dienstleistungen, wie z. B. für Studierendenwerke. Sowohl kurzfristig (2015/2014: +4,1 %) als auch mittelfristig (2015/2010: +25,2 %) stiegen die Ausgaben in Niedersachsen in ähnlichem Maße wie in Deutschland (+3,6 % bzw. +25,7 %).

Die Ausgaben in Relation zur Zahl der Studierenden (einschließlich Promovierende) ergaben ein etwas anderes Bild. Die durchschnittlichen Ausgaben je Studierenden sanken mittelfristig 2015 gegenüber 2010 in Niedersachsen um 1 900 Euro auf nunmehr 16 400 Euro, da die Zahl der Studierenden deutlich stärker anstieg als die Höhe der Ausgaben insgesamt. Die absolute Absenkung der durchschnittlichen Ausgaben je Studierenden war die höchste unter den Ländern neben Baden-Württemberg. Aber Niedersachsen tätigte damit im Ländervergleich 2015 immer noch die höchsten Ausgaben je Studierenden. Bundesweit betrugen die Ausgaben je Studierenden 13 300 Euro.

Ausgaben für Hochschulen

T51

■ Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je Studierenden 2015 – Euro –



Ausgaben für Forschung und Entwicklung unterdurchschnittlich

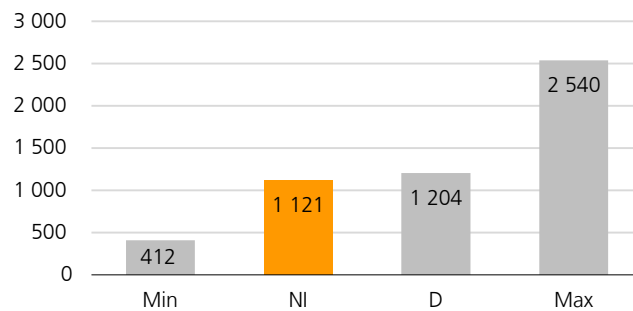
Ausgaben für FuE

T52

Ausgaben für Forschung und Entwicklung leisten einen relevanten Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Höhe der Ausgaben stellt eine Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft dar.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) betrugen im Jahr 2017 in Niedersachsen gut 8,9 Mrd. Euro. Diese FuE-Ausgaben umfassen Ausgaben des Staates, privater Institutionen ohne Erwerbszweck, der Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) sowie der Wirtschaft. Die Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner lagen in Niedersachsen mit 1 121 Euro unter dem Bundesdurchschnitt (1 204 Euro). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Pro-Kopf-Ausgaben in Niedersachsen um 31 Euro gesunken. Neben Niedersachsen gab es nur in Bremen und Hamburg Rückgänge. Wie in den Vorjahren tätigte Baden-Württemberg die größten Ausgaben pro Kopf (2 540 Euro), mit größerem Abstand gefolgt von Bayern (1 441 Euro).

■ **Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) 2017**
– Euro –

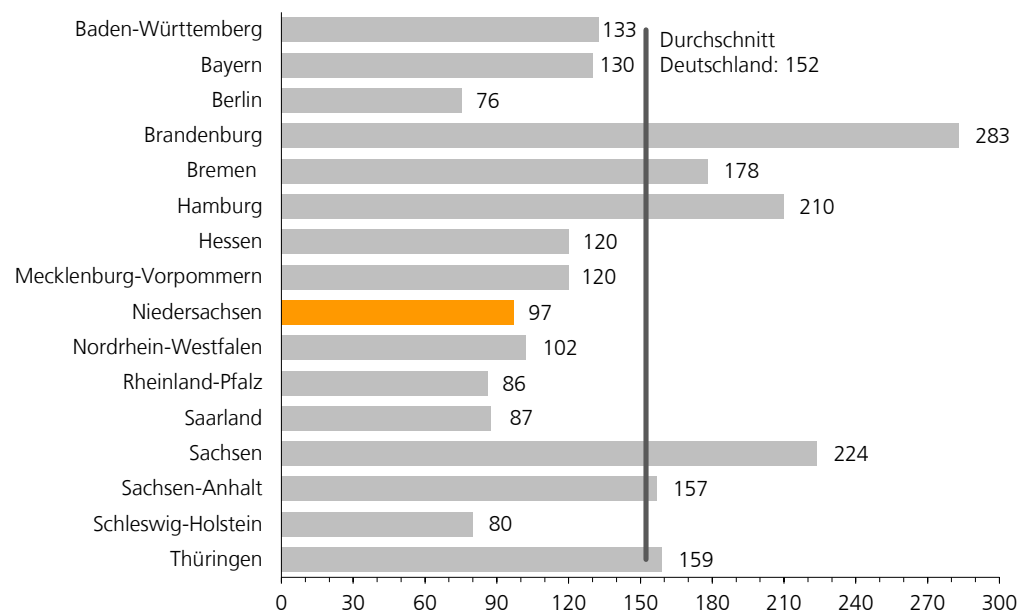


Ausgaben für Kultur
T53

Öffentliche Ausgaben für Kultur deutlich unter Bundesdurchschnitt

Die öffentlichen Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche von Land und Kommunen (Grundmittel) beliefen sich im Jahr 2015 nach vorläufigen Berechnungen in Niedersachsen auf rund 762 Millionen Euro. Dies entsprach rund 97 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Im Bundesdurchschnitt wurden rund 152 Euro pro Kopf verausgabt, wobei in diesem Wert zusätzlich auch die Ausgaben des Bundes mit enthalten sind. Niedriger als in Niedersachsen waren die Pro-Kopf-Ausgaben in vier Ländern. Überdurchschnittlich waren die Pro-Kopf-Ausgaben in 4 ostdeutschen Ländern aber auch in Hamburg und Bremen. Typischerweise beeinflussen kulturelle Angebote mit überregionaler Strahlkraft die Ausgaben. So besuchen viele Niedersachsen auch kulturelle Veranstaltungen in Hamburg oder Bremen.

■ **Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohnerin und Einwohner 2015**
– Euro –

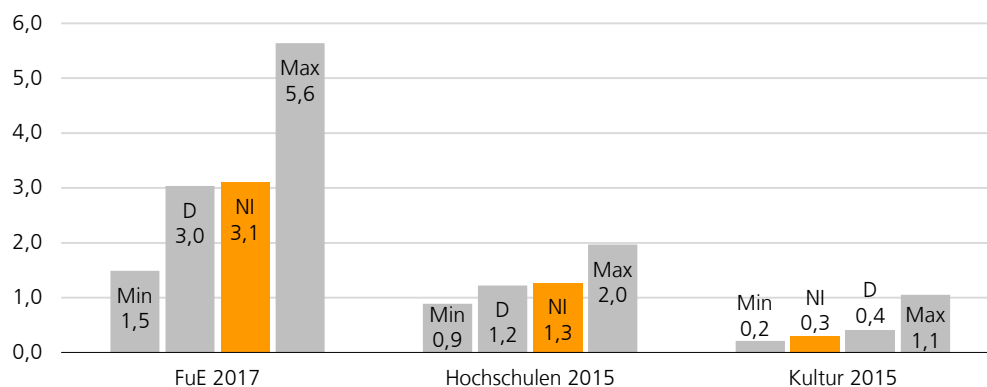


Ausgaben gemessen am BIP: für Forschung und Entwicklung, für Hochschulen und für Kultur durchschnittlich

Quotienten
Ausgaben/BIP: FuE,
Hochschulen, Kultur
T51, T52, T53

In der 2018 aktualisierten deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist das Ziel formuliert, dass die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen am BIP (FuE-Quote) bis 2025 jährlich mindestens 3,5 % betragen soll. (Vormals wurde ein Ziel von mindestens 3,0 % jährlich bis 2030 formuliert.) Für Niedersachsen betrug die FuE-Quote 3,1 % im Jahr 2017 und lag damit etwa im Bundesdurchschnitt (3,0 %), aber noch unter dem Niveau des neu formulierten Ziels. Auch für Hochschulen (1,3 %) sowie für Kultur und kulturelle Bereiche (0,3 %) wurden 2015 in Niedersachsen gemessen am BIP ähnlich hohe Ausgaben getätigt wie im Bundesdurchschnitt (1,2 % bzw. 0,4 %).

■ Ausgaben gemessen am BIP: für Forschung und Entwicklung (FuE) 2017, für Hochschulen 2015 und für Kultur 2015 – Prozent –



Informationen:

Studierende, Absolventinnen/Absolventen, Promotionen, Professuren:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) (Fachserie 11 Reihe 4.3.1)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): [Prüfungen an Hochschulen \(u. a. Promotionen\)](#) (Fachserie 11 Reihe 4.2)
- [LSN-OnlineDatenbank](#): Hochschulstatistik (310) und Hochschulpersonal (310)

Ausgaben für Hochschulen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen](#) (Fachserie 11 Reihe 4.3.2)

Ausgaben für Forschung und Entwicklung:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Bildung, Forschung und Kultur. [Forschung und Entwicklung](#)

Autorin: Rita Skorka

Tabellen Wissenschaft und Kultur

46. Studienanfängerinnen und Studienanfänger nach Land des Studienortes

Land	Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester ¹⁾			Frauenanteil	Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2012	2016	2017		2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg ³⁾	79 910	76 916	74 858	49,5	62,9	59,4	57,7	-5,2	-1,6
Bayern	71 317	73 437	77 032	50,3	49,0	50,2	52,6	+3,5	+2,4
Berlin ³⁾	31 745	35 367	36 714	52,3	84,5	100,1	100,7	+16,2	+0,6
Brandenburg ³⁾	9 715	8 112	8 576	51,3	48,9	43,0	44,5	-4,4	+1,5
Bremen ³⁾	7 376	6 992	6 857	50,9	97,3	93,6	84,5	-12,8	-9,2
Hamburg	16 709	16 951	17 681	51,7	83,2	84,5	86,1	+2,9	+1,6
Hessen	39 044	42 203	44 919	51,5	57,3	60,4	63,9	+6,5	+3,5
Mecklenburg-Vorpommern	6 571	6 880	6 993	50,1	48,1	53,2	53,8	+5,7	+0,6
Niedersachsen	35 304	37 330	37 277	51,0	38,8	40,6	40,7	+1,9	+0,1
Nordrhein-Westfalen	117 877	124 915	121 570	50,9	55,6	60,0	59,1	+3,5	-0,9
Rheinland-Pfalz	22 936	23 035	22 495	52,7	48,8	49,7	48,7	-0,1	-1,0
Saarland	5 611	5 867	5 870	52,2	49,5	54,9	55,8	+6,4	+0,9
Sachsen	20 792	20 036	20 273	49,1	62,8	62,2	61,8	-1,0	-0,4
Sachsen-Anhalt	10 118	9 699	9 711	51,9	53,7	54,8	54,1	+0,4	-0,7
Schleswig-Holstein ³⁾	9 755	11 109	11 648	49,0	30,8	34,9	36,4	+5,6	+1,5
Thüringen	10 308	10 911	9 945	51,6	58,4	62,7	57,4	-1,0	-5,3
Deutschland	495 088	509 760	512 419	50,8	54,6	56,8	57,0	+2,4	+0,2
Westdeutschland	405 839	418 755	420 207	50,7
Ostdeutschland	89 249	91 005	92 212	51,2

1) Jeweiliges Studienjahr: Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2) Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").

3) In Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen 2012 sowie in Schleswig-Holstein 2016 doppelter Abiturjahrgang.

47. Studierende sowie Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Frauenanteil	Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden			Veränderung des Anteils der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden	
	2012	2016	2017		2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	333 217	362 339	361 811	47,7	8,8	10,4	10,3	+1,5	-0,1
Bayern	332 764	378 320	388 893	49,0	7,0	9,1	9,9	+2,9	+0,8
Berlin	160 220	180 235	187 934	49,9	13,1	15,4	16,6	+3,5	+1,2
Brandenburg	52 031	49 205	49 442	51,5	10,3	13,1	13,4	+3,1	+0,3
Bremen	34 783	36 334	37 799	48,7	10,6	11,3	11,9	+1,3	+0,6
Hamburg	90 903	101 069	107 912	49,8	7,7	8,5	8,6	+0,9	+0,1
Hessen	215 209	250 450	260 068	47,9	8,5	9,0	9,0	+0,5	+0,1
Mecklenburg-Vorpommern	39 906	38 143	39 220	49,4	4,8	7,0	8,0	+3,2	+1,0
Niedersachsen	169 626	204 895	209 001	48,6	7,0	7,8	8,5	+1,5	+0,7
Nordrhein-Westfalen	644 612	776 130	772 903	47,8	7,3	7,9	8,3	+1,1	+0,4
Rheinland-Pfalz	121 068	122 230	123 020	51,2	6,8	7,6	8,3	+1,5	+0,7
Saarland	28 262	31 093	31 370	49,5	11,8	11,6	11,6	-0,2	-0,0
Sachsen	112 724	111 499	109 336	46,2	9,8	13,7	13,9	+4,1	+0,2
Sachsen-Anhalt	55 876	54 629	54 600	49,7	8,9	11,2	11,9	+3,0	+0,7
Schleswig-Holstein	54 977	59 919	61 837	48,6	5,5	6,3	6,1	+0,6	-0,2
Thüringen	53 231	50 520	49 832	49,3	7,7	11,6	12,7	+5,1	+1,1
Deutschland	2 499 409	2 807 010	2 844 978	48,5	8,1	9,5	9,9	+1,8	+0,5
Westdeutschland	2 025 421	2 322 779	2 354 614	48,4
Ostdeutschland	473 988	484 231	490 364	49,1

48. Absolventinnen und Absolventen (Erststudium)¹⁾

Land	Absolventen/-innen (Erststudium) insgesamt ²⁾			Darunter Frauen				Veränderung der Zahl der Absolventen/-innen insgesamt	
				2012	2017	Anteil			
	2012	2016	2017			2012	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	48 711	53 351	52 377	23 714	26 067	48,7	49,8	+7,5	-1,8
Bayern	48 030	51 031	49 646	24 435	26 027	50,9	52,4	+3,4	-2,7
Berlin	18 182	17 914	17 197	9 438	9 318	51,9	54,2	-5,4	-4,0
Brandenburg	6 386	5 227	4 715	3 434	2 595	53,8	55,0	-26,2	-9,8
Bremen	4 647	4 285	3 985	2 477	1 998	53,3	50,1	-14,2	-7,0
Hamburg	10 835	10 228	9 947	5 610	5 269	51,8	53,0	-8,2	-2,7
Hessen	24 650	25 364	26 290	12 966	14 020	52,6	53,3	+6,7	+3,7
Mecklenburg-Vorpommern	4 806	4 073	4 244	2 636	2 353	54,8	55,4	-11,7	+4,2
Niedersachsen	21 615	23 113	23 334	11 462	12 647	53,0	54,2	+8,0	+1,0
Nordrhein-Westfalen	63 987	71 563	70 844	31 976	38 006	50,0	53,6	+10,7	-1,0
Rheinland-Pfalz	15 587	14 404	13 920	8 639	7 606	55,4	54,6	-10,7	-3,4
Saarland	2 563	3 694	3 560	1 379	1 852	53,8	52,0	+38,9	-3,6
Sachsen	16 386	13 031	13 365	8 294	6 631	50,6	49,6	-18,4	+2,6
Sachsen-Anhalt	7 288	5 631	5 398	3 953	2 980	54,2	55,2	-25,9	-4,1
Schleswig-Holstein	7 929	6 419	6 666	4 132	3 389	52,1	50,8	-15,9	+3,8
Thüringen	8 019	5 839	5 953	4 335	3 211	54,1	53,9	-25,8	+2,0
Deutschland	309 621	315 167	311 441	158 880	163 969	51,3	52,6	+0,6	-1,2
Westdeutschland	248 554	263 452	260 569	126 790	136 881	51,0	52,5	+4,8	-1,1
Ostdeutschland	61 067	51 715	50 872	32 090	27 088	52,5	53,2	-16,7	-1,6

1) Ohne Masterabsolventinnen und -absolventen.

2) Einschließlich Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote.

49. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
				2012	2017	Anteil			
	2012	2016	2017			2012	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	4 302	4 613	4 277	1 992	1 830	46,3	42,8	-0,6	-7,3
Bayern	4 147	4 703	4 470	1 903	1 914	45,9	42,8	+7,8	-5,0
Berlin	2 171	2 463	2 335	1 069	1 130	49,2	48,4	+7,6	-5,2
Brandenburg	384	394	439	152	196	39,6	44,6	+14,3	+11,4
Bremen	405	374	378	175	169	43,2	44,7	-6,7	+1,1
Hamburg	1 043	1 071	950	500	444	47,9	46,7	-8,9	-11,3
Hessen	2 005	2 468	2 405	901	1 143	44,9	47,5	+20,0	-2,6
Mecklenburg-Vorpommern	491	543	463	248	223	50,5	48,2	-5,7	-14,7
Niedersachsen	2 240	2 350	2 250	1 035	1 042	46,2	46,3	+0,4	-4,3
Nordrhein-Westfalen	5 096	5 454	5 758	2 134	2 505	41,9	43,5	+13,0	+5,6
Rheinland-Pfalz	1 118	1 113	1 052	526	488	47,0	46,4	-5,9	-5,5
Saarland	90	359	389	42	163	46,7	41,9	+332,2	+8,4
Sachsen	1 432	1 557	1 428	633	596	44,2	41,7	-0,3	-8,3
Sachsen-Anhalt	559	596	586	222	272	39,7	46,4	+4,8	-1,7
Schleswig-Holstein	621	529	475	315	251	50,7	52,8	-23,5	-10,2
Thüringen	703	716	749	332	347	47,2	46,3	+6,5	+4,6
Deutschland	26 807	29 303	28 404	12 179	12 713	45,4	44,8	+6,0	-3,1
Westdeutschland	21 067	23 034	22 404	9 523	9 949	45,2	44,4	+6,3	-2,7
Ostdeutschland	5 740	6 269	6 000	2 656	2 764	46,3	46,1	+4,5	-2,3

50. Professuren an Hochschulen

Land	Professuren insgesamt ¹⁾			Darunter Professuren von Frauen				Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
				2012	2017	Anteil			
	2012	2016	2017			2012	2017	2017/2012	2017/2016
	Anzahl					%			
Baden-Württemberg	6 832	7 361	7 508	1 236	1 609	18,1	21,4	+9,9	+2,0
Bayern	6 372	6 822	6 811	1 065	1 350	16,7	19,8	+6,9	-0,2
Berlin	3 125	3 386	3 531	946	1 138	30,3	32,2	+13,0	+4,3
Brandenburg	904	939	938	204	271	22,6	28,9	+3,8	-0,1
Bremen	655	680	679	160	188	24,4	27,7	+3,7	-0,1
Hamburg	1 489	1 628	1 702	361	491	24,2	28,8	+14,3	+4,5
Hessen	3 396	3 666	3 730	743	939	21,9	25,2	+9,8	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	815	822	831	131	176	16,1	21,2	+2,0	+1,1
Niedersachsen	3 557	3 635	3 679	864	951	24,3	25,8	+3,4	+1,2
Nordrhein-Westfalen	8 749	9 687	9 953	1 809	2 558	20,7	25,7	+13,8	+2,7
Rheinland-Pfalz	1 987	2 110	2 122	386	468	19,4	22,1	+6,8	+0,6
Saarland	496	510	511	95	107	19,2	20,9	+3,0	+0,2
Sachsen	2 224	2 293	2 276	407	484	18,3	21,3	+2,3	-0,7
Sachsen-Anhalt	1 068	1 050	1 021	197	220	18,4	21,5	-4,4	-2,8
Schleswig-Holstein	1 059	1 060	1 079	167	235	15,8	21,8	+1,9	+1,8
Thüringen	1 134	1 186	1 197	186	257	16,4	21,5	+5,6	+0,9
Deutschland	43 862	46 835	47 568	8 957	11 442	20,4	24,1	+8,4	+1,6
Westdeutschland	34 592	37 159	37 774	6 886	8 896	19,9	23,6	+9,2	+1,7
Ostdeutschland	9 270	9 676	9 794	2 071	2 546	22,3	26,0	+5,7	+1,2

1) Professuren: ohne (nebenberufliche) Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

51. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Land	Ausgaben für Hochschulen ¹⁾			Ausgaben für Hochschulen je Studierenden ^{2), 3)}			Veränderung der Ausgaben für Hochschulen		Quotient Ausgaben für Hoch- schulen/BIP 2015
	2010	2014	2015	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	4 496	5 387	5 587	16 300	14 200	14 400	+24,2	+3,7	1,2
Bayern	4 309	5 346	5 568	15 800	13 800	14 000	+29,2	+4,2	1,0
Berlin	1 942	2 375	2 464	13 800	13 800	13 900	+26,9	+3,8	2,0
Brandenburg	489	625	617	10 100	11 800	11 800	+26,3	-1,2	0,9
Bremen	463	497	502	15 100	14 400	14 400	+8,5	+0,8	1,6
Hamburg	1 072	1 331	1 323	15 300	14 700	14 400	+23,3	-0,7	1,2
Hessen	2 461	2 838	3 151	13 400	11 500	12 400	+28,0	+11,0	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	527	604	608	14 000	15 600	15 800	+15,3	+0,5	1,5
Niedersachsen	2 645	3 182	3 311	18 300	16 800	16 400	+25,2	+4,1	1,3
Nordrhein-Westfalen	6 204	7 931	8 070	13 000	11 700	11 400	+30,1	+1,7	1,2
Rheinland-Pfalz	1 188	1 369	1 431	11 300	10 800	11 300	+20,5	+4,5	1,0
Saarland	285	365	447	12 300	11 300	13 300	+56,7	+22,2	1,3
Sachsen	1 514	1 841	1 818	14 400	14 800	14 700	+20,1	-1,3	1,6
Sachsen-Anhalt	672	706	740	12 900	12 200	12 900	+10,1	+4,9	1,3
Schleswig-Holstein	622	740	767	12 800	12 100	12 300	+23,3	+3,6	0,9
Thüringen	735	829	844	14 200	14 400	14 900	+14,9	+1,8	1,4
Deutschland	29 624	35 968	37 247	14 300	13 200	13 300	+25,7	+3,6	1,2
Westdeutschland	23 744	28 987	30 155	14 500	13 000	13 100	+27,0	+4,0	1,2
Ostdeutschland	5 880	6 981	7 092	13 500	13 900	14 000	+20,6	+1,6	1,5

1) Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z. B. Studentenwerke) insgesamt.

2) Für alle Abschlusslevel im Hochschulbereich, das sind 2009 die Level 5a/6 nach ISCED-1997 sowie 2013 und 2014 die Level 5-8 nach ISCED-2011.

3) Ausgaben gerundet auf volle 100 Euro.

52. Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

Land	Ausgaben für Forschung und Entwicklung ¹⁾			Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben für FuE		Quotient Ausgaben für FuE/BIP 2017
	2012	2016	2017	2012	2016	2017	2017/2012	2017/2016	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	20 335	23 451	27 910	1 929	2 147	2 540	+37,2	+19,0	5,6
Bayern	15 306	18 059	18 704	1 227	1 402	1 441	+22,2	+3,6	3,1
Berlin	3 774	4 552	4 758	1 128	1 282	1 325	+26,1	+4,5	3,4
Brandenburg	975	1 159	1 195	398	466	478	+22,6	+3,1	1,7
Bremen	755	912	909	1 158	1 349	1 339	+20,4	-0,3	2,8
Hamburg	2 198	2 513	2 500	1 275	1 397	1 373	+13,7	-0,5	2,1
Hessen	7 174	7 752	8 182	1 195	1 255	1 314	+14,0	+5,5	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	770	759	785	480	472	487	+2,0	+3,4	1,8
Niedersachsen	6 746	9 156	8 928	867	1 152	1 121	+32,3	-2,5	3,1
Nordrhein-Westfalen	12 189	13 231	14 336	695	740	801	+17,6	+8,4	2,1
Rheinland-Pfalz	2 465	3 374	3 498	618	831	859	+41,9	+3,7	2,4
Saarland	470	534	619	472	535	622	+31,7	+15,9	1,7
Sachsen	2 838	3 203	3 400	701	785	834	+19,8	+6,2	2,8
Sachsen-Anhalt	758	860	919	335	384	412	+21,2	+6,9	1,5
Schleswig-Holstein	1 140	1 342	1 448	406	466	502	+27,1	+7,9	1,5
Thüringen	1 130	1 225	1 362	520	567	632	+20,5	+11,2	2,2
Deutschland ²⁾	79 110	92 174	99 554	984	1 119	1 204	+25,8	+8,0	3,0
Westdeutschland	68 778	80 324	87 034	1 066	1 213	1 309	+26,5	+8,4	3,1
Ostdeutschland	10 245	11 758	12 419	645	729	768	+21,2	+5,6	2,5

1) Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck, Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen), Wirtschaft.

2) Einschließlich nicht aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

53. Öffentliche Ausgaben für Kultur – Grundmittel –

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ¹⁾			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner/-in			Veränderung der öffentlichen Ausgaben ²⁾		Quotient Ausgaben für Kultur/BIP 2015
	2010	2014 ³⁾	2015 ³⁾	2010	2014	2015	2015/2010	2015/2014	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	1 232	1 394	1 429	115	131	133	+16,0	+2,5	0,3
Bayern	1 484	1 578	1 658	119	125	130	+11,7	+5,1	0,3
Berlin	688	662	698	72	78	76	+6,0	-1,7	0,2
Brandenburg	248	268	263	274	270	283	+1,5	+5,4	1,1
Bremen	119	115	118	181	174	178	-1,0	+2,9	0,4
Hamburg	362	440	371	204	252	210	+2,6	-15,6	0,3
Hessen	763	746	735	126	123	120	-3,6	-1,5	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	162	201	192	99	126	120	+18,6	-4,5	0,5
Niedersachsen	666	746	762	84	95	97	+14,3	+2,1	0,3
Nordrhein-Westfalen	1 681	1 791	1 809	94	102	102	+7,6	+1,0	0,3
Rheinland-Pfalz	339	344	346	84	86	86	+2,2	+0,6	0,3
Saarland	82	93	86	81	94	87	+5,0	-6,8	0,3
Sachsen	754	871	908	182	215	224	+20,4	+4,2	0,8
Sachsen-Anhalt	330	325	350	141	145	157	+5,9	+7,6	0,6
Schleswig-Holstein	196	221	227	69	78	80	+16,0	+2,9	0,3
Thüringen	338	349	343	151	162	159	+1,4	-1,8	0,6
Deutschland ⁴⁾	11 513	12 162	12 405	141	150	152	+7,7	+2,0	0,4
Westdeutschland	6 924	7 467	7 542	106	115	115	+8,9	+1,0	0,3
Ostdeutschland	2 521	2 677	2 754	154	168	172	+9,2	+2,9	0,6

1) Revidierte Zeitreihe, Daten weichen daher von den Angaben früherer Kulturfinanzberichte ab; Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und Sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

2) Die Werte sind aufgrund der Umstellung des Kulturbereiches der Kunsthochschulen gemäß des Funktionenplans der staatlichen Haushaltssystematik und der Umstellung von Grundmittel für öffentliche und private Kunsthochschulen auf Trägermittel für öffentliche Kunsthochschulen nicht mit den Werten älterer Ausgaben des Kulturfinanzberichts zu vergleichen.

3) Vorläufige IST-Werte, Stand Dez. 2018.

4) Summe der Grundmittel der Länder plus Bundesmittel in Höhe von 2 067 Mio. Euro im Jahr 2010, 2 017 Mio. Euro im Jahr 2014 und 2 108 Mio. Euro im Jahr 2015.

Umwelt und Energie

Trinkwasserverbrauch

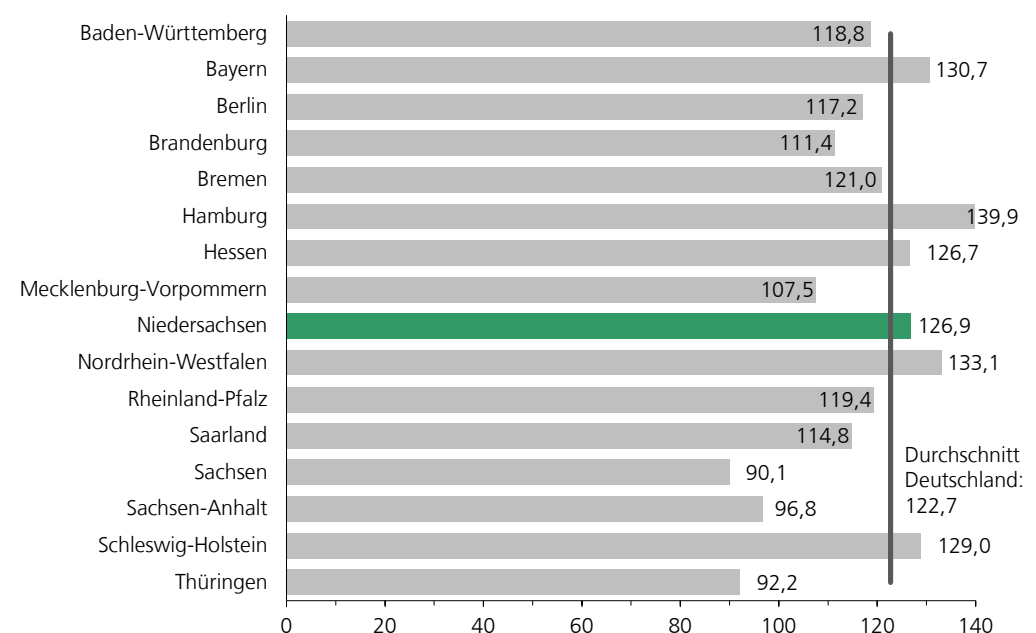
T54

Trinkwasserverbrauch pro Kopf leicht gestiegen

Im Jahr 2016 wurden von niedersächsischen Wasserversorgungsunternehmen 479 Mio. Kubikmeter Trinkwasser zum Letztgebrauch abgegeben. Die Abgabe an Haushalte und Kleingewerbe (z. B. Bäckereien, Friseursalons, Metzgereien, Arztpraxen) umfasste 367 Mio. Kubikmeter.

Die Pro-Kopf-Abgabe am Tag betrug 2016 in Niedersachsen durchschnittlich 126,9 Liter und war einen halben Liter höher als 2013. Die höchsten Pro-Kopf-Verbräuche wurden von Versorgungsunternehmen 2016 in Hamburg (139,9 Liter), Nordrhein-Westfalen (133,1 Liter) und in Bayern (130,7 Liter) verzeichnet. Niedersachsen lag bei dem Pro-Kopf-Verbrauch um 1,1 Liter pro Tag unter dem Durchschnitt der westdeutschen (128,0 Liter), aber 24,3 Liter pro Tag über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder (102,6 Liter).

■ Täglicher Trinkwasserverbrauch je Einwohnerin und Einwohner (versorgt) 2016 – Liter –



Haushaltsabfälle

T55

Aufkommen an Haushaltsabfällen gestiegen – hohes Wertstoffaufkommen pro Kopf

Zum Haushaltsabfall gehören Haus- und Sperrmüll, Bioabfälle sowie getrennt gesammelte Abfälle zur Verwertung (Wertstoffe), z. B. Verpackungen, Glas und Papier, Pappe und Karton.

Das Haushaltsabfallaufkommen in Niedersachsen ist 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 % auf 4,18 Mio. Tonnen gestiegen; im Vergleich zu 2012 (3,95 Mio. Tonnen) war das Aufkommen 5,9 % höher.

Die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung ist regional unterschiedlich gut ausgebaut und verschieden organisiert. Dies erklärt zumindest zum Teil die großen Unterschiede des erfassten Aufkommens an Haushaltsabfällen, die u. a. verschiedene Anteile hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle enthalten. Pro Kopf gerechnet lagen 188 kg zwischen dem Minimum in Sachsen (339 kg) und dem Maximum in Rheinland-Pfalz (527 kg). Niedersachsen erreichte mit 525 kg pro Kopf bundesweit die zweithöchste Menge (Deutschland: 462 kg).

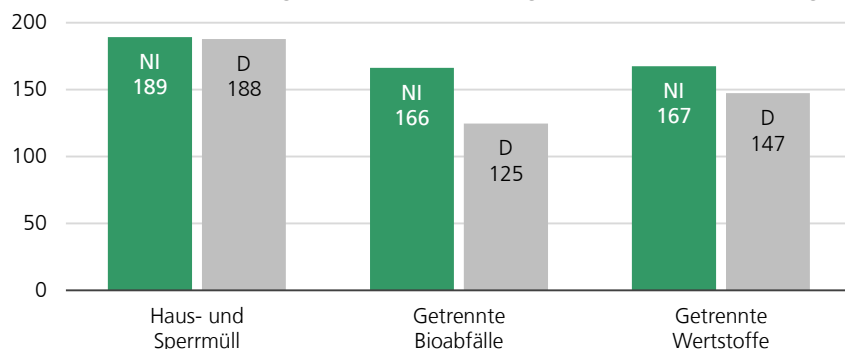
Ein wichtiger Grund für das hohe Pro-Kopf-Aufkommen in Niedersachsen liegt in der stark ausgeprägten Erfassung der Bioabfallaufkommen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, biologisch abbaubare Garten-, Park- und Friedhofsabfälle getrennt zu sammeln und zu verwerten. Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Aufkommen von 166 kg getrennter Bioabfälle lag Niedersachsen

ebenfalls an Position 2 nach Rheinland-Pfalz (173 kg). Im Durchschnitt sammelte die Bevölkerung in Niedersachsen pro Kopf 41 kg mehr Bioabfälle als im Bundesdurchschnitt (125 kg).

Bei den getrennt gesammelten Wertstoffen wie Altpapier, Altglas etc. lag das niedersächsische Pro-Kopf-Aufkommen mit 167 kg ebenfalls höher als im Bundesdurchschnitt (147 kg). Das niedersächsische Restabfallaufkommen (Haus- und Sperrmüll) mit 189 kg pro Kopf entsprach dagegen dem Bundesniveau (188 kg). Den höchsten Pro-Kopf-Wert unter den Ländern hatte Hamburg (267 kg).

**Haushaltsabfälle –
getrennte Wertstoffe
pro Kopf**
T55

■ **Aufkommen Haushaltsabfälle 2017 je Einwohnerin und Einwohner (31.12.)
– Haus- und Sperrmüll, getrennte Bioabfälle, getrennte Wertstoffe – kg –**



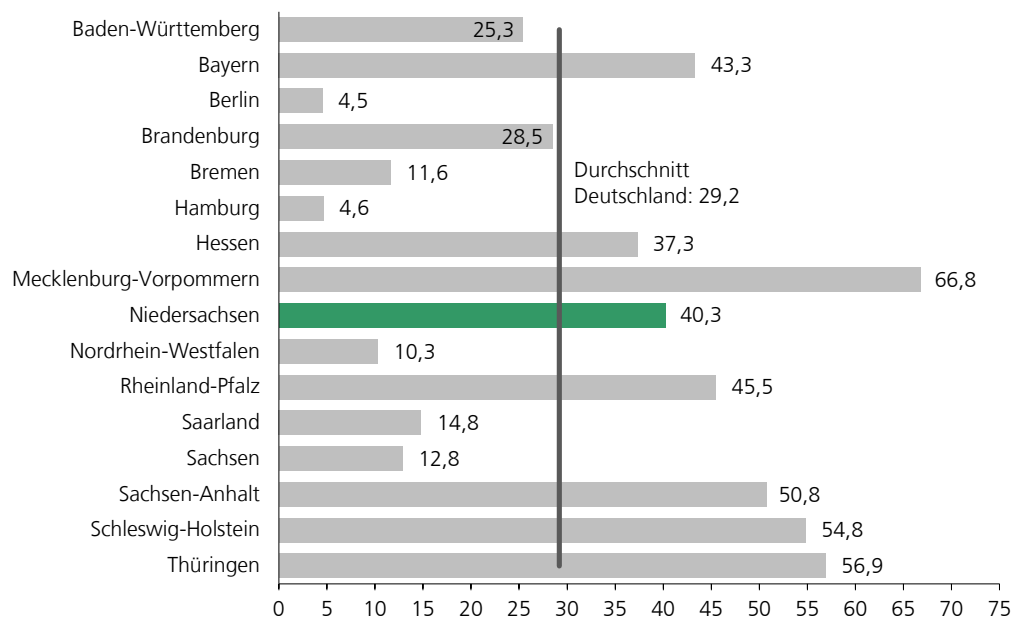
Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch leicht gestiegen

Der Primärenergieverbrauch ist der Einsatz der ursprünglichen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas, Windkraft, Biomasse, Solarenergie und Wasserkraft) vor der Umwandlung beispielsweise in Strom oder Wärme. Durch Verluste bei der Umwandlung (z. B. in Kraftwerken, Raffinerien) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch.

**Primärenergiever-
brauch: erneuerbare
Energien**
T56

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch in Niedersachsen stieg 2016 gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 17,4 %. Der Anteil war in Niedersachsen seit Beginn der Datenerhebungen immer höher als im Bundesdurchschnitt (2016: 12,4 %). Der Primärenergieverbrauch aus erneuerbaren Energien lag 2016 in Niedersachsen bei 63 525 Mio. kWh. Im Ländervergleich war dies der zweithöchste Wert nach Bayern (96 185 Mio. kWh) und vor Nordrhein-Westfalen (54 155 Mio. kWh).

■ **Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2016 – Prozent –**



**Stromerzeugung:
erneuerbare Energien**
T57

In Niedersachsen wurden 2016 insgesamt 79 766 Mio. kWh Strom erzeugt, das war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % (Bundesdurchschnitt: +0,4 %). Davon wurden 40,3 % bzw. 32 109 Mio. kWh aus erneuerbaren Energien gewonnen (Bundesdurchschnitt: 29,2 %), darunter in Niedersachsen 19 287 Mio. kWh bzw. 60,1 % aus Windkraft. Nur in Bayern wurden aufgrund der dortigen starken Wasserkraft und Photovoltaik mehr Kilowattstunden Strom aus erneuerbaren Energien produziert (35 297 Mio. kWh).

Energiebedingte CO₂-Emissionen

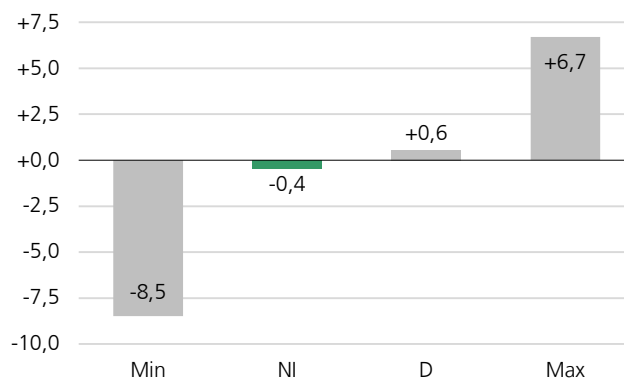
T58

Energiebedingte CO₂-Emissionen leicht rückläufig

Die sogenannte Quellenbilanz schließt Emissionen für ausgeführten Strom ein und solche für Importstrom aus. Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetztem fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt. Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto- und Folge-Abkommen) zu sehen. Die Höhe der Emissionen hängt unmittelbar von der Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von Konjunktur und Witterungsverhältnissen ab.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen lagen 2016 in Niedersachsen mit rund 65,7 Mio. Tonnen um 0,4 % niedriger als im Vorjahr. Im Vergleich zu 2011 betrug der Rückgang 2,2 %. Die Veränderungsraten waren jeweils besser als im Bundesdurchschnitt (2016/2015: +0,6 %; 2016/2011: -1,0 %). In Niedersachsen gingen die energiebedingten CO₂-Emissionen 2016 gegenüber dem Referenzjahr 1990 (Kyoto-Protokoll) um 14,5 % zurück (siehe Niedersächsische Energie- und CO₂-Bilanzen 2016). Das rechnerische CO₂-Aufkommen je Einwohnerin und Einwohner war 2016 in Niedersachsen aufgrund des großen Stellenwertes erneuerbarer Energien mit durchschnittlich 8,3 Tonnen um 0,8 Tonnen geringer als im Bundesdurchschnitt (9,1 Tonnen).

■ Veränderung der CO₂-Emissionen aus Primärenergieverbrauch 2016 gegenüber 2015 – Prozent –



Waldzustand

T59

Waldzustand: jeder fünfte Baum geschädigt

Die Waldzustandserhebung nach dem Bundeswaldgesetz ist Teil des Umweltmonitorings. Die Daten der Länder für die Berichterstattung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, BMEL (Ergebnisse der Waldzustandserhebung) gewährleisten bundesweit abgestimmte Erhebungsmethoden und Auswertungsansätze.

Die Erhebung erfolgt anhand einer Stichprobe von Baumgruppen. Dabei wird unterschieden in vier Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben. Die Schädigungen werden hauptsächlich am Blattverlust sowie an der Vergilbung der Blätter der Baumkronen festgemacht. Nadel- und Laubbäume sind je nach Baumart in unterschiedlichem Maße von Schäden betroffen, sodass die Zusammensetzung des gesamten Waldbestandes Einfluss auf den Anteil der Schädigungen haben kann. Auch die Lage hat je nach Höhe Einfluss auf den Eintrag der Schadstoffe. Fehlende Niederschläge zu Beginn der Vegetationszeit und Spätfrostschäden in Jungbeständen können zu Belastungen der Wälder führen.

Nach den Kriterien der Waldzustandserhebung hatten 2018 in Niedersachsen 20 % aller Waldbäume eine deutliche Kronenverlichtung (Schadstufen 2 bis 4). Der Anteil lag damit jeweils 1 Prozentpunkt höher als 2017 bzw. 2013. Bundesweit betrug 2018 der Anteil

deutlich geschädigter Waldbäume 29 % (2017 bzw. 2013: jeweils 23 %). Unter den Flächenländern wiesen Brandenburg (11 %), Mecklenburg-Vorpommern (17 %) und Schleswig-Holstein (18 %) niedrigere Anteile aus als Niedersachsen; in Thüringen (41 %), Nordrhein-Westfalen (39 %), Baden-Württemberg (38 %) und Rheinland-Pfalz (37 %) waren dagegen mehr als ein Drittel aller Waldbäume deutlich geschädigt.

Flächenverbrauch weiterhin zu hoch

Flächenverbrauch

T60

Die Umnutzung von landwirtschaftlichen oder naturbelassenen Flächen in Siedlungs- und Verkehrsfläche wird als Flächenverbrauch bezeichnet. In der Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen wird angestrebt, den mittleren Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf maximal 4 Hektar (ha) pro Tag zu begrenzen. Bundesweit soll gemäß Nationaler Nachhaltigkeitsstrategie der Flächenverbrauch bis dahin unter 30 ha pro Tag liegen.

Grundlage für die Ermittlung des Flächenverbrauchs ist die amtliche Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung. Seit dem 1.1.2016 basiert diese Statistik in allen Ländern auf dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®). Die 2011 begonnene Ablösung des Automatisierten Liegenschaftsbuchs (ALB) der Katasterverwaltungen als Datengrundlage wurde damit in allen Ländern abgeschlossen.

Mit der Umstellung vom ALB auf ALKIS® sind Änderungen verbunden, die sich auf die Flächenerhebung, und damit auf die Berechnungsgrundlage des Indikators Flächenverbrauch auswirken. Die räumliche Zuordnung der Nutzungsarten erfolgte beim ALB über Flurstücke, beim ALKIS® werden hingegen überwiegend Luftbilder ausgewertet. Die neue ALKIS®-Systematik orientiert sich stärker an der realen Bodennutzung. Außerdem sind die Nutzungsarten im ALKIS® nicht identisch mit denen aus dem ALB. Die Vermessungsverwaltungen haben deshalb im Rahmen des Umstellungsprozesses Flächen neu zugeordnet. Diese Neuordnungen sind noch nicht abgeschlossen und werden auch in den nächsten Jahren weiter fortgesetzt.

Wegen der auf die Umstellung zurückzuführenden Effekte sind Zeitvergleiche und die exakte Berechnung von Veränderungen nur eingeschränkt möglich. Der tägliche Flächenverbrauch wird deshalb derzeit als gleitender Vierjahresdurchschnitt nachgewiesen. Auf Bundesebene wurden zusätzlich größere Neuordnungen weitestgehend herausgerechnet.

Ende 2017 wurden in Deutschland 13,8 % der gesamten Bodenfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt. In Niedersachsen lag dieser Nutzungsanteil mit 14,0 % nur geringfügig über dem Bundeswert. Die niedersächsische Siedlungs- und Verkehrsfläche (6 687 km²) bestand ungefähr zu je einem Drittel aus Verkehrsfläche und Wohnbaufläche sowie sonstige Siedlungsflächen, darunter z. B. Industrie- und Gewerbeflächen, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen oder Gebäude- und Freiflächen der Land- und Forstwirtschaft.

Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2014 bis 2017 bei 6,8 ha pro Tag; bundesweit nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) im Vierjahresdurchschnitt täglich um rund 58,0 ha zu.

Im Vergleich 2017 gegenüber 2016 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Niedersachsen um 0,4 % zu. Der Anstieg war damit etwas geringer als im Bundesdurchschnitt (0,5 %). Auf weitere Aussagen zum Jahresvergleich wird hier verzichtet, da er nicht für alle Länder gleichermaßen aussagekräftig ist. In einigen Ländern beeinflussen neben tatsächlichen Nutzungsänderungen vor allem Neuordnungen der einzelnen Nutzungsarten den Zeitvergleich.

Ökologisch bewirtschaftete Fläche gering

Ökologischer Landbau

T61

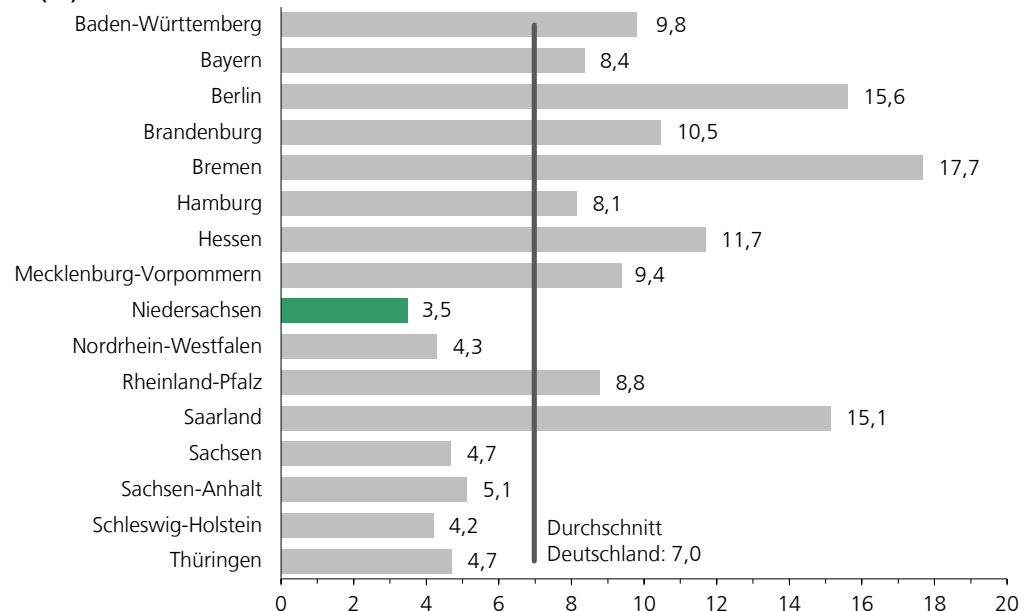
Die Fläche von Betrieben mit ökologischem Landbau stieg in Niedersachsen von etwa 78 500 ha im Jahr 2010 auf etwa 90 500 ha im Jahr 2016 (+15,3 %). Damit wurden 2016 insgesamt 3,5 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Niedersachsen ökologisch bewirtschaftet. Im Vergleich der Länder wies Niedersachsen weiterhin den geringsten Anteil ökologisch genutzter LF auf. Bundesweit wurden 7,0 % der LF nach den Regelungen der EU-Öko-Verordnung oder weitergehenden Vorschriften (Demeter, Bioland etc.) bewirtschaftet.

Geringe Anteile wiesen auch Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein mit unter 4,5 % der LF aus, also Länder mit stark konventionell ausgerichteter Erzeugungsstruktur, hohen Viehdichten und überdurchschnittlich hohen Pachtpreisen. Hohe Anteile ökologisch bewirtschafteter LF waren aufgrund der guten Absatzmöglichkeiten in den Stadtstaaten Bremen (17,7 %) und Berlin (15,6 %) zu finden. Von den Flächenländern ragten das Saarland (15,1 %) sowie Hessen und Brandenburg mit jeweils mehr als 10 % ökologisch bewirtschafteter LF heraus.

Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche stieg in nahezu allen Ländern im Jahr 2016 sowohl im Vergleich zu 2010 als auch zu 2013 an. Lediglich in Brandenburg und Thüringen ging er geringfügig zurück. Der Anstieg war in den westdeutschen Ländern mit 0,9 Prozentpunkten in den letzten 3 Jahren etwas höher als in den ostdeutschen Ländern mit 0,3 Prozentpunkten (Niedersachsen +0,4 Prozentpunkte).

Eine niedersächsische Besonderheit ist, dass etwa 20 % der Betriebe mit ökologischem Landbau ihre Betriebe nur zu Teilen auf ökologische Produktion umgestellt haben, also auch noch konventionellen Landbau oder konventionelle Viehhaltung betreiben.

■ Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 2016 – Prozent –



Informationen:

- **Aufkommen an Haushaltsabfällen:** Statistisches Bundesamt: [Umwelt. Abfallentsorgung](#) (Fachserie 19 Reihe 1)
- **Primärenergieverbrauch, Stromerzeugung, energiebedingte CO₂-Emissionen:** [Länder Arbeitskreis Energiebilanzen](#)
- **Niedersächsisches Ministerium für Umwelt:** [Niedersächsische Energie- und CO₂-Bilanz](#)
- **Waldzustand:** Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: [Ergebnisse der Waldzustandserhebung](#)
- **Waldzustandsberichte** des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie für Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein
- **Flächenverbrauch:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Land- und Forstwirtschaft, Fischerei](#). Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung (Fachserie 3 Reihe 5.1)
- **LSN:** [Themenbereich Flächennutzung. Statistische Berichte](#): Bodenflächen in Niedersachsen nach Art der tatsächlichen Nutzung
- **Ökologischer Landbau:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Land- und Forstwirtschaft, Fischerei](#). Betriebe mit ökologischem Landbau (Fachserie 3 Reihe 2.2.1)

Autoren: Uwe Mahnecke, Sibylle Sauer

Tabellen Umwelt und Energie

54. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe ¹⁾ zum Letztverbrauch insgesamt		Darunter an Haushalte und Kleingewerbe ²⁾						
			Verbrauch		Täglicher Pro-Kopf-Verbrauch der versorgten Einwohner/-innen			Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
	2010	2016	2010	2016	2010	2013	2016	2016/2010	2016/2013
	Mio. m³				Liter je Einwohner/-in und Tag			%	
Baden-Württemberg	564	582	453	476	115,3	116,4	118,8	+3,0	+2,0
Bayern	722	758	582	609	129,1	129,6	130,7	+1,2	+0,8
Berlin	193	206	142	152	112,9	113,8	117,2	+3,8	+3,0
Brandenburg	112	117	95	100	104,8	107,8	111,4	+6,4	+3,4
Bremen	37	38	30	31	122,2	120,6	121,0	-1,0	+0,4
Hamburg	103	108	96	101	134,4	137,8	139,9	+4,1	+1,5
Hessen	301	320	265	283	121,3	124,4	126,7	+4,5	+1,9
Mecklenburg-Vorpommern	85	89	64	63	106,3	104,5	107,5	+1,1	+2,9
Niedersachsen	461	479	363	367	126,3	126,4	126,9	+0,5	+0,4
Nordrhein-Westfalen	1 101	1 077	866	861	134,5	133,4	133,1	-1,1	-0,2
Rheinland-Pfalz	219	224	176	179	119,1	118,6	119,4	+0,2	+0,7
Saarland	53	52	42	42	112,1	113,6	114,8	+2,4	+1,1
Sachsen	187	199	127	134	84,2	86,3	90,1	+7,0	+4,4
Sachsen-Anhalt	106	110	78	79	90,9	92,6	96,8	+6,4	+4,5
Schleswig-Holstein	164	166	128	126	133,5	129,4	129,0	-3,4	-0,4
Thüringen	93	95	73	73	88,6	88,3	92,2	+4,1	+4,5
Deutschland	4 500	4 622	3 577	3 676	120,7	121,2	122,7	+1,6	+1,3
Westdeutschland	3 724	3 805	3 000	3 075	126,6	126,8	128,0	+1,1	+1,0
Ostdeutschland	776	817	577	601	97,2	98,5	102,6	+5,5	+4,2

1) Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Sitz des Wasserversorgungsunternehmens.

2) Zum Kleingewerbe zählen z. B. Bäckereien, Friseursalons, Metzgereien, Arztpraxen.

55. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen ¹⁾				Darunter			Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
					Haus- und Sperrmüll	getrennte Bioabfälle ²⁾	getrennte Wertstoffe		
	2012	2016	2017					2017/2012	2017/2016
	1 000 Tonnen				kg je Einwohner/-in 31.12.			%	
Baden-Württemberg	4 703	4 877	4 887	443	138	140	164	+3,9	+0,2
Bayern	5 894	6 260	6 253	481	166	152	158	+6,1	-0,1
Berlin	1 393	1 362	1 386	383	247	25	110	-0,5	+1,7
Brandenburg	964	1 034	1 084	433	213	79	139	+12,5	+4,8
Bremen	287	294	296	435	225	86	123	+3,1	+0,6
Hamburg	787	801	806	440	267	53	117	+2,4	+0,6
Hessen	2 806	2 854	2 854	457	177	139	140	+1,7	-0,0
Mecklenburg-Vorpommern	676	701	710	441	225	81	133	+5,0	+1,4
Niedersachsen	3 950	4 137	4 183	525	189	166	167	+5,9	+1,1
Nordrhein-Westfalen	8 258	8 432	8 392	469	212	115	140	+1,6	-0,5
Rheinland-Pfalz	2 044	2 158	2 148	527	181	173	168	+5,1	-0,5
Saarland	459	482	485	488	187	142	158	+5,8	+0,7
Sachsen	1 297	1 348	1 384	339	151	62	125	+6,7	+2,6
Sachsen-Anhalt	1 003	1 020	1 027	462	197	124	140	+2,4	+0,7
Schleswig-Holstein	1 347	1 433	1 455	503	228	121	154	+8,0	+1,5
Thüringen	855	911	925	430	184	111	134	+8,2	+1,5
Deutschland	36 722	38 103	38 274	462	188	125	147	+4,2	+0,4
Westdeutschland	30 534	31 727	31 759	477	185	137	153	+4,0	+0,1
Ostdeutschland	6 188	6 376	6 515	403	200	73	128	+5,3	+2,2

1) Ohne Elektro-/Elektronikaltgeräte.

2) Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfälle.

56. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2011	2015	2016		2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	398 538	393 941	403 226	50 942	10,4	12,3	12,6	2,2	0,3
Bayern	565 998	537 345	538 017	96 185	14,2	17,1	17,9	3,7	0,8
Berlin	76 504	73 098	75 139	2 999	3,3	4,0	4,0	0,7	0,0
Brandenburg	188 189	183 399	184 327	33 958	17,7	18,6	18,4	0,7	-0,1
Bremen	44 152	43 944	44 169	2 713	5,0	6,6	6,1	1,2	-0,4
Hamburg	66 972	72 060	74 161	3 017	4,6	4,5	4,1	-0,5	-0,5
Hessen	244 752	239 085	244 812	22 975	7,8	9,2	9,4	1,6	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	52 665	54 846	57 221	22 550	28,5	40,4	39,4	10,9	-1,0
Niedersachsen	374 645	365 369	365 264	63 525	12,6	16,8	17,4	4,8	0,6
Nordrhein-Westfalen	1 181 461	1 178 097	1 121 251	54 155	3,8	4,5	4,8	1,0	0,3
Rheinland-Pfalz	176 011	176 226	178 802	22 655	9,8	12,4	12,7	2,9	0,3
Saarland	72 053	68 900	65 527	2 990	3,2	4,1	4,6	1,4	0,5
Sachsen	169 553	171 325	176 171	15 995	7,8	9,4	9,1	1,2	-0,3
Sachsen-Anhalt	142 557	139 671	143 834	.	16,4	20,2	.	.	.
Schleswig-Holstein	119 753	115 460	117 937	28 743	14,6	22,9	24,4	9,8	1,5
Thüringen	66 001	64 977	67 130	16 464	21,5	21,4	24,5	3,1	3,1
Deutschland ¹⁾	3 777 593	3 683 753	3 747 394	465 624	10,8	12,4	12,4	1,7	0,0
Westdeutschland ²⁾	3 244 336	3 190 428	3 153 167	347 901	8,5	10,5	11,0	2,5	0,6
Ostdeutschland ²⁾	695 469	687 315	703 822	...	14,6	15,1

1) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen) weichen aufgrund einer veränderten Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

2) Summe der westdeutschen bzw. ostdeutschen Länder.

Quelle (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2019; sowie für Saarland 2016 und Thüringen 2015: Statistische Landesämter; für Mecklenburg-Vorpommern 2015, 2016: Dr.-Ing. Frank Grüttner EUS UG; für Deutschland: AG Energiebilanzen Bilanz 2016, Stand März 2018

57. Stromerzeugung¹⁾ aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2011	2015	2016		2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	59 625	63 328	62 671	15 863	19,9	23,6	25,3	+5,4	+1,7
Bayern	89 203	86 242	81 527	35 297	28,5	39,6	43,3	+14,8	+3,7
Berlin	8 407	7 467	7 778	352	4,2	4,7	4,5	+0,3	-0,2
Brandenburg	52 505	55 458	55 069	15 677	23,1	29,1	28,5	+5,4	-0,7
Bremen	7 239	7 364	6 697	779	7,0	11,7	11,6	+4,6	-0,0
Hamburg	2 885	8 536	10 023	466	13,6	6,3	4,6	-9,0	-1,6
Hessen	19 134	15 914	16 852	6 282	19,9	38,6	37,3	+17,4	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	10 225	13 926	14 629	9 770	51,8	70,2	66,8	+15,0	-3,4
Niedersachsen	70 678	78 862	79 766	32 109	28,0	40,1	40,3	+12,3	+0,1
Nordrhein-Westfalen	175 228	162 991	169 478	17 436	7,4	10,9	10,3	+2,8	-0,6
Rheinland-Pfalz	16 398	19 687	19 596	8 913	29,4	45,4	45,5	+16,0	+0,1
Saarland	8 276	10 634	10 480	1 551	7,8	11,1	14,8	+7,0	+3,7
Sachsen	37 201	42 362	41 798	5 360	10,7	13,5	12,8	+2,2	-0,6
Sachsen-Anhalt	23 180	23 997	24 116	12 240	39,0	53,9	50,8	+11,7	-3,2
Schleswig-Holstein	22 840	33 697	35 038	19 197	36,7	53,2	54,8	+18,1	+1,6
Thüringen	7 767	9 128	9 271	5 276	47,0	58,6	56,9	+9,9	-1,7
Deutschland	612 900	648 100	650 700	189 900	20,2	29,1	29,2	+9,0	+0,1
Westdeutschland ²⁾	471 506	487 254	492 128	137 893	18,8	27,5	28,0	+9,2	+0,5
Ostdeutschland ²⁾	139 284	152 339	152 661	48 675	24,7	33,0	31,9	+7,2	-1,1

1) Einschließlich Eigenverbrauch der Anlagen.

2) Summe der westdeutschen bzw. ostdeutschen Länder.

Quelle (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2019; sowie für Saarland 2016: Agentur für Erneuerbare Energien; für Mecklenburg-Vorpommern 2015, 2016: Dr.-Ing. Frank Grüttner EUS UG; für Deutschland: AG Energiebilanzen, Stand September 2019

58. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)¹⁾

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner/-in			Veränderung der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2011	2015	2016	2011	2015	2016	2016/2011	2016/2015
	1 000 t (Gg)			t			%	
Baden-Württemberg	66 593	67 473	69 374	6,3	6,3	6,3	+4,2	+2,8
Bayern	78 840	76 963	78 749	6,4	6,0	6,1	-0,1	+2,3
Berlin	17 290	16 540	16 932	5,2	4,7	4,8	-2,1	+2,4
Brandenburg	56 586	56 129	56 587	23,0	22,8	22,7	+0,0	+0,8
Bremen	13 258	13 394	13 058	20,4	20,2	19,3	-1,5	-2,5
Hamburg	11 671	15 365	15 951	6,8	8,7	8,9	+36,7	+3,8
Hessen	48 179	48 935	50 462	8,1	8,0	8,2	+4,7	+3,1
Mecklenburg-Vorpommern	10 364	9 984	10 653	6,4	6,2	6,6	+2,8	+6,7
Niedersachsen	67 174	65 961	65 675	8,6	8,4	8,3	-2,2	-0,4
Nordrhein-Westfalen	261 392	256 731	258 202	14,9	14,5	14,4	-1,2	+0,6
Rheinland-Pfalz	25 878	26 062	26 563	6,5	6,5	6,5	+2,6	+1,9
Saarland	20 910	21 648	19 813	20,9	21,9	19,9	-5,2	-8,5
Sachsen	46 220	49 203	49 628	11,4	12,1	12,2	+7,4	+0,9
Sachsen-Anhalt	27 144	25 125	25 403	11,9	11,3	11,3	-6,4	+1,1
Schleswig-Holstein	17 541	17 255	17 108	6,3	6,1	5,9	-2,5	-0,9
Thüringen	10 102	9 929	10 286	4,6	4,6	4,8	+1,8	+3,6
Deutschland ²⁾	760 723	749 096	753 218	9,5	9,2	9,1	-1,0	+0,6
Westdeutschland ³⁾
Ostdeutschland ³⁾

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom.

2) In Teilen abweichende Berechnungsmethodik der AG Energiebilanzen für Deutschland, daher weichen die Werte von der Summe der Länder ab.

3) Summe der westdeutschen bzw. ostdeutschen Länder.

Quelle (Absolutwerte): Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Juli 2019; sowie für Saarland 2016 und Thüringen 2015: Statistische Landesämter; für Mecklenburg-Vorpommern:

Dr.-Ing. Frank Grüttner EUS UG; für Deutschland: AG Energiebilanzen, Stand Januar 2019

59. Waldzustand

Land	Anteile der Schadstufen 2 bis 4 (Kronenverlichtung 26 bis 100 %) ¹⁾ an allen Baumarten			Nachrichtlich: Waldfläche ²⁾	Veränderung der Anteile der Schadstufen 2 bis 4	
	2013	2017	2018	2017	2018/2013	2018/2017
	%			km²	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	35	31	38	13 525	+3	+7
Bayern	20	25	26	24 886	+6	+1
Berlin	21	15	15	158	-6	—
Brandenburg	11	9	11	10 312	—	+2
Bremen	9	.	15	5	+6	x
Hamburg	x	x	x	40	x	x
Hessen	26	32	34	8 394	+8	+2
Mecklenburg-Vorpommern	14	14	17	4 931	+3	+3
Niedersachsen	19	19	20	10 245	+1	+1
Nordrhein-Westfalen	29	25	39	8 491	+10	+14
Rheinland-Pfalz	23	24	37	8 053	+14	+13
Saarland	29	26	29	856	—	+3
Sachsen	17	16	26	4 959	+9	+10
Sachsen-Anhalt	16	19	23	4 567	+7	+4
Schleswig-Holstein	19	15	18	1 623	-1	+3
Thüringen	30	36	41	5 334	+11	+5
Deutschland	23	23	29	106 380	+6	+6
Westdeutschland
Ostdeutschland

1) Schadstufen: 1. schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2. mittelstarke und 3. starke Kronenverlichtung und 4. abgestorben (2-4: deutliche Kronenverlichtung).

2) Mit Umstellung der Datengrundlage auf das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS® zum Stichtag 31.12.2016 kommt ein neuer Nutzungsartenkatalog für Wald zur Anwendung. Vergleiche mit älteren Veröffentlichungen des Niedersachsen-Monitors im Sinne einer tatsächlichen Zu-/Abnahme der Waldfläche sind nur eingeschränkt möglich.

Quelle (Anteile der Schadstufen): Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ergebnisse der Waldzustandserhebung

60. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12. ¹⁾			Anteil an Bodenfläche insgesamt	Flächen- verbrauch (Gleitender Durch- schnitt) ²⁾	Zu- und Ab- nahme der Siedlungs- und Ver- kehrsfläche
	2012	2016	2017			
	km²					
Baden-Württemberg	x	5 174	5 203	14,6	5,6	+0,6
Bayern	x	8 433	8 476	12,0	x	+0,5
Berlin	x	627	628	70,5	0,1	+0,2
Brandenburg	x	2 811	2 813	9,5	2,1	+0,1
Bremen	x	237	237	56,5	0,1	+0,1
Hamburg	x	445	445	59,0	-0,6	+0,1
Hessen	x	3 342	3 356	15,9	x	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	x	1 967	1 938	8,3	4,2	-1,5
Niedersachsen	x	6 663	6 687	14,0	6,8	+0,4
Nordrhein-Westfalen	x	7 799	7 822	22,9	4,1	+0,3
Rheinland-Pfalz	x	2 844	2 843	14,3	0,4	-0,1
Saarland	x	548	549	21,4	0,9	+0,1
Sachsen	x	2 444	2 462	13,3	x	+0,7
Sachsen-Anhalt	x	2 254	2 256	11,0	1,1	+0,1
Schleswig-Holstein	x	2 046	2 058	13,0	2,5	+0,6
Thüringen	x	1 620	1 732	10,7	12,6	+6,9
Deutschland	x	49 254	49 505	13,8	58,0	+0,5
Westdeutschland	x	37 532	37 675	15,2	x	+0,4
Ostdeutschland	x	11 723	11 829	10,9	x	+0,9

1) Ergebnisse der Flächenerhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.); Werte nach Umstellung vom Automatisierten Liegenschaftsbuch (ALB) auf das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS® erst ab 2016 für alle Länder verfügbar.

2) Die "tägliche Flächenneuanspruchnahme" wird als gleitender 4-Jahres-Mittelwert angegeben (dabei wurden bis 2015 Werte nach der Systematik des ALB verwendet). Für Deutschland insgesamt erfolgte die Berechnung mit methodisch bereinigten Werten der Siedlungs- und Verkehrsflächen durch das Statistische Bundesamt (Destatis).

3) Zwischen 2016 und 2017 erfolgten noch Neuvermessungen und Neuordnungen, die die zeitliche Vergleichbarkeit einschränken.

61. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2010	2013	2016	2010	2013	2016	2016/2010	2016/2013
	1 000 ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	112,2	124,0	138,5	8,0	8,7	9,8	+1,8	+1,1
Bayern	194,1	217,6	261,0	6,2	6,9	8,4	+2,2	+1,4
Berlin	0,3	0,3	0,3	12,4	15,0	15,6	+3,2	+0,6
Brandenburg	140,8	137,7	137,6	10,6	10,5	10,5	-0,2	-0,0
Bremen	0,8	1,0	1,4	9,8	11,8	17,7	+7,8	+5,9
Hamburg	1,0	1,0	1,2	6,8	6,9	8,1	+1,3	+1,2
Hessen	72,7	81,6	89,7	9,5	10,6	11,7	+2,2	+1,1
Mecklenburg-Vorpommern	117,8	120,4	126,3	8,7	9,0	9,4	+0,7	+0,4
Niedersachsen	78,5	79,5	90,5	3,0	3,1	3,5	+0,4	+0,4
Nordrhein-Westfalen	54,5	62,9	61,9	3,7	4,3	4,3	+0,6	-0,0
Rheinland-Pfalz	38,0	47,3	61,3	5,4	6,7	8,8	+3,4	+2,1
Saarland	8,5	9,3	11,8	10,9	11,9	15,1	+4,2	+3,2
Sachsen	38,0	35,3	42,3	4,2	3,9	4,7	+0,5	+0,8
Sachsen-Anhalt	49,6	53,4	60,1	4,2	4,6	5,1	+0,9	+0,6
Schleswig-Holstein	35,2	35,8	41,4	3,5	3,6	4,2	+0,7	+0,6
Thüringen	39,0	39,8	36,7	5,0	5,1	4,7	-0,3	-0,4
Deutschland	980,9	1 047,0	1 161,9	5,9	6,3	7,0	+1,1	+0,7
Westdeutschland	595,3	660,0	758,6	5,3	5,9	6,8	+1,5	+0,9
Ostdeutschland	385,5	386,9	403,3	6,9	7,0	7,3	+0,4	+0,3

1) Nachgewiesen wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.

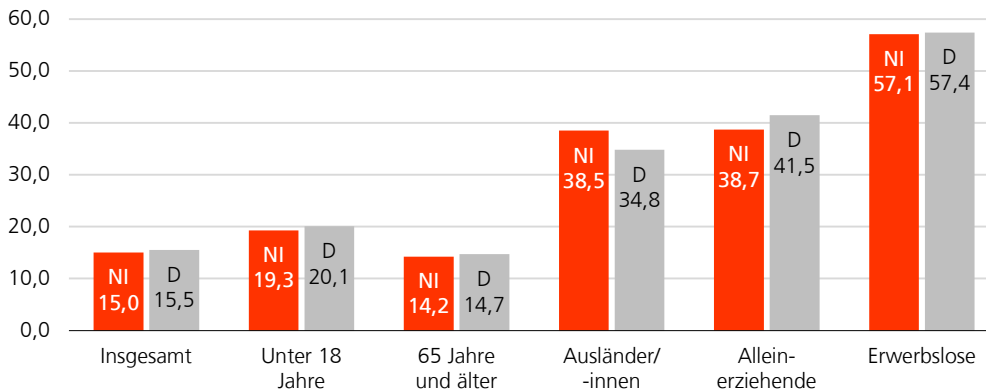
Armutsgefährdung zurückgegangen

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (hier gemessen am jeweiligen Landeswert). Das Median-Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet.

Armutsgefährdungsquote
T62

Die Armutsgefährdungsquote lag 2018 in Niedersachsen bei 15,0 % und damit 0,8 Prozentpunkte unter dem Niveau des Vorjahres. Zugleich war dies der niedrigste Wert seit 2011. Betroffen waren rund 1,17 Mio. Menschen. Bundesweit betrug die Quote 15,5 % (-0,3 Prozentpunkte). Die Spanne reichte von 11,9 % in Thüringen bis 18,4 % in Hamburg. Mittelfristig veränderten sich die Quoten in den Ländern zwischen 2018 und 2013 von -1,3 Prozentpunkten (Bremen) bis +1,5 Prozentpunkten (Berlin), in Niedersachsen verringerte sich die Quote um 0,8 Prozentpunkte. Bundesweit war der Wert in den beiden Berichtsjahren identisch.

■ Armutsgefährdungsquoten 2018 insgesamt sowie nach Merkmalen – Prozent –



Von den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren waren 19,3 % von Armut bedroht. Das entsprach einem Rückgang gegenüber 2017 um 1,3 Prozentpunkte. Auch in allen weiteren Altersgruppen sank die Armutsgefährdungsquote. Bei den Menschen ab 65 Jahren ging die Quote mit 0,4 Prozentpunkten auf 14,2 % am schwächsten zurück.

Alleinerziehende waren mit 38,7 % deutlich stärker als der Durchschnitt von Armut gefährdet. Ihre Quote verringerte sich jedoch das dritte Jahr in Folge (-3,4 Prozentpunkte gegenüber 2017). Bei Familien mit 3 und mehr Kindern zeichnet sich dagegen seit 2014 ein Trend zu steigenden Quoten ab, mit einem neuen Höchstwert (29,7 %) im Jahr 2018.

Weniger Menschen auf SGB II-Leistungen angewiesen

Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften
T63

Die Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, also in Haushalten mit Beziehenden von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, ging in Niedersachsen 2018 erstmals seit 2014 wieder zurück. Gegenüber 2017 sank die Zahl deutlich um 4,5 % auf 580 406 Personen. Auch in allen anderen Ländern waren die Zahlen rückläufig, im Bundesdurchschnitt um 5,3 %. Unter den Ausländerinnen und Ausländern stieg die Zahl in Niedersachsen (+0,4 %) wie in 5 weiteren Ländern allerdings leicht an. Grund dafür werden vor allem viele Übergänge von Asylbewerberleistungen zu SGB II-Leistungen gewesen sein. In Niedersachsen stieg die Zahl der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen im Flucht-kontext laut Bundesagentur für Arbeit im Dezember 2018 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,9 %, in Deutschland ging die Zahl jedoch um 1,3 % zurück.

Die SGB II-Quote sank 2018 gegenüber dem Vorjahr in allen Ländern, in Niedersachsen ebenso wie bundesweit um 0,5 Prozentpunkte. SGB II-Leistungen erhielten in Niedersachsen 9,3 % der Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 65 Jahren (Deutschland: 9,0 %). Von den unter 18-Jährigen war etwa jedes 7. Kind hierauf angewiesen (13,8 %).

Soziale Mindestsicherung – weniger Empfängerinnen und Empfänger insgesamt

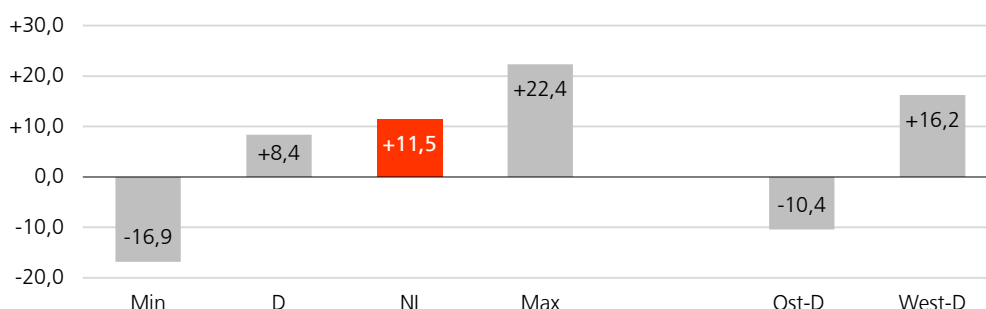
Mittelfristig im Vergleich 2012 zu 2017 stieg die Zahl der Mindestsicherungsbeziehenden in Niedersachsen mit 11,5 % stärker als in Deutschland insgesamt (+8,4 %). Die Mindestsicherungszahlen geben Auskunft darüber, wie viele Menschen insgesamt auf existenzsichernde staatliche Hilfen angewiesen waren. In Niedersachsen betraf dies im Jahr 2017 insgesamt 746 929 Personen, also etwas weniger als ein Zehntel (9,4 %) der Gesamtbevölkerung (Deutschland: 9,2 %). In den Ländern reichte die Spanne von 4,9 % (Bayern) bis 18,0 % (Bremen).

Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Hartz IV), die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (siehe Informationen).

Die Zahl der Beziehenden ging 2017 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % zurück. Dabei verringerte sich die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberregelungen mit 40,9 % im Vergleich zu den anderen Leistungsarten am stärksten. Die Zahl der ALG II- und Sozialgeldempfängerinnen und -empfänger stieg jedoch leicht an (+1,1 %), da die meisten der vormaligen Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder als Asylberechtigte SGB II-Leistungen erhielten. Zudem vergrößerte sich die Zahl der Beziehenden von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf knapp 11 000 (+3,0 %). Auf Hilfe zum Lebensunterhalt waren weniger als im Vorjahr angewiesen (11 800; -4,5 %).

Mittelfristig im Vergleich 2012 zu 2017 stieg die Zahl der Mindestsicherungsbeziehenden in Niedersachsen mit 11,5 % stärker als in Deutschland insgesamt (+8,4 %).

■ Veränderung der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2017 gegenüber 2012 – Prozent –



Insolvenzen seit 8 Jahren in Folge rückläufig

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ging in Niedersachsen 2018 zum 8. Mal in Folge zurück, im Vergleich zu 2017 um 6,3 % auf 9 698. Deutschlandweit verringerte sich die Zahl um 6,0 % auf 67 597. Auch die Zahl der Insolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner war mit 12,2 in Niedersachsen kleiner als im Vorjahr (13,0). Häufiger waren Insolvenzen im Ländervergleich jedoch nur in Bremen (14,6). Deutlich weniger Insolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es im Bundesdurchschnitt (8,2).

Deutlich mehr Pflegebedürftige

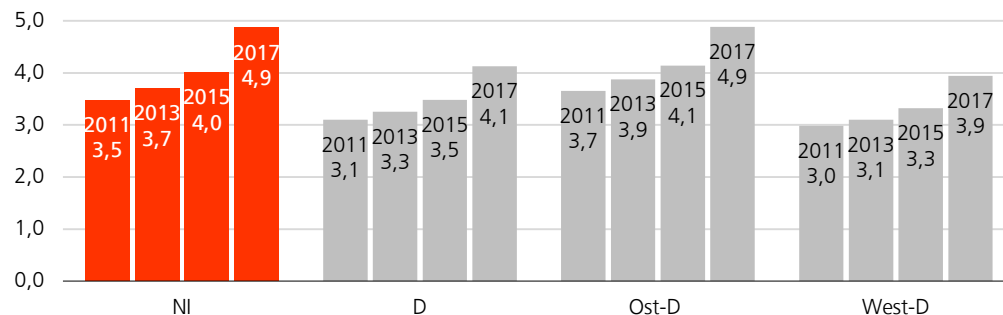
Im Jahr 2017 waren in Niedersachsen 387 293 Menschen pflegebedürftig. Dies entsprach einer Zunahme gegenüber 2015 um mehr als ein Fünftel (22,0 %) und um 43,2 % gegenüber 2011. Bundesweit fielen die Anstiege niedriger aus (19,4 % bzw. 36,5 %). Der starke Zuwachs (in Niedersachsen um knapp 70 000 Pflegebedürftige) im Vergleich zu 2015 dürfte zum großen Teil durch das seit Januar 2017 geltende Begutachtungsverfahren in der Pflegeversicherung bedingt sein. Nach diesem Verfahren ist der Grad der Selbständigkeit eines Menschen Maßstab für die Pflegebedürftigkeit. So werden seit 2017 Personen, die an Demenz erkrankt sind, die gleichen Pflegeleistungen zugesichert wie körperlich Pflegebedürftigen. Mehr als vier Fünftel (81,1 %) aller Pflegebedürftigen in Niedersachsen waren 65 Jahre und älter (Deutschland: 81,3 %).

Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhöhte sich 2017 in Niedersachsen auf 4,9 % (2015: 4,0 %). Dies war der höchste Wert unter den westdeutschen Ländern. Deutschlandweit waren die Pflegequoten niedriger (2017: 4,1 %). Den niedrigsten Wert wies 2017 Bayern mit einer Quote von 3,1 % auf, den höchsten Mecklenburg-Vorpommern mit 5,7 % – wobei auch die unterschiedlichen Altersstrukturen in den Ländern die Quoten beeinflussen.

Pflegequote

T66

■ Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern 2017, 2015, 2013 und 2011 – Prozent –



In Niedersachsen war knapp ein Fünftel (18,1 %) der Bevölkerung ab 65 Jahren pflegebedürftig. Bei den 85- bis unter 90-Jährigen waren es mehr als die Hälfte (51,6 %) und bei den ab 90-Jährigen mehr als drei Viertel (78,6 %). In Deutschland insgesamt waren die Pflegequoten niedriger (65 Jahre und älter: 15,7 %; 85 bis unter 90 Jahre: 44,5 %; 90 Jahre und älter: 70,9 %).

Die steigende Lebenserwartung und das Geburtendefizit tragen zu einem höheren Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung bei. Dies führt sowohl zu einem absoluten Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen als auch zu einer Erhöhung der Quote. Neben den demografischen Faktoren wurde der Anstieg kurzfristig auch durch die 2017 erfolgte Ausweitung des Pflegebegriffs beeinflusst.

Weniger vorläufige Schutzmaßnahmen als in den Vorjahren

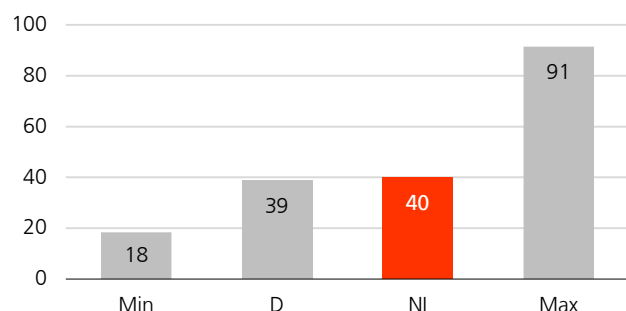
Vorläufige Schutzmaßnahmen

T67

Bei einer vorläufigen Schutzmaßnahme ist das Jugendamt verpflichtet, Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen, wenn sie darum bitten oder eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Das Jugendamt ist zudem verpflichtet, ausländische Kinder oder Jugendliche in Obhut zu nehmen, die unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder deren Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.

2018 ging die Zahl der von den Jugendämtern in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen gegenüber 2017 um 0,6 % auf 5 288 zurück. Im Bundesdurchschnitt sank die Zahl wesentlich stärker um 14,3 %. Auf 10 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kamen in Niedersachsen 40 Schutzmaßnahmen. Das entsprach etwa dem Niveau auf Bundesebene (39). Den niedrigsten Wert verzeichnete Bayern (18) und den höchsten Bremen (91).

■ Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche 2018



Kinder und Jugendliche zwischen 14 und unter 18 Jahren waren 2018 deutlich öfter von Schutzmaßnahmen betroffen als unter 14-Jährige. Gemessen an 10 000 Kindern der

jeweiligen Altersgruppe kamen in Niedersachsen bei den 14- bis unter 18-Jährigen 94 Kinder in vorläufige Schutzmaßnahmen, bei den unter 14-Jährigen waren es 23 Kinder (Deutschland: 102 bzw. 20 Kinder). Der häufigste Anlass in Niedersachsen war „Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils (38,0 %; Deutschland: 33,7 %). Der Anteil der unbegleitet eingereisten Minderjährigen aus dem Ausland unter den in Obhut genommenen ging 2018 weiter zurück (16,5 %; Deutschland 23,2 %).

Schwangerschaftsabbrüche

T68

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche auf Vorjahresniveau

Im Jahr 2018 wurden bei Frauen aus Niedersachsen 8 301 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen und somit etwa gleich viele wie im Jahr zuvor (-0,1 %). Die bundesweite Entwicklung war ähnlich (-0,2 %), die Zahl der Abbrüche betrug 100 986. In Niedersachsen und im Bundesdurchschnitt hatten bei 6 von 10 Schwangerschaftsabbrüchen die entsprechenden Schwangeren bereits mindestens ein Kind lebend geboren.

Um demografische Effekte zu verringern, wird die Zahl der Eingriffe auf die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen. In Niedersachsen kamen 2018 auf 1 000 Lebendgeborene 113 Schwangerschaftsabbrüche; 5 Jahre zuvor waren es noch 130. Auch bundesweit lag 2018 die Zahl der Abbrüche mit 128 je 1 000 Lebendgeborene unter dem Wert von 2013 (151). Niedrigere Werte als in Niedersachsen gab es 2018 wie in den Vorjahren nur in Baden-Württemberg (91), Bayern (93) und Rheinland-Pfalz (99). Die höchsten Werte wurden in Berlin (237) und Bremen (203) registriert.

Straftaten

T69

Rückgang von Straftaten – deutlich weniger Wohnungseinbruchdiebstähle

Die Polizei registrierte 2018 in Niedersachsen insgesamt 506 585 Straftaten und damit 3,7 % weniger als 2017. Ähnlich stark (-3,6 %) ging die Zahl bundesweit zurück, auf rund 5,6 Mio. Straftaten. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen in Niedersachsen 6 362 Straftaten und damit weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt (6 710). In den Stadtstaaten fielen die Häufigkeitszahlen am höchsten aus.

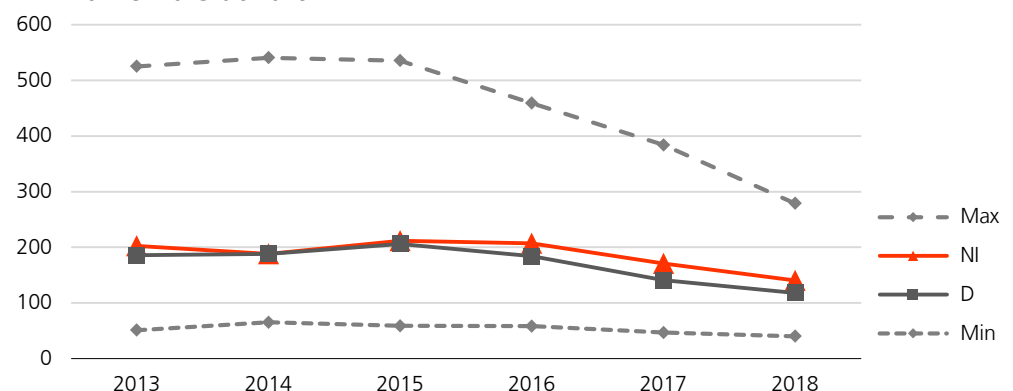
Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier dürfte die „Dunkelziffer“ relativ gering sein. Zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchsopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt. Die Zahl der Straftaten geht aus der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor, die von den jeweiligen Landeskriminalämtern erhoben wird. In der PKS werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Anzeigen an die Staatsanwaltschaft.

Wohnungseinbruchdiebstahl

T69

Insgesamt 11 202 Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl wurden in Niedersachsen im Jahr 2018 erfasst. Dies bedeutet einen Rückgang um 17,6 % gegenüber dem Vorjahr, als sich die Zahl bereits in gleicher Größenordnung verringerte. Deutschlandweit ging die Zahl der Einbrüche um 16,3 % auf 97 504 zurück. Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (am 31.12.2017) kamen in Niedersachsen 2018 insgesamt 141 Wohnungseinbruchdiebstähle.

■ Häufigkeitszahl der Wohnungseinbruchdiebstähle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2013 bis 2018



stähle (Vorjahr: 171). In Bremen (279), Hamburg (251) und Berlin (210) waren die Werte am höchsten, in Bayern (40) am niedrigsten.

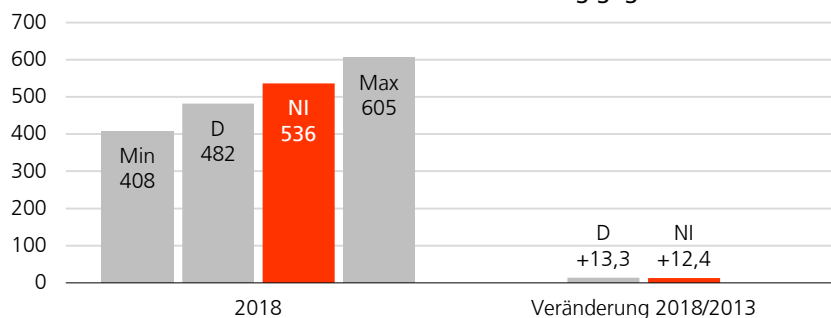
Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr leicht gesunken

Die Zahl der Verunglückten (Verletzte und Getötete) im Straßenverkehr ist in Niedersachsen 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 % auf 42 765 leicht gesunken. Bundesweit stieg die Zahl hingegen um 1,5 % auf knapp 400 000 Verunglückte. Im Vergleich zu 2013 verunglückten im Straßenverkehr in Niedersachsen allerdings 4,9 % Personen mehr (Deutschland: +5,8 %).

Verunglückte im Straßenverkehr

T70

Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2018 sowie Veränderung gegenüber 2013



Je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner verzeichnete Niedersachsen 2018 rund 536 Verletzte im Straßenverkehr und damit mehr als im bundesweiten Durchschnitt (rund 482 Verletzte). Werte über 500 gab es in 5 weiteren westdeutschen Ländern. Im Vergleich von 2018 zu 2013 stieg dieser Indikator sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit.

Die Zahl der tödlich Verunglückten im Straßenverkehr lag 2018 in Niedersachsen bei 418. Bundesweit verunglückten 3 275 Menschen tödlich (siehe Informationen). Bemerkenswert ist der Anstieg bei den verunglückten Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern: In Niedersachsen stieg die Zahl 2018 gegenüber dem Vorjahr um ein Zehntel (9,9 %) auf 9 878 (Deutschland: +11,1 % auf 94 320). Darunter nahm die Zahl der Getöteten in Niedersachsen sogar um etwa 20 % von 48 auf 60 zu (Deutschland: +15,8 %).

Informationen:

- **Armutsgefährdungsquoten, soziale Mindestsicherung:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Amtliche Sozialberichterstattung](#)
- **SGB II-Leistungen:** Bundesagentur für Arbeit: [Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende](#), Eckwerte bzw. Strukturen
- **Verbraucherinsolvenzen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Unternehmen und Arbeitsstätten](#). Insolvenzen (Fachserie 2 Reihe 4.1)
- **LSN: Themenbereich Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen:** Statistische Berichte – [D III 1 Insolvenzverfahren](#)
- **Pflegebedürftige:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Pflege](#): Pflegebedürftige - Ländervergleich
- **Vorläufige Schutzmaßnahmen:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Vorläufige Schutzmaßnahmen](#)
- **LSN: Themenbereich Soziales. Statistische Berichte:** [K Sozialleistungen](#): K I 3. Jugendhilfe, Erzieherische Hilfen
- **Schwangerschaftsabbrüche:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Schwangerschaftsabbrüche](#). (Fachserie 12 Reihe 3)
- **Straftaten:** [Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik \(PKS\)](#): PKS 2018 - BKA Übersicht (Länder-, Kreis- und Städte) Falltabellen
- **Verunglückte im Straßenverkehr:** Statistisches Bundesamt (Destatis): [Verkehrsunfälle - jährlich](#). Zeitreihen (siehe Tab. 3.2(5)(6) sowie 3.4)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder: [Unfallatlas](#)
- **LSN: Themenbereich Verkehr:** 46241 - Statistik der Straßenverkehrsunfälle – Unfälle mit Fahrradbeteiligung

Autor: Arne Lehmann

Tabellen Soziales, Sicherheit

62. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾		In der Altersgruppe		Von Ausländern/-innen	Von Alleinerziehenden	Von Erwerbslosen	Armutsgefährdungsschwelle Einpersonenhaushalt	Veränderung der Armutsgefährdungsquoten		
			Unter 18 Jahre	65 Jahre u. älter							
	2013	2017	2018						2018/2013 ²⁾	2018/2017	
	%							€	Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	14,8	15,5	15,2	19,0	16,8	30,8	43,2	55,3	1 127	+0,4	-0,3
Bayern	14,6	14,9	14,5	16,4	21,5	28,6	41,7	50,0	1 114	-0,1	-0,4
Berlin	15,0	17,4	16,5	21,5	11,9	31,7	30,3	59,3	1 004	+1,5	-0,9
Brandenburg	14,3	13,1	13,1	18,3	9,5	/	40,0	63,8	986	-1,2	—
Bremen	18,9	18,2	17,6	27,5	10,3	38,9	(32,7)	(55,1)	949	-1,3	-0,6
Hamburg	18,7	18,7	18,4	25,4	15,5	39,0	45,6	58,7	1 108	-0,3	-0,3
Hessen	15,9	16,9	16,9	22,6	16,2	34,4	41,9	53,8	1 060	+1,0	—
Mecklenburg-Vorpommern	13,5	13,5	14,2	18,9	7,2	/	40,8	56,4	902	+0,7	+0,7
Niedersachsen	15,8	15,8	15,0	19,3	14,2	38,5	38,7	57,1	1 016	-0,8	-0,8
Nordrhein-Westfalen	16,0	17,2	16,6	22,6	14,3	38,9	41,6	55,4	1 006	+0,6	-0,6
Rheinland-Pfalz	16,7	16,7	16,5	22,1	18,4	38,2	49,1	57,3	1 061	-0,2	-0,2
Saarland	15,9	15,7	16,0	20,4	17,1	38,8	42,2	58,4	1 035	+0,1	+0,3
Sachsen	11,9	12,4	12,3	15,4	7,0	/	31,2	62,5	937	+0,4	-0,1
Sachsen-Anhalt	14,1	14,3	14,0	20,9	7,8	/	40,4	66,4	911	-0,1	-0,3
Schleswig-Holstein	15,6	15,8	15,9	21,2	13,1	52,5	41,0	55,3	1 052	+0,3	+0,1
Thüringen	11,7	11,8	11,9	15,0	7,5	/	32,5	54,6	936	+0,2	+0,1
Deutschland	15,5	15,8	15,5	20,1	14,7	34,8	41,5	57,4	1 035	—	-0,3
Westdeutschland	15,9	16,4	16,1	20,9	16,7	35,3	43,2	56,0	1 062	+0,2	-0,3
Ostdeutschland	13,1	13,6	13,4	17,8	8,5	37,5	33,9	59,3	949	+0,3	-0,2

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. - Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe im Berichtsjahr 2016 sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensus-ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

63. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften¹⁾

Land	Personen in in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Dezember)			Darunter sonstige Personen ²⁾	Personen in SGB II-Bedarfs- gemeinschaften je 100 Einwohner/-innen ³⁾			SGB II-Quote für LB Kinder unter 18 Jahren ⁴⁾	Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger/-innen	
	2013	2017	2018		2013	2017	2018		2018/2013	2018/2017
	Anzahl						%			
Baden-Württemberg	435 693	479 037	452 779	20 676	5,1	5,4	5,1	7,9	+3,9	-5,5
Bayern	427 373	456 625	422 287	23 798	4,2	4,4	4,1	6,1	-1,2	-7,5
Berlin	582 566	541 507	513 489	17 709	21,1	18,5	17,4	27,7	-11,9	-5,2
Brandenburg	251 661	201 676	183 316	9 344	13,3	10,6	9,7	12,5	-27,2	-9,1
Bremen	94 720	104 720	101 818	3 883	18,3	19,5	18,9	30,5	+7,5	-2,8
Hamburg	185 243	193 052	187 270	7 491	13,1	12,9	12,4	19,2	+1,1	-3,0
Hessen	416 822	447 831	426 648	16 839	8,6	9,0	8,6	13,7	+2,4	-4,7
Mecklenburg-Vorpommern	194 137	156 449	141 578	9 410	15,7	12,8	11,7	15,2	-27,1	-9,5
Niedersachsen	588 397	607 553	580 406	29 907	9,6	9,8	9,3	13,8	-1,4	-4,5
Nordrhein-Westfalen	1 628 126	1 731 827	1 669 437	66 461	11,7	12,2	11,8	18,0	+2,5	-3,6
Rheinland-Pfalz	223 373	245 026	232 071	12 561	7,0	7,7	7,3	11,1	+3,9	-5,3
Saarland	77 261	91 232	86 762	3 333	10,0	12,0	11,5	18,6	+12,3	-4,9
Sachsen	402 227	313 934	287 358	17 111	13,2	10,4	9,5	12,1	-28,6	-8,5
Sachsen-Anhalt	283 291	236 232	217 573	14 076	16,8	14,4	13,4	18,1	-23,2	-7,9
Schleswig-Holstein	222 593	233 117	221 377	10 625	10,2	10,5	9,9	14,7	-0,5	-5,0
Thüringen	183 423	153 589	141 065	9 536	11,1	9,6	8,9	12,3	-23,1	-8,2
Deutschland	6 196 906	6 193 407	5 865 234	272 760	9,7	9,5	9,0	13,5	-5,4	-5,3
Westdeutschland	4 299 601	4 590 020	4 380 855	195 574	8,3	8,7	8,3	12,7	+1,9	-4,6
Ostdeutschland	1 897 305	1 603 387	1 484 379	77 186	15,5	13,0	12,1	16,9	-21,8	-7,4

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht-erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

3) Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 65 Jahren am 31.12. des jeweiligen Jahres.

4) Leistungsberechtigte (LB) Kinder unter 18 Jahren bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des Vorjahres.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte der Grundsicherung SGB II, Stand: Juli 2019; Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen), Nürnberg, April 2019

64. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung ¹⁾			Mindestsicherungsquote					Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen	
				Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen		Männer	Frauen			
	2012	2016	2017	2012	2016	2017		2017/2012	2017/2016	
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	508 257	645 134	621 914	4,8	5,9	5,6	5,8	5,5	+22,4	-3,6
Bayern	522 249	662 409	637 584	4,2	5,1	4,9	5,1	4,7	+22,1	-3,7
Berlin	648 389	671 169	640 317	19,2	18,8	17,7	18,7	16,8	-1,2	-4,6
Brandenburg	273 114	254 029	236 246	11,1	10,2	9,4	10,1	8,8	-13,5	-7,0
Bremen	107 350	122 494	122 364	16,4	18,0	18,0	18,3	17,7	+14,0	-0,1
Hamburg	223 754	247 213	244 574	12,9	13,7	13,4	13,8	13,0	+9,3	-1,1
Hessen	487 590	586 177	566 891	8,1	9,4	9,1	9,3	8,8	+16,3	-3,3
Mecklenburg-Vorpommern	209 510	190 600	179 046	13,1	11,8	11,1	12,0	10,3	-14,5	-6,1
Niedersachsen	670 062	768 718	746 929	8,6	9,7	9,4	9,6	9,1	+11,5	-2,8
Nordrhein-Westfalen	1 823 652	2 150 035	2 104 467	10,4	12,0	11,7	12,1	11,4	+15,4	-2,1
Rheinland-Pfalz	254 218	310 762	301 887	6,4	7,6	7,4	7,6	7,2	+18,8	-2,9
Saarland	87 176	107 950	106 452	8,8	10,8	10,7	11,2	10,3	+22,1	-1,4
Sachsen	429 023	383 898	356 724	10,6	9,4	8,7	9,3	8,2	-16,9	-7,1
Sachsen-Anhalt	303 717	279 753	261 350	13,4	12,5	11,8	12,5	11,0	-13,9	-6,6
Schleswig-Holstein	254 287	296 061	287 777	9,1	10,3	10,0	10,4	9,5	+13,2	-2,8
Thüringen	197 875	184 018	173 020	9,1	8,5	8,0	8,4	7,7	-12,6	-6,0
Deutschland	7 000 223	7 860 420	7 587 542	8,7	9,5	9,2	9,5	8,8	+8,4	-3,5
Westdeutschland	4 938 595	5 896 953	5 740 839	7,6	8,9	8,6	8,9	8,4	+16,2	-2,6
Ostdeutschland	2 061 628	1 963 467	1 846 703	13,0	12,2	11,4	12,1	10,7	-10,4	-5,9

1) Leistungen nach dem SGB II: Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

2) Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe im Berichtsjahr 2016 sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensus-ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

65. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	7 745	6 188	5 694	7,3	5,6	5,2	-26,5	-8,0
Bayern	9 077	7 020	6 552	7,2	5,4	5,0	-27,8	-6,7
Berlin	4 043	3 367	3 168	11,9	9,4	8,7	-21,6	-5,9
Brandenburg	3 684	2 767	2 535	15,1	11,1	10,1	-31,2	-8,4
Bremen	1 277	1 122	996	19,5	16,5	14,6	-22,0	-11,2
Hamburg	2 516	1 939	1 760	14,4	10,6	9,6	-30,0	-9,2
Hessen	5 458	3 997	3 984	9,1	6,4	6,4	-27,0	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 923	1 724	1 674	12,0	10,7	10,4	-12,9	-2,9
Niedersachsen	12 727	10 355	9 698	16,3	13,0	12,2	-23,8	-6,3
Nordrhein-Westfalen	23 704	18 167	17 382	13,5	10,2	9,7	-26,7	-4,3
Rheinland-Pfalz	4 243	3 209	2 858	10,6	7,9	7,0	-32,6	-10,9
Saarland	1 517	1 346	1 132	15,3	13,5	11,4	-25,4	-15,9
Sachsen	3 953	3 086	3 173	9,8	7,6	7,8	-19,7	+2,8
Sachsen-Anhalt	3 491	2 626	2 309	15,5	11,8	10,4	-33,9	-12,1
Schleswig-Holstein	3 858	3 237	3 087	13,7	11,2	10,7	-20,0	-4,6
Thüringen	1 984	1 746	1 595	9,2	8,1	7,4	-19,6	-8,6
Deutschland	91 200	71 896	67 597	11,3	8,7	8,2	-25,9	-6,0
Westdeutschland	72 122	56 580	53 143	11,1	8,5	8,0	-26,3	-6,1
Ostdeutschland	19 078	15 316	14 454	12,0	9,5	8,9	-24,2	-5,6

66. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige insgesamt ¹⁾			Anteil weiblich	Anteil der Pflegebedürftigen insgesamt an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2011	2015	2017		2011	2015	2017	2017/2011	2017/2015
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	278 295	328 297	398 612	62,5	2,6	3,0	3,6	+43,2	+21,4
Bayern	329 341	348 253	399 357	62,5	2,6	2,7	3,1	+21,3	+14,7
Berlin	107 917	116 424	135 680	62,0	3,2	3,3	3,8	+25,7	+16,5
Brandenburg	95 970	111 595	132 426	62,5	3,9	4,5	5,3	+38,0	+18,7
Bremen	22 178	24 787	28 998	63,7	3,4	3,7	4,3	+30,8	+17,0
Hamburg	47 207	52 649	63 145	62,8	2,7	2,9	3,4	+33,8	+19,9
Hessen	199 655	223 579	261 757	63,1	3,3	3,6	4,2	+31,1	+17,1
Mecklenburg-Vorpommern	67 559	79 145	91 029	62,9	4,2	4,9	5,7	+34,7	+15,0
Niedersachsen	270 399	317 568	387 293	63,0	3,5	4,0	4,9	+43,2	+22,0
Nordrhein-Westfalen	547 833	638 103	769 132	63,2	3,1	3,6	4,3	+40,4	+20,5
Rheinland-Pfalz	112 743	132 283	161 164	63,2	2,8	3,3	4,0	+42,9	+21,8
Saarland	32 793	37 991	45 582	63,3	3,3	3,8	4,6	+39,0	+20,0
Sachsen	138 987	166 792	204 797	63,4	3,4	4,1	5,0	+47,3	+22,8
Sachsen-Anhalt	88 021	99 119	110 624	63,4	3,9	4,4	5,0	+25,7	+11,6
Schleswig-Holstein	80 221	89 428	109 162	61,4	2,9	3,1	3,8	+36,1	+22,1
Thüringen	82 322	94 280	115 620	62,9	3,8	4,3	5,4	+40,4	+22,6
Deutschland	2 501 441	2 860 293	3 414 378	62,9	3,1	3,5	4,1	+36,5	+19,4
Westdeutschland	1 920 665	2 192 938	2 624 202	62,9	3,0	3,3	3,9	+36,6	+19,7
Ostdeutschland	580 776	667 355	790 176	62,9	3,7	4,1	4,9	+36,1	+18,4

1) In die zweijährliche Erhebung werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2-5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI).

67. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Anteil männlich ¹⁾	Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche ²⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2013	2017 ³⁾	2018 ³⁾		2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl				Anzahl			%	
				%					%
Baden-Württemberg	3 809	7 683	4 949	54,2	21	41	26	+29,9	-35,6
Bayern	2 841	4 421	3 944	56,0	14	21	18	+38,8	-10,8
Berlin	2 268	2 930	2 621	63,7	43	50	44	+15,6	-10,5
Brandenburg	1 459	2 312	2 059	57,8	41	60	52	+41,1	-10,9
Bremen	421	1 201	1 006	62,9	42	110	91	+139,0	-16,2
Hamburg	1 866	2 214	1 506	56,2	67	73	49	-19,3	-32,0
Hessen	3 702	4 491	4 181	56,8	37	43	40	+12,9	-6,9
Mecklenburg-Vorpommern	994	1 592	1 113	61,5	44	66	46	+12,0	-30,1
Niedersachsen	3 738	5 321	5 288	53,2	28	40	40	+41,5	-0,6
Nordrhein-Westfalen	12 259	15 951	14 502	55,1	42	53	48	+18,3	-9,1
Rheinland-Pfalz	1 302	2 123	1 897	53,6	20	32	29	+45,7	-10,6
Saarland	599	580	624	47,4	42	40	43	+4,2	+7,6
Sachsen	2 767	4 197	3 502	57,2	48	66	55	+26,6	-16,6
Sachsen-Anhalt	844	1 266	1 489	55,4	28	39	46	+76,4	+17,6
Schleswig-Holstein	2 089	3 350	2 554	59,4	45	71	54	+22,3	-23,8
Thüringen	1 165	1 751	1 355	53,9	39	54	42	+16,3	-22,6
Deutschland	42 123	61 383	52 590	56,1	32	45	39	+24,8	-14,3
Westdeutschland	32 626	47 335	40 451	55,3	30	43	37	+24,0	-14,5
Ostdeutschland	9 497	14 048	12 139	58,5	42	56	48	+27,8	-13,6

1) Kinder und Jugendliche mit der Signierung des Geschlechts „ohne Angabe (nach § 22 Absatz 3 PStG)“ werden dem männlichen Geschlecht zugeordnet.

2) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

3) Doppelzählungen von Kindern/Jugendlichen sind möglich, wenn diese zum Beispiel zunächst vorläufig nach § 42a SGB VIII und im Anschluss noch einmal regulär nach § 42 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII in Obhut genommen wurden.

68. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Häufigkeitszahl je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	11 176	9 505	9 937	122	89	91	-25,3	+3,1
Bayern	11 886	12 143	11 868	108	96	93	-14,3	-3,4
Berlin	8 800	9 289	9 525	251	231	237	-5,7	+2,4
Brandenburg	3 464	3 287	3 416	189	162	172	-9,0	+6,3
Bremen	1 537	1 467	1 457	267	210	203	-23,9	-2,9
Hamburg	3 638	3 302	3 372	201	156	160	-20,4	+2,2
Hessen	8 224	8 321	8 374	158	136	137	-12,9	+0,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 831	2 463	2 395	225	188	184	-18,5	-2,4
Niedersachsen	8 166	8 308	8 301	130	114	113	-13,2	-0,9
Nordrhein-Westfalen	20 939	21 869	21 378	143	127	123	-13,7	-2,9
Rheinland-Pfalz	4 011	3 759	3 726	125	100	99	-21,1	-1,4
Saarland	1 168	1 311	1 203	171	158	148	-13,4	-6,4
Sachsen	5 506	5 580	5 250	158	151	146	-7,5	-3,4
Sachsen-Anhalt	3 633	3 310	3 304	216	186	190	-12,3	+2,3
Schleswig-Holstein	3 352	3 248	3 329	154	130	132	-14,1	+1,8
Thüringen	3 379	2 984	3 070	194	165	176	-9,2	+7,0
Deutschland ¹⁾	102 802	101 209	100 986	151	129	128	-14,9	-0,6
Westdeutschland	74 097	73 233	72 945	135	115	113	-16,3	-1,2
Ostdeutschland	27 613	26 913	26 960	205	184	187	-8,4	+1,9

1) Inkl. nicht zuzuordnender Wohnsitze und Auslandswohnsitze. In den Summen für West- und Ostdeutschland sind nicht zuzuordnende Wohnsitze und Auslandswohnsitze nicht enthalten.

69. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt					Darunter Wohnungs- einbruchdiebstahl ¹⁾		Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt	
	Erfasste Fälle			Häufigkeits- zahl ²⁾	Aufklärungs- quote	Erfasste Fälle	Häufigkeits- zahl ²⁾		
	2013	2017	2018					2018/2013	2018/2017
	Anzahl				%	Anzahl		%	
Baden-Württemberg	576 067	579 953	572 173	5 191	62,7	7 126	65	-0,7	-1,3
Bayern	635 131	629 512	635 421	4 889	66,7	5 239	40	+0,0	+0,9
Berlin	503 164	520 437	511 677	14 160	44,4	7 574	210	+1,7	-1,7
Brandenburg	197 228	175 003	172 828	6 902	56,0	2 593	104	-12,4	-1,2
Bremen	85 508	81 176	74 524	10 943	49,2	1 899	279	-12,8	-8,2
Hamburg	238 019	225 947	218 594	11 941	45,8	4 601	251	-8,2	-3,3
Hessen	386 778	375 632	372 798	5 971	64,2	7 502	120	-3,6	-0,8
Mecklenburg-Vorpommern	120 484	110 337	108 665	6 745	62,2	1 101	68	-9,8	-1,5
Niedersachsen	545 704	526 120	506 585	6 362	62,8	11 202	141	-7,2	-3,7
Nordrhein-Westfalen	1 484 943	1 373 390	1 282 441	7 160	53,7	29 904	167	-13,6	-6,6
Rheinland-Pfalz	267 441	251 713	244 468	6 001	64,5	4 098	101	-8,6	-2,9
Saarland	72 540	70 860	70 873	7 129	56,1	1 716	173	-2,3	+0,0
Sachsen	312 500	323 136	278 796	6 831	56,6	4 001	98	-10,8	-13,7
Sachsen-Anhalt	193 881	186 552	175 625	7 900	55,6	2 821	127	-9,4	-5,9
Schleswig-Holstein	199 964	188 979	186 894	6 467	54,5	4 891	169	-6,5	-1,1
Thüringen	142 310	143 237	143 158	6 655	66,1	1 236	57	+0,6	-0,1
Deutschland	5 961 662	5 761 984	5 555 520	6 710	57,7	97 504	118	-6,8	-3,6
Westdeutschland	4 492 095	4 303 282	4 164 771	6 253	59,2	78 178	117	-7,3	-3,2
Ostdeutschland	1 469 567	1 458 702	1 390 749	8 593	53,3	19 326	119	-5,4	-4,7

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB (seit 2016 erweitert um die bandenmäßige Begehung).

2) Anzahl je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2017; aufgrund der geänderten Datenbasis bei den Bevölkerungszahlen ist ein Vergleich der Häufigkeitszahl ab 2017 mit den Vorjahren nur bedingt möglich.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik, April 2019

70. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2013	2017	2018	2013	2017	2018	2018/2013	2018/2017
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	46 096	47 758	48 536	435,0	434,6	439,2	+5,3	+1,6
Bayern	69 457	70 267	70 919	553,5	541,5	543,9	+2,1	+0,9
Berlin	16 355	17 420	18 216	481,9	485,0	502,5	+11,4	+4,6
Brandenburg	10 459	11 525	11 849	427,3	461,4	472,7	+13,3	+2,8
Bremen	3 903	3 931	4 118	596,3	578,9	605,1	+5,5	+4,8
Hamburg	9 449	9 611	9 720	542,2	527,8	529,9	+2,9	+1,1
Hessen	27 727	28 438	28 547	460,2	456,5	456,7	+3,0	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	6 720	6 894	7 097	420,8	428,0	440,9	+5,6	+2,9
Niedersachsen	40 778	43 122	42 765	523,5	541,6	536,0	+4,9	-0,8
Nordrhein-Westfalen	72 592	77 861	80 095	413,7	435,1	447,1	+10,3	+2,9
Rheinland-Pfalz	18 728	19 300	19 553	469,5	474,2	479,5	+4,4	+1,3
Saarland	5 054	4 837	4 907	509,6	485,9	494,5	-2,9	+1,4
Sachsen	16 380	16 995	17 731	405,3	416,8	435,1	+8,2	+4,3
Sachsen-Anhalt	10 295	10 535	10 443	457,8	472,5	471,7	+1,4	-0,9
Schleswig-Holstein	15 370	16 255	16 036	547,3	563,1	554,3	+4,3	-1,3
Thüringen	8 118	8 743	8 761	375,2	406,0	408,4	+7,9	+0,2
Deutschland	377 481	393 492	399 293	468,4	476,0	481,7	+5,8	+1,5
Westdeutschland	309 154	321 380	325 196	477,9	483,2	487,5	+5,2	+1,2
Ostdeutschland	68 327	72 112	74 097	429,9	446,2	458,1	+8,4	+2,8

Gleichstellung von Frauen und Männern

Ergänzend zu den vorangegangenen Kapiteln werden nachfolgend einige wichtige Indikatoren aus verschiedenen Bereichen differenziert nach Geschlecht dargestellt: Themenfelder Familie und Beruf (T5 bis T9), Erwerbstätigkeit (T14, T15 und T17) sowie Verdienste (Wirtschaft: T29).

Geschlechterspezifische Erwerbstätigenquoten (T13) und Arbeitslosenquoten Jugendlicher (T17) werden außerdem im Kapitel Erwerbstätigkeit beschrieben. Angaben zu den Quoten der Schulabgängerinnen und Schulabgänger (T44) stehen im Kapitel Schulische Qualifikation. Eine Zusammenstellung zu den Geschlechterverhältnissen an Hochschulen 2017 enthält das Kapitel Wissenschaft und Kultur (T46 bis T50).

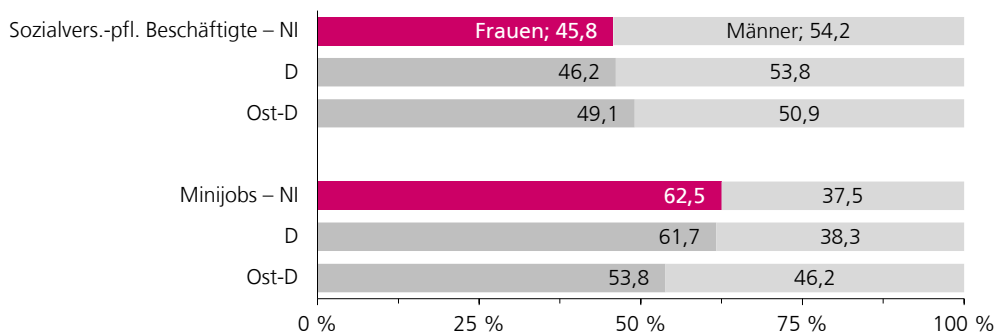
Bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung höherer Männeranteil – bei Minijobs deutlich größerer Frauenanteil

Von den 2018 knapp 3 Mio. in Niedersachsen arbeitenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren 45,8 % Frauen (2013: 45,2 %). Dieser Anteil lag leicht über dem westdeutschen Durchschnitt (45,5 %). In den ostdeutschen Ländern war das Geschlechterverhältnis etwa ausgeglichen.

Sozialversicherungs-
pfl. Beschäftigte
(Arbeitsort) T14

■ Anteil Frauen und Männer an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie an Minijobs (ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte) 2018 – Prozent –

Minijobs
T15



In Niedersachsen waren knapp eine halbe Mio. Personen ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (Minijobs), darunter 62,5 % Frauen. Der Frauenanteil war etwas niedriger als im Durchschnitt der westdeutschen Länder (62,9 %), aber deutlich höher als in Ostdeutschland (53,8 %). In Niedersachsen sank der Frauenanteil etwas stärker als im Bundesdurchschnitt: kurzfristig gegenüber 2017 um 0,7 Prozentpunkte (Deutschland: 0,5 Prozentpunkte); mittelfristig gegenüber 2013 um 4,0 Prozentpunkte (Deutschland: -3,0 Prozentpunkte).

Frauenanteil bei Teilzeittätigen weiterhin sehr hoch

Teilzeittätige
(Wohnort) T8

Bei den knapp 1,2 Mio. Erwerbstätigen in Teilzeit sank der Frauenanteil in Niedersachsen 2018 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozentpunkte auf 79,0 %. Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil wie im Vorjahr bei 77,3 %. In Berlin wurden 2018 immerhin 37,8 % der Teilzeitjobs von Männern ausgeübt (Frauenanteil: 62,2 %).

Alleinerziehende und Elterngeldbeziehende überwiegend Frauen

Alleinerziehende
T9

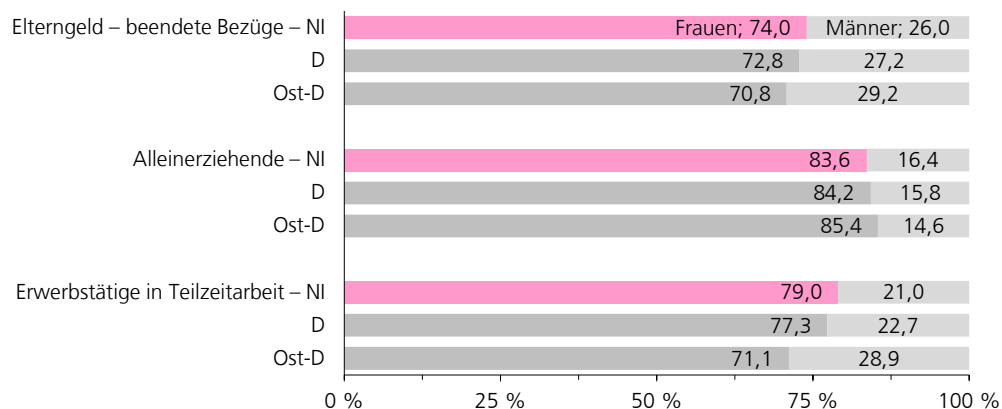
Unter den Alleinerziehenden waren 2018 in Deutschland 84,2 % Frauen (Niedersachsen: 83,6 %). Traditionell übernehmen Mütter auch in Paarbeziehungen den überwiegenden Teil der Erziehung. Dies führt oft dazu, dass Mütter gar nicht oder in Teilzeit arbeiten, während die Väter in Vollzeit tätig sind.

Elterngeld

T7

Auch beim Bezug von Elterngeld zeigte sich diese Ungleichheit: Knapp dreiviertel (74,0 %) der Elternteile, deren Bezug von Elterngeld 2018 endete, waren in Niedersachsen Frauen (Deutschland: 72,8 %). Der Anteil der Frauen sank 2018 gegenüber 2012 in Niedersachsen allerdings um 7,1 Prozentpunkte und in Deutschland um 6,5 Prozentpunkte.

Anteil Frauen und Männer an beendete Bezüge von Elterngeld, an Alleinerziehende sowie an Erwerbstätige in Teilzeit 2018 – Prozent –



Ganztagsbetreuung für Kinder

T5, T6

Fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und unflexible Arbeitszeitmodelle tragen dazu bei, dass Eltern ihre Erwerbstätigkeit nicht nach ihren Vorstellungen gestalten können. Der Ausbau der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung und besonders der Ganztagsbetreuung fördert die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren und Verdienstenachteile durch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen zu reduzieren.

In Niedersachsen lag die Quote der Ganztagsbetreuung bei unter 3-Jährigen 2018 bei 13,0 % und die Quote bei 3- bis unter 6-Jährigen bei 31,9 %. Im bundesweiten Durchschnitt wurden bei unter 3-Jährigen Quoten von 18,8 % und bei 3- bis unter 6-Jährigen von 46,1 % erreicht, in Ostdeutschland von 40,8 % bzw. 74,0 %.

Unbereinigter Gender Pay Gap

T29

Unbereinigter Gender Pay Gap: Konstant hoher Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern

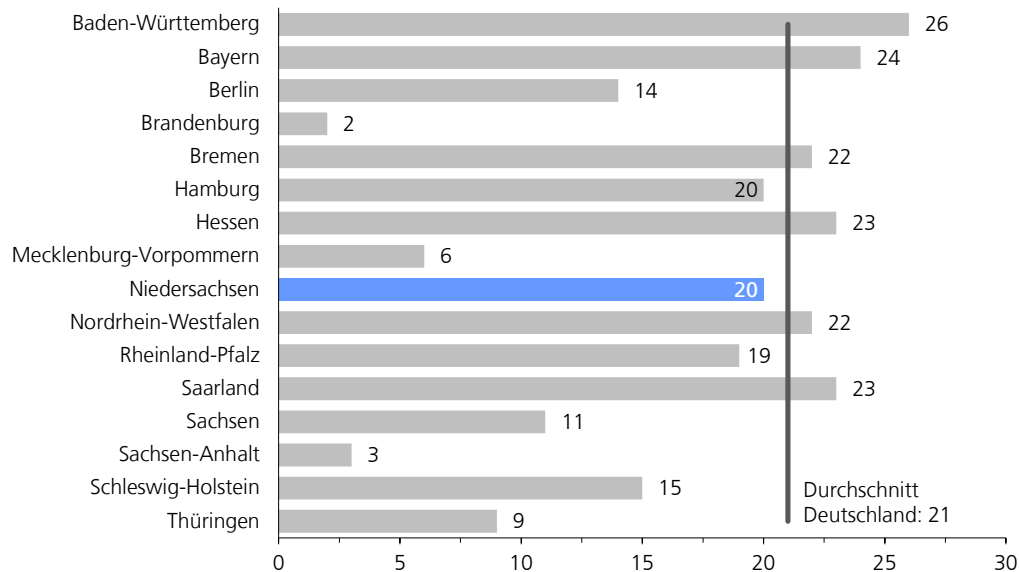
Entsprechend internationaler Konventionen ist der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) definiert als Differenz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Frauen und Männer im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer (jeweils ohne Sonderzahlungen). Die Angaben beziehen sich auf die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung).

Der unbereinigte GPG ist eine wichtige Maßzahl zur Beschreibung des Verdienstabstandes von Männern und Frauen, der jedoch nicht gleichzusetzen ist mit verschiedenen Verdiensten bei prinzipiell gleicher Tätigkeit. Der unbereinigte GPG misst die konkreten Einkommensunterschiede, die sowohl strukturelle Unterschiede als auch Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern beinhalten. Dabei entstehen strukturelle Unterschiede (Hierarchiestufen, Tätigkeiten, Branchen) auch durch ein gesellschaftlich geprägtes, geschlechterspezifisches Verhalten bei der Berufswahl, der Karrieregestaltung und bei familienbedingten Erwerbsunterbrechungen.

Frauen in Niedersachsen verdienten 2018 im Durchschnitt pro Stunde etwa 20 % weniger als Männer. Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) lag damit auf dem Niveau von 2013. In Deutschland insgesamt war der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern jeweils 1 Prozentpunkt höher (2018: 21 %; 2013: 22 %). Der langfristige Vergleich zeigt eine positive Entwicklung: 2006 lag der unbereinigte GPG in Niedersachsen noch bei 25 % und in Deutschland bei 23 %.

Im Ländervergleich zeigen sich große Unterschiede. In allen ostdeutschen Ländern war der unbereinigte GPG 2018 niedriger als in den westdeutschen Ländern: Die Spanne reichte in Ostdeutschland von 2 % (Brandenburg) bis 14 % (Berlin); in Westdeutschland von 15 % (Schleswig-Holstein) bis 26 % (Baden-Württemberg) – mit einem Anstieg von Nord nach Süd.

■ Unbereinigter Gender Pay Gap 2018 – Prozent –
Verdienstabstand von Frauen zu Männern im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich gemessen am Bruttostundenverdienst



Bereinigter Gender Pay Gap: großer Teil der Verdienstunterschiede strukturell erklärbar

Für das Jahr 2014 wurde ein bereinigter Gender Pay Gap für die Länder ermittelt, der den Verdienstabstand von Männern und Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien aufzeigt. In den westdeutschen Ländern mit einem hohen unbereinigten GPG ist der statistisch erklärbare Anteil des Verdienstunterschiedes zwischen Männern und Frauen besonders groß (siehe Informationen: WISTA 4/2018). Allerdings wird gegen den bereinigten GPG eingewandt, dass er die Verdienstunterschiede um Faktoren bereinigt, die ihrerseits bereits Ausdruck von Benachteiligungen sind.

In Niedersachsen lag der bereinigte GPG nach EU-Abgrenzung 2014 bei 5,2 % (unbereinigter GPG: 22,2 %) leicht unter dem bundesweiten Niveau (5,8 %). Die Spanne reichte in den Ländern von 4,3 % in Thüringen bis 9,6 % in Brandenburg. Der unbereinigte GPG war höher und variierte deutlich stärker zwischen 5,1 % in Sachsen-Anhalt und 27,2 % in Baden-Württemberg.

Informationen:

Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen:

- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: [IAB-Infoplattform – Arbeitsmarkt](#)
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Dossier Arbeitsmarktpolitik – [Geschlechterungleichheiten: Gender Pay Gap](#)
- Statistisches Bundesamt: [Verdienste - Verdienstunterschiede](#). Unbereinigter Gender Pay Gap nach Bundesländern ab 2006
- Statistisches Bundesamt: [Martin Beck: Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen nach Bundesländern, in: WISTA Wirtschaft und Statistik. WISTA 4/2018](#), Seite 26 ff. Wiesbaden 2018
- LSN: Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern, Bruttostundenverdienst [Pressemitteilung 23/2019](#)

Autorin: Dr. Margret Koch-Sterrenberg

Ansicht:
Deutschland und seine Länder





www.statistik.niedersachsen.de